

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

3/2010



SOS für die Meere

Von Schutz und nachhaltiger Nutzung meilenweit entfernt

SOS für die Meere

Von Schutz und nachhaltiger
Nutzung meilenweit entfernt

Inhalt

Editorial 2
Jürgen Maier

Schwerpunkt Meere

**Schatzkammer Ozean – Die große
Volkszählung in den Weltmeeren** 3
Onno Groß

Gefahren und Folgen von Tiefseebohrungen 5
Jörg Feddern

2012: Neuausrichtung der europäischen Fischereipolitik 7
Nina Wolff

Unfair abgefischt – Armut aufgetischt 8
Francisco J. Mari

Das beste Fisch-Label: nur einmal pro Monat 11
Heinzpeter Studer

Glaubwürdige Zertifizierung unterstützenswert 12
Heike Vesper

**Fisch im Ausverkauf – Die Geschichte einer schwierigen,
aber notwendigen Wahl für zukünftige Generationen..** 13
Iris Menn

**Endstation Suppentopf für Haie – Kein besserer Schutz
durch CITES** 14
Claudia Praxmayer

**Wie gut ist „gut“? – Ozeanaktivisten und
ängstliche Bremser rangeln um Regeln für
den Schutz der Meere** 15
Stephan Lutter

**Auch das Unbekannte, Verborgene schützen –
Globale Ozean-Biodiversitäts Initiative (GOBI)** 17
Helga Inden-Heinrich

**Risiken der Aquakultur – Gentechnik-Lachs
vor der US-Marktzulassung** 18
Susanne Gura

Land unter – Klimawandel und Meeresspiegelanstieg... 19
Petra Meinhardt, Sophia Wirsching & Thomas Hirsch

**Hart am Wind
– Offshore-Windparks in Deutschland** 21
Gerd Rosenkranz

Aktuell

**Nagoya darf nicht floppen –
NGOs fordern ambitionierte Ergebnisse** 23
Kathrin Blaufuss

**Don't legalize it! – Wie die Biopiraten belohnt werden
könnten** 24
Michael Frein/Hartmut Meyer

**Naturschutzgebiete und die Rechte
indigener Völker** 25
Wolfgang Seiss

REDD auf der Überholspur? 26
Wolfgang Kuhlmann

Themen & AGs

**EU-Qualitätsvorschriften am Horizont – Alarmglocken
wegen Missbrauch des Kyoto-Mechanismus** 28
Eva Filzmoser

**Alternativen aufgezeigt – Energiegipfel der
Klima-Allianz** 29
Elias Perabol/Henner Weithöner

**BMZ und BMU laden zum Dialog – Vorbereitung
auf den Weltgipfel „Rio plus 20“** 30
Anika Schroeder

**Wälder für Menschen oder Menschen für Wälder?
Auf dem Weg in ein neues Holzzeitalter** 31
László Maráz

**UN-Dekade der „Wüsten und der Desertifikations-
bekämpfung“** 33
Anneke Trux

**Überschwemmung in Pakistan – Archetype
für ein vorher kaum gekanntes Extremwetterereignis?** 35
Rixa Schwarz/Manfred Treber

**Wie kann Wasser in guter Trinkwasserqualität gesichert
werden?** 37
Claudia Wendland

**Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre
Anlagen anerkannt** 38
Jana Jüssen

**Paradigmenwechsel nötig – Ein alternatives
Handelsmandat für die EU** 39
David Hachfeld

**Indikatorenbericht 2010 – Nachhaltige Entwicklung:
Heiter bis Wolzig** 40
Florian Noto

**Grenzen in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit
überwinden** 41
Anke Kurat

Publikationen, Veranstaltungen / Termine 42



**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Impressum:
Herausgeber:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Dieser Rundbrief wird in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) herausgegeben. Die redaktionelle und inhaltliche Verantwortung liegt beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint
im Dezember 2010.



Jürgen Maier

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Tragödie der Ozeane - kaum ein Ökosystem wird von der Menschheit derart gründlich zugrunde gerichtet, und dennoch ist die öffentliche Aufmerksamkeit dafür vergleichsweise gering. Es ist noch kein Vierteljahr her, dass BP das Ölbohrloch im Golf von Mexiko provisorisch verstopft hat, und schon ist die größte Ölkatastrophe aller Zeiten wieder aus dem Bewusstsein verschwunden. Konsequenzen daraus werden so gut wie keine gezogen: schon das Bohren in 1500 m Tiefe erweist sich als so gut wie unbeherrschbar, doch Brasiliens staatlicher Ölkonzern Petrobras kündigt unverdrossen an, nun in 5000 m Tiefe nach Öl bohren zu wollen. Da kann man wohl nur noch viel Glück wünschen, die Vernunft wird bei so viel Gier nach Öl und Geld wohl kaum eine Chance haben. Und auch in Europa ist aus den vollmundigen Ankündigungen etwa von Energiekommissar Oettinger und Umweltminister Röttgen nach Moratorien für neue Ölbohrungen in der Nordsee nicht viel geworden.

Welch unheilvolle Rolle die Raubfischereiflotten vor allem Europas, Japans, Chinas und Taiwans auf den Weltmeeren anrichten, wurde 1995 deutlich, als monatelang ein Fischereikrieg vor der Küste Neufundlands tobte. Kanadas Küstenwache kappte die Netze spanischer Trawler, die sich partout und mit Unterstützung der EU-Kommission nicht an die Fischereiquoten halten wollten. Eine diplomatische Krise Kanadas mit der EU folgte – schade nur, dass die meisten Entwicklungsländer gar keine ernstzunehmende Küstenwache haben, mit der sie sich gegen die Raubfischereiflotten wehren könnten. Neufundland war einst »blühende Landschaft«, deren wirtschaftliche Basis die üppigen Fischvorkommen vor der Küste waren – heute ist es das Armenhaus Kanadas, die Fischerei hat sich mit hemmungsloser Überfischung selber ruiniert. Es sieht so aus, als würde sich das noch in den meisten anderen Regionen der Welt wiederholen. Das Nachsehen haben nicht nur die Fische, sondern auch diejenigen, die bisher mit Kleinfischerei ihr Überleben gesichert haben und für die Überfischung wahrlich nicht verantwortlich sind.

Die biologische Vielfalt ist nicht nur im Meer bedroht, sondern auch an Land. Die Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention im japanischen Nagoya im Oktober wirft ihre Schatten voraus. Nachdem schon die Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention festgefahren sind, droht auch der zweiten Rio-Konvention ein ähnliches Schicksal, wenn nicht in Nagoya endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Eine ähnlich peinliche Veranstaltung wie der New Yorker UN-Gipfel im September darf sich in Nagoya nicht wiederholen. In New York beklagten zwar der UN-Generalsekretär und alle Regierungschefs und Minister wortreich, wie schlimm die Lage der Biodiversität sei und wie wertvoll sie doch sei, aber Ankündigungen, was sie konkret nun an ihrer bisherigen Politik ändern wollen, blieben Fehlanzeige. Auch in Deutschland gibt es da noch viel zu tun.

Aufschlussreiche Lektüre wünscht

Jürgen Maier

Schatzkammer Ozean

Die große Volkszählung in den Weltmeeren

Eines der größten Forschungsprogramme die „Volkszählung im Meer“ findet im Oktober nach 10 Jahren seinen vorläufigen Abschluss. Tausende von neuen Arten wurden entdeckt und neue Lebensräume beschrieben. Doch während das Artensterben global ungebremsst fortschreitet, ist noch immer erst ein Bruchteil der Weltmeere erforscht.

Es war eine der letzten Forschungsfahrten im Endspurt des globalen Projekts „Census of Marine Life“, dem als „Volkszählung im Meer“ bekannten Forschungsprogramm. An Bord der „RRS James Cook“ unterwegs am Mittelatlantischen Rücken, in einem Gebiet zwischen Island und den Azoren, schickten die Forscher ihren Tauchroboter „Iris“ in die Tiefsee. Das Videomaterial des ferngesteuerten Tauchroboters brachte Erstaunliches zu Tage: in 700 bis 3600 Meter Wassertiefe fanden sich zwei völlig verschiedene reiche Lebenswelten entlang der beiden Bergflanken. Und die Forscher fanden zum ersten Mal im Atlantik auch sogenannte Enteropneusten, besondere wurmähnliche Tiere. Diese urtümlichen Tiere waren der Wissenschaft bisher trotz jahrhundertelanger Forschung nur durch ein paar Exemplare aus dem Pazifik bekannt. „Am Ende unserer Expedition“, erklärte Monty Priede, Leiter des Ozeanlabors der Universität von Aberdeen, „hatten wir drei neue unterschiedliche Arten entdeckt, jede in einer anderen Farbe – pink, weinrot und weiß – und in deutlich verschiedenen Formen“.

Wieder einmal waren die Wissenschaftler in der Tiefsee sensationell fündig geworden, dem größten Lebensraum auf Erden. Die Meere bedecken nicht nur knapp 70 Prozent der Erdoberfläche, sondern bilden mit den bis zu 11000 Meter tiefen Gräben, den untermeerischen Bergketten und Seebbergen und den weiten, flachen Tiefsee-Ebenen einen gewaltigen Raum für Entdeckungen. Mit jeder Tauchfahrt und Expedition finden sich hier neue Tierarten und für die Meeresforschung schließt sich eine Wissenslücke. Denn genau genommen sind bisher erst wenige Quadratkilometer Tiefseeboden beprobt worden und die erkundeten Flächen durch Tauchfahrten entsprechen gerade mal ein paar Fußballfel-

dern. Hier auf Neues zu stoßen ist für Meeresbiologen im höchsten Grade wahrscheinlich. Wir wissen mehr über die Rückseite des Mondes, als über diesen überlebenswichtigen Teil unseres Planeten, heißt es.

Weißer Flecken auf der Artenkarte

Das Projekt „Volkszählung im Meer“ hat in den letzten zehn Jahren unser Wissen um die Ozeane nicht nur für die Tiefsee dramatisch verändert. In den mehr als 14 Projekten arbeiteten mehr als 2.000 Forscher aus 82 Ländern daran, erstmals drei zentrale Fragen zu beantworten: Was lebte im Meer, was lebt im Meer und was wird im Meer leben? Herausgekommen sind dabei nicht nur spektakuläre Entdeckungen neuer Tierarten, sondern auch ein größeres Verständnis für die Einzigartigkeit und seltene Verbreitung der Meeresfauna. Mehr als 130.000 Arten sind mittlerweile der Online-Datenbank „Ocean Biogeographic Information System“ (OBIS) bekannt, die mehr als 30 Millionen Einträge zusammengetragen hat. Darüber hinaus, sind durch diese Volkszählung auch erste Schätzungen über die Gesamtzahl an Organismen im Meer möglich, die mit circa einer Million Arten ähnlich hoch ist wie an Land (1,5 Millionen).

Eine der Fragen für die Tiefsee war, wie sich die dort lebende, spezielle Fauna in dem schier unendlich großen Terrain verteilt. Immer wieder wurden durch Expeditionen in der Tiefsee neue sensationelle Habitate entdeckt, so vor knapp 40 Jahren an den hydrothermalen heißen Quellen vor Mexiko, vor 30 Jahren an den Walkadavern der Tiefsee und vor knapp 15 Jahren die Fauna an den natürlichen Asphaltseen im Golf von Mexiko. Als dann das Volkszählungs-Projekt startete, konnten Forscher aus aller Welt endlich ihre geo-

graphischen Wünsche auflisten und die noch weißen Flecken auf der Artenkarte erkunden. Herausgekommen ist neben einer riesigen Anzahl neuer Arten, vom Stelzenfisch bis zum Leuchtkalmar, auch ein besseres Verständnis für die Einmaligkeit in der Verbreitung dieser speziellen Fauna. Zwar sind einige Tiere weltweit unterwegs, aber jedes Ozeanbecken hat auch seine einmalige Fauna. Die Meere sind faunistisch verschiedener als gedacht – und damit auch anfälliger für ein Artensterben.

Am Rand der Antarktis

Besonders für das polare Südmeer am Rand der Antarktis trifft das zu. Hier kann die Meeresforschung nicht schwieriger sein: Eis, Eis und nochmals Eis! Nur wenige Forschungsschiffe auf der Welt haben die notwendige Ausrüstung an Bord, um bei Minus 30 Grad noch vernünftige Probenahmen durchführen zu können. Eins dieser Schiffe ist die berühmte deutsche „Polarstern“, das Arbeitsschiff der Forscher vom Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven und anderer Experten. Julian Gutt ist häufiger Gast an Bord und Spezialist für die Benutzung eines Remotely Operated Vehicles (ROV), eines kabelgeführten Video-Roboters. Mit ihm kann auch der Meeresboden unterhalb des dichten Packeises am Schelf untersucht werden. Als die beiden Larsen A und B-Schelfeisplatten aufbrachen, war Gutt einer der Ersten, die diese bisher völlig unbekannte Region auskundschafteten. „Ich interessierte mich besonders für die Fauna am Meeresboden, denn was lebte dort, wo einst für 5000 oder gar 12000 Jahre das Eis den Meeresboden versiegelt hatte?“, erklärt der Forscher. Umso erstaunlicher war es, dass sich dort eine besonders reiche Glasschwammgemeinschaft und viele Arten fanden, die an spärliche Nahrung angepasst waren. Die Forscher sammelten mehr als 1000 teils der Wissenschaft unbekannt Arten.

Auch für die Expertin Angelika Brandt vom Zoologischen Institut und Museum Hamburg, erwies sich die Tiefsee der Antarktis als eine wahre Fundgrube. Mehr als 5600 völlig neue Arten fanden die Biologen ihrer Arbeitsgruppe bisher im Polarmeer. Genauso erstaunt waren

auch andere Meeresbiologen: bei ihren Expeditionen zum australischen Teil der Antarktis, als sie Wälder mit räuberischen Manteltieren entdeckten, die Entdecker der zehn Millionen Schlangensterne im Neuseeländischen Polarmeer oder die Forscher auf der ersten arktischen Expedition ins 3000 Meter tiefe Kanada-Becken der Arktis. Die Volkszählung im polaren Meer bietet daher noch für Jahrzehnte reichlich Arbeit für die Taxonomen.

Golf von Mexiko: Wiege der Großfische

Neben den Entdeckungen in der Tiefsee oder dem Eismeer standen auch die wandernden Tierarten früh im Fokus der Forschung. Der Erfolg der Census-Initiative ist eng verbunden mit den beiden Wissenschaftlern J. Frederick Grassle, einem Meeresforscher der Rutgers Universität in New Jersey, und Jesse H. Ausubel, dem Programmdirektor der Alfred P. Sloan Foundation (einer amerikanischen Privatstiftung gegründet in den 30er Jahren vom ehemaligen Chef des General-Motor-Konzerns) in Massachusetts. Im Jahr 1997 hatten sie die Idee aufgebracht, mal gezielt nachzufragen, was denn mit der Fischfauna in Zeiten des Klimawandels passieren könnte. Aus dem Projektantrag für eine Fischzählung im Meer wurde im Laufe der Zeit eine globale Erforschung aller Meereslebewesen. Herausragend für das Projekt waren dabei auch die zahlreichen erstmals angewandten modernen Techniken, beispielsweise im Bereich der akustischen oder satellitengestützten Erfassung der wandernden Tierarten, bei der schnellen genetischen Identifizierung oder optischen Erkennung der marinen Tierwelt.

Die Ergebnisse haben auch praktischen Nutzen. So stellte sich seit Jahren die Frage, ob der atlantische Thunfisch nur im Golf von Mexiko laicht oder auch im Mittelmeer, und ob es zwei Populationen im Atlantik gibt oder nur eine. Forscher nutzten früher zur Lösung dieser Frage besondere Markierungen, kleine Plastikplättchen, auch Tags genannt, die an den Tieren angebracht wurden, und die beim Wiederfund durch die Fischer – was selten vorkam – zumindest etwas Licht in das Rätsel brachten.

Im Census-Projekt versahen Forscher nun Thunfische mit einem Datensens-

der, der über Satellit jederzeit Auskunft über die Wanderwege aussendete. Und auch andere „Biologger“, kleine Datensammler an den Tieren, machten aus diesen echte Gehilfen für die Forschung. Vor Kanada verfolgten die Forscher so einen Stör bei seiner Wanderung über 1000 Kilometer, ebenso etliche Lachse bei ihrem Weg von den Flüssen in den offenen Pazifik, oder Lachshaie zwischen ihren Winter- und Sommerquartieren. In Küstennähe wurden am Meeresboden automatische Sendestationen verankert, die jedes vorbeischwimmende Tier automatisch erkennen und Daten an die Forschungsstation übermitteln. Und mitten im offenen Pazifik fanden die Forscher auch einen bisher unbekanntem Sammelpunkt Weißer Haie, den sie spaßeshalber das „White Shark Café“ taufen.

Ob Mondfisch oder Krabbenfresser: die getaggten Tiere lieferten zudem Daten zu Temperatur und Wasserchemie und gaben Aufschluss darüber, warum sie in welcher Region ihre Nahrung suchten. Meeresschildkröten wandern etwa quer durch den gesamten Pazifik, und da sie teils bis zu 1000 Meter Tiefe tauchen, lieferten sie darüber umfangreiche Daten per Satellit an die Forscher. Da z.B. Lederschildkröten stark gefährdet sind, helfen solche Daten, auf das große Problem des Beifangs in der Fischerei Hawaiis aufmerksam zu machen. Und für den Thunfisch wurde klar, dass er das eine Jahr vor Louisiana laicht, während er das nächste Jahr vor Mallorca verweilt. Manche Thune, die in irischen Gewässern markiert worden waren, wurden acht Monate später mehr als 4800 Kilometer voneinander entfernt angetroffen. Rote Thune halten sich nicht an die von Menschen gezogenen Grenzen. Ihrer weltweiten Wanderung wegen hat die Fischerei in Europa genauso wie die im Golf von Mexiko oder die Wilderei im Südpolarmeer Auswirkungen auf ihren Bestand. Für den Erhalt dieser Art ist daher ein neuer globaler Schutz notwendig.

Eine Basis für das zukünftige Management

Auch wenn die Artenkenntnis durch das „Volkszählung im Meer“-Projekt als Basis für weitere Forschungen dienen kann, so zeigt es auch unsere Unkenntnis, ja wenn nicht sogar Ignoranz, über die Artenvielfalt im Meer. Viel zu sehr

wurde die Meeresforschung stiefmütterlich behandelt – gerade zu sehen etwa in dem Streit um die Auswirkung der Folgen der „Deepwater Horizon“-Ölkatstrophe im Golf vom Mexiko, wo Expertise mehr denn je gefragt ist. Erst die von der Sloan-Stiftung initiierte Kampagne mit einem Umfang von 500 Millionen Dollar hat das Augenmerk endlich ausreichend auf die Ozeane gelenkt. Nun ist ein erstes Netzwerk von etwa 200 dauerhaften Proben-sammelstellen als Referenzgebiete für die Zukunft entstanden, auch um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Meere besser verstehen zu können. Noch gibt es aber für die Forscher keine Zusage für eine weitere Finanzierung, hier ist eindeutig Handlungsbedarf.

Und dies ist auch ein Ergebnis der Forschung: Kaum eine Region gibt es im Ozean, die nicht von Plastik und anderem „Zivilisationsmüll“ verschmutzt ist. Kaum eine Region, in der nicht die Schleppnetz-Fischerei mit ihren Auswirkungen schon ihre drastischen Spuren hinterlassen hat. Und an anderen Stellen verschwinden aufgrund des Klimawandels die Meeresregionen in naher Zukunft für immer: die Kaltwasserkorallen, tropischen Riffe, Seegraswiesen und Mangrovenwälder. So ist die Antwort auf die Frage „Was wird im Meer in Zukunft leben?“ eher getrübt. Viele der jetzt beschriebenen Arten sind vielleicht nur für die Akten dokumentiert, manche sind in Zukunft ausgestorben, so wie schon der Gangeshai oder die Stellersche Seekuh verschwunden sind. Hunderte mariner Arten befinden sich schon auf der Liste bedrohter Tierarten. Solange keine globale politische Instanz, beispielsweise ein neu zu schaffendes UN-Gremium für die Ozeane, die Verantwortung übernimmt, und solange nur 1 Prozent im Weltmeer Meeresschutzgebiet ist, solange wird zwischen der Erforschung einerseits und dem stattfindenden Verlust der Artenvielfalt weiter eine große Lücke klaffen.

Onno Groß

Der Autor ist Meeresbiologe und Vorsitzender der Organisation „Deepwave“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Lebensraum Ozean zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren.

Quellen:

- * www.coml.org/pressreleases/whatlives10/CoML_WhatLivesInTheSea_Public.pdf
- * www.ploscollections.org/coml/marine_biodiversity
- * <http://coml.org/what-lives-sea-image-gallery>
- * www.mar-eco.no/mareco_news/2009/new_ecomar_discoveries



Feuerlöschboote bekämpfen das Feuer auf der Ölbohr-Plattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko. © The United States Coast Guard

Gefahren und Folgen von Tiefseebohrungen

Das Beispiel der Katastrophe der „Deepwater Horizon“

Am 20. April 2010 nahm eine Katastrophe ihren Anfang, deren Ausmaß alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen sollte – die Explosion auf der vom britischen Konzern BP geleaste Ölplattform Deepwater Horizon. Menschliches Versagen kombiniert mit zahlreichen technischen Problemen führte zu einem sogenannten Blow Out, einem unkontrollierten Austritt von Öl und Gas, was letztlich zu einer Explosion und dem Sinken der Plattform geführt hat. Dabei kamen elf Menschen ums Leben.

Monatlang trat aus dem Bohrloch in 1500 Meter Tiefe unkontrolliert Öl aus. Erst am 15. Juli konnten Techniker von BP das Bohrloch mit Hilfe einer Kappe abdichten und mit schwerem Schlamm und Zement verschliessen. Eine endgültige Versiegelung durch eine sogenannte Entlastungsbohrung soll noch im September, also fünf Monate nach Beginn des Unglücks, erfolgen.

In einem mehr als 190 Seiten umfassenden Untersuchungsbericht von BP zum Hergang des Unfalls am 20. April, versucht der Konzern, seine Sicht der Dinge detailreich zu schildern. Der Bericht listet in acht Punkten die wesentlichen Versäumnisse auf, die letztlich zum Unglück geführt haben sollen. Festzuhalten bleibt allerdings, dass der sogenannte Blow Out Preventer, der bei Gefahr das Bohrloch verschliessen sollte, in diesem Fall versagt hat, erst nach Fertigstellung dieses Berichtes geborgen worden ist und die abschließende Untersuchung noch aussteht. Ausserdem ist der Report von BP nicht unabhängig und von daher mit Vorsicht zu genießen. Mit

einer unabhängigen Bewertung ist nicht vor Ende des Jahres zu rechnen.

Welche Auswirkungen hat dieser Unfall auf den Golf von Mexiko?

Insgesamt sind nach offiziellen Angaben 780 Millionen Liter Öl aus dem Bohrloch des Macondo Feldes ausgelaufen. Offiziell wurden bisher 8000 tote oder ölverschmierte Vögel, 1111 Meeresschildkröten und 101 tote Delfine gezählt. Großer Aufwand wird betrieben, um die lebenden, ölver-

schmierten Tiere zu reinigen, um sie anschließend wieder auszuwildern. Die Überlebenschancen sind in den meisten Fällen minimal. Über die Dunkelziffer, also die toten Tiere, die nicht gefunden werden, gibt es keinerlei Angaben. Da sich das Unglück fast 70 Kilometer vor der Küste ereignet hat, ist aber davon auszugehen, dass viele verölte Tiere nicht gefunden worden sind. Zum Vergleich: Beim bisher schwersten Ölunfall in den USA, der Havarie der Exxon Valdez in Alaska, wurden mehr als 250.000 tote Vögel registriert.

Alle Bereiche des Golfs von Mexiko sind betroffen

Insgesamt wurden mehr als 1000 Kilometer Küste in unterschiedlicher Intensität verschmutzt. Mangrovenwälder, ausgedehnte Feuchtgebiete und Flussläufe säumen die Küste. Während die Sandstrände mit hohem Aufwand gereinigt und sich relativ schnell erholen werden, ist davon auszugehen, dass im Fall der Mangrovenwälder und Feuchtgebiete auch noch nach mehreren Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, die Auswirkungen des Öls zu spüren sind.

Entlang der Küste sind mehr als 30 Naturparks von der Ölpest in Mitleidenschaft gezogen worden oder immer noch gefährdet. Schätzungen zufolge leben mehr als 8000 Tier- und Pflanzenarten in den Regionen, darunter vier bedrohte Meeresschildkrötenarten und 29 Arten von Meeressäugern. Bis heute sind immer noch 17 Prozent der US-amerikanischen Gewässer im Golf für die Fischerei gesperrt.



Arbeiter reinigen einen ölverschmutzten Strand in Port Fourchon, Louisiana.
© Daniel Beltra / Greenpeace

Auch die Tiefsee inklusive des Meeresbodens sind von den riesigen Ölmengen betroffen. Während an der Küste die Schäden für Natur und Lebewesen deutlich sichtbar sind, entziehen sich die Folgen unter der Meeresoberfläche unserer Wahrnehmung und damit auch unserer Betroffenheit. Über die Lebensgemeinschaften in diesen Tiefen ist wenig bis gar nichts bekannt. Hier herrschen Temperaturen von nur wenigen Grad Celsius, absolute Dunkelheit, extreme Druckverhältnisse und ein sauerstoffarmes Milieu. Ölabbau geht dort findet hier vermutlich wesentlich langsamer vonstatt. Wie die eingesetzten Chemikalien z.B. auf die Öl abbauenden Bakterien wirken, ist unbekannt. Zu vermuten ist, dass das Öl großflächig die Lebewesen auf dem Grund überdeckt und abtötet.

Der massive Einsatz von insgesamt fast sieben Millionen Litern des chemischen Ölbekämpfungsmittels Corexit hatte zum Ziel, das Öl in kleine und kleinste Tröpfchen zu zerlegen, um es damit weitestgehend von der Oberfläche fernzuhalten. Erstmals wurde diese Chemikalie auch direkt in 1500 Metern Tiefe am Bohrloch eingesetzt, ohne zu wissen, welche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

Die so entstandenen Öltröpfchen gelangen nicht mehr an die Meeresoberfläche, sondern schweben in der Wassersäule und sinken langsam zum Meeresboden ab. Ein weiterer beabsichtigter Effekt ist die Vergrößerung der Oberfläche, die den ölabbauenden Bakterien eine größere Angriffsfläche bietet. Damit will man den mikrobiellen Abbau des Öls beschleunigen. Nachteil: Zum Abbau des Öls brauchen die Bakterien, neben Nährstoffen und ausreichend hohen Temperaturen, viel Sauerstoff, der dem Wasserkörper entzogen wird. Es kann dadurch im schlimmsten Fall zu großflächigen Massensterben von Meeresorganismen führen. Der Abbau eines Öltropfens benötigt beispielsweise den Sauerstoff aus 80 Litern Meerwasser.

Darüber hinaus können diese feinen Tröpfchen wesentlich besser von marinen Organismen aufgenommen werden, die sich an diesem chemischen Cocktail aus Öl und Corexit vergiften. Corexit ist eine Chemikalie, die auch in Verdünnung zu Verätzungen der Schleimhäute und zu Hautreizungen

führen kann. Es ist zu befürchten, dass vor allem das Plankton, kleine Organismen wie Fisch- und Krebslarven oder einzellige Algen, von diesem Öl-/Chemiegemisch in Mitleidenschaft gezogen werden.

Seit Anfang August ist Greenpeace mit seinem Schiff, der *Artic Sunrise*, im Golf von Mexiko bis voraussichtlich Ende Oktober unterwegs. Ziel dieser Reise ist es, die genauen Auswirkungen der Ölkatastrophe im Golf zu untersuchen. Dazu sind Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen von verschiedenen US-amerikanischen Universitäten an Bord. So wurden im ersten Abschnitt vor der Küste Floridas Schwämme in den vorgelagerten Korallenriffen gesammelt, die später im Labor auf Ölrückstände untersucht werden. Schwämme filtern pro Tag mehrere hundert Liter Meerwasser und gelten damit als gute Bioindikatoren.

In einem zweiten Abschnitt werden Planktonproben in der Nähe des Unglücksortes genommen. Hier richtet sich das Augenmerk der Wissenschaftler auf die Larven des Roten Thunfisches, dessen Bestand im Golf als bedroht eingestuft wird. Auch die Larven der Blaukrabbe werden untersucht, weil sie eine wichtige Rolle im Nahrungsnetz innehaben und für die Fischerei im Golf von Mexiko ökonomisch von Bedeutung sind.

Gemeinsam mit Walforschern sollen die Auswirkungen des Unfalls auf Pottwale untersucht werden, die eine eigenständige Population im Golf von Mexiko bilden. In beiden Fällen liegen Daten von vor dem Unglück vor, so dass gute Vergleichsmöglichkeiten bestehen,

Greenpeace geht der Frage nach dem Verbleib des Öls auf den Grund. Durch den massiven Einsatz des Lösungsmittels Corexit wird vermutet, dass sich ein großer Teil als Ölschwaden unter Wasser befindet und hier nach und nach seine giftigen Substanzen abgibt. Mit Ergebnissen der Expedition ist nicht vor Ende Oktober zu rechnen.

Lehren aus der Katastrophe?

BP war von Anfang an mit der Katastrophe der havarierten Bohrplattform der *Deepwater Horizon* überfordert. Schnell wurde deutlich, dass es keinerlei funktionierende Notfallpläne für eine solche Situation gegeben

hat. Alle Versuche, die unternommen wurden, das Bohrloch zu schließen, zeugten von großer Hilf- und Planlosigkeit. Erst Mitte Juli gelang es, das Bohrloch mit einer Kappe zu versehen, so dass nach Monaten erstmalig kein Öl mehr in die Umwelt gelangt ist.

Dieser Unfall führt uns deutlich vor Augen, dass das technisch Machbare in diesen Tiefen erreicht, wenn nicht gar überschritten ist. Von notwendigen Plänen, wie mit einem Ölunfall umzugehen ist, ganz zu schweigen. Doch dieser Umstand trifft nicht nur auf BP zu. Weltweit gibt es mehr als 500 Tiefseeprojekte an denen alle großen Ölkonzerne beteiligt sind. Shell kündigte Anfang Juni an, sein Engagement in der Tiefsee noch zu steigern.

Auch bei uns vor der Tür stehen Tiefseeprojekte an. Insgesamt sind in den kommenden Jahren 20 Projekte im nördlichen Bereich der Nordsee und des Nordost-Atlantiks geplant.

Greenpeace hat den deutschen Umweltminister Röttgen aufgefordert, sich beim nächsten Treffen der sogenannten OSPAR-Staaten im September im norwegischen Bergen für ein Moratorium von Tiefseebohrungen (Meeresstiefe unterhalb von 200 Metern) einzusetzen. Die OSPAR besteht aus 15 europäischen Staaten und der EU und setzt sich für den Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks ein. Ein Meilenstein in der Arbeit der OSPAR war die Entscheidung, 1998 ein generelles Verbot für die Versenkung von Offshoreplattformen zu beschließen.

Auch wenn der Minister dieser Aufforderung gefolgt ist, ist sein Antrag auf Betreiben des industriefreundlichen Bundeswirtschaftsministeriums viel zu schwach ausgefallen. Zudem ist zu erwarten, dass vor allem Großbritannien jegliche Einschränkungen für die Ölindustrie ablehnend gegenüber steht. Doch ein erster Schritt ist getan.

Statt zu warten, bis sich der nächste Unfall ereignet, sollte sich die Politik, aber auch die Industrie, schnellstmöglich Gedanken über eine Zeit nach dem Öl machen. Die Lösung heißt: Effizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien.


Jörg Feddern

Der Autor ist Diplom-Biologe und als Projektleiter in der Abteilung Sonderprojekte bei Greenpeace Deutschland beschäftigt.

2012: Neuausrichtung der europäischen Fischereipolitik

Europäische Verbände fordern neuen Denkansatz

Fisch liegt im Trend: 2009 haben die Deutschen ihren jährlichen Pro-Kopf-Konsum erneut gesteigert, auf 15,7 kg Fisch und Fischereierzeugnisse, einschließlich Meeresfrüchte. Der Handel nennt dies eine positive Entwicklung. Doch die europäischen Fischbestände sind in einer schlechten Verfassung, über 70% der bewerteten Bestände gelten als überfischt.

Bei Ende 2012 muss die Europäische Union eine Reform ihrer Fischereipolitik beschließen. Schon 2013 sollen die neuen Regeln in Kraft treten. Eine Kernforderung vieler Verbände mit Blick auf die Reform der europäischen Fischereipolitik 2012 lautet, Überfischung zu stoppen und Umweltbelangen bei fischereipolitischen Entscheidungen den Vorrang einzuräumen. Denn gesunde Meeresökosysteme und Fischbestände sind die Voraussetzung für einen nachhaltigen, stabilen Fischereisektor und für erhöhte weltweite Lebensmittelsicherheit.

Die Abhängigkeit der EU von Fischimporten

Die europäischen Fischbestände sind weit weniger produktiv, als sie es bei einer tatsächlich nachhaltigen Bewirtschaftung sein könnten. 72% der bewerteten Bestände gelten als überfischt. 20% bewegen sich außerhalb sicherer biologischer Grenzen: Ihr Fortbestand ist gefährdet. Der schlechte Zustand der Ressourcen führt zu einem Rückgang der Fänge innerhalb der EU-Gewässer. Dies wird zum Teil ausgeglichen durch Fänge der EU-Flotte in den Gewässern von Drittstaaten, ermöglicht durch Fischereiabkommen, die den Zugang europäischer Fischereifahrzeuge gestatten. Somit ist die EU-Fischereiflotte weltweit tätig. Bei zugleich steigendem Fischkonsum belegt aber auch die Handelsbilanz der EU die wachsende Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten von Fischimporten aus auswärtigen Gewässern. Der Verbraucher indes nimmt aufgrund der Importe die Verknappung der Ressourcen in europäischen Gewässern kaum wahr.

Soll internationaler Handel zum Wohl der Menschen beitragen, kann dies nur gelten, wenn er nicht nur auf faire Weise, sondern auch innerhalb der Grenzen des Ökosystems erfolgt.

Bei sinkender Produktivität eigener Ressourcen und steigendem Fischkonsum trägt die EU mit ihrer aktuellen Fischereipolitik dazu bei, den Druck auf die weltweiten Bestände zu erhöhen. Dies unterstreicht ein aktueller Bericht der britischen New Economics Foundation, der das Verhältnis von Fischproduktion und -einfuhr für die EU sowie für einzelne Mitgliedstaaten untersucht hat.¹ Fast die Hälfte des EU-Bedarfs an Fisch wird durch Einfuhren gedeckt. Dieses Ergebnis wird durch die Benennung eines „fish dependence day“ veranschaulicht: des Datums, an dem eigene jährliche Fischreserven erschöpft wären. Während der Tag, an dem die Abhängigkeit von Einfuhren beginnt, EU-weit auf den 9. Juli fällt, wäre Deutschland bereits ab dem 5. Mai auf importierten Fisch angewiesen. Besonders kritisch bewertet der Bericht den Umstand, dass die EU auf diese Weise die Folgen des eigenen Ressourcenmissmanagements in Drittstaaten exportiert.

Reform der EU-Fischereipolitik: Großer Wurf für große Fänge?

Die anstehende Reform der EU-Fischereipolitik bietet die Gelegenheit, einen Wiederaufbau der europäischen Fischereiresourcen einzuleiten. Hierfür müssen die wichtigsten strukturellen Schwächen der gegenwärtigen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) überwunden werden: zum Beispiel Flotten, die mehr Fisch fangen können, als verfügbar ist, die mangelnde Transparenz von Entscheidungsprozessen, die Nichteinhaltung rechtlicher Vorschriften durch die Fischer und nicht zuletzt: politische Verantwortungslosigkeit. Um kurzfristig die wirtschaftliche Lebensfähigkeit von Fischereiunternehmen zu sichern, wurden im EU-Ministerrat über Jahre Fangquoten oberhalb der biologisch gebotenen Grenzen festgelegt – in den letzten Jahren durchschnittlich 34

Prozent über den wissenschaftlichen Empfehlungen. Die Folge: ein drastischer Rückgang der ehemals reichen Fischbestände und ein immer weniger produktiver Sektor, der weder in ökologischer, noch in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht nachhaltig ausgerichtet ist. Die EU verstößt damit nicht nur gegen ihre eigenen Regeln, sondern widersetzt sich auch internationalen Verpflichtungen, etwa dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen.

Die EU-Kommission stellte im Grünbuch zur GFP-Reform (April 2009) selbst fest, dass eine dramatische Wende notwendig sei, um den derzeitigen Trend umzukehren. Ein großer Wurf sei gefragt. Mittlerweile steht allerdings fest, dass sich die Reform innerhalb bestimmter bestehender fischereipolitischer Parameter bewegen wird. Die Kommission hat insofern durchblicken lassen, dass das Prinzip der relativen Stabilität der Fischereitätigkeit jedes Mitgliedstaats und das System der nationalen Quoten erhalten bleiben sollen. Andererseits vertritt EU-Fischereikommissarin Damanaki mit einigem Nachdruck, dass die Wissenschaft künftig die verbindliche Grundlage für die Festlegung von Fangmengen liefern soll. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für das Ziel, den Zustand der Fischereiresourcen in Europa zu stabilisieren. Allein, die Kommissarin muss ihren begrüßenswerten Ansatz bis Ende 2012 noch gegenüber dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament durchsetzen.

Chancen für eine ökologisch nachhaltige Fischerei

Eine der wichtigsten Forderungen der Umweltverbände zur Reform der GFP lautet, Umweltziele in der GFP als Voraussetzung für das Erfüllen der wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu verankern. Auch die EU-Kommission regte in ihrem Grünbuch zur GFP-Reform an, ökologischen Bedingungen in der europäischen Fischerei Vorrang einzuräumen, damit sich überfischte Bestände erholen können. Selbst im Positionspapier der Bundesregierung zur Reform heißt es an einer Stelle: „Die ökologische Nachhaltigkeit ist eine Grundbedingung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der europäischen Fischerei.“ Denn ohne produktive Fischbestände wird es langfristig keine Fischerei geben. Als

eines der politischen Schwergewichte der EU hat die Bundesregierung ein erhebliches Potential, Umweltzielen in der für 2012 anstehenden Reform der GFP Geltung zu verschaffen.

Für eine Priorisierung ökologischer Belange setzt sich zum Beispiel die Allianz OCEAN2012 ein – ein Zusammenschluss von europaweit über 90 Organisationen, die sich für die Umgestaltung der europäischen Fischereipolitik engagieren, um die Überfischung und zerstörerische Fangmethoden zu beenden und für eine faire und gerechte Nutzung gesunder Fischbestände zu sorgen. Mitglieder von OCEAN2012 sind unter anderem Umwelt- und Entwicklungsverbände, aber auch Organisationen von Fischern und Tauchern.

OCEAN2012 fordert, dass Umweltbelangen in der Fischerei gegenüber sozialen und wirtschaftlichen Kriteri-

en größere Geltung verschafft wird. So soll der Zugang zu Fischereien an ökologische Kriterien gekoppelt werden, etwa an die Verwendung von Fanggeräten, welche schädliche Auswirkungen auf die Meeresumwelt minimieren. OCEAN2012 fordert auch, dass öffentliche Mittel ausschließlich für den Übergang zu einer nachhaltigen Fischerei und für die Wiederherstellung der Bestände eingesetzt werden. Schädliche Subventionen, die negative Auswirkungen der Fischerei auf die Umwelt herbeiführen oder verstärken, sollen abgeschafft werden. Sich heute für ein gesundes Meeresökosystem einzusetzen, kann kurzfristig zu sozialen und wirtschaftlichen Kosten führen. Dies nicht zu tun, setzt die Nachhaltigkeit der Ressource und die Zukunft des gesamten Sektors aufs Spiel.

Bis Ende 2012 wird die Allianz ihre Forderungen an politische Entscheidungsträger herantragen und die Öffentlichkeit in ganz Europa über die Notwendigkeit eines neuen Denkansatzes für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik informieren.



Nina Wolff

Die Autorin ist Projektmanagerin im Bereich Meeresnaturschutz bei der Deutschen Umwelthilfe e.V. und für die Koordinierung der OCEAN2012-Kampagne in Deutschland zuständig.

In Deutschland gehören OCEAN2012 folgende Organisationen an: DEEPWAVE e. V., Deutsche Umwelthilfe e. V., Gesellschaft zur Rettung der Delphine e. V., Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugtiere e. V., M.E.E.R. e. V., Naturschutzbund Deutschland e. V., Pro Wildlife e. V. und Reef Check e. V. Die Allianz ist offen für alle Organisationen, die sich mit den Kernforderungen der Kampagne identifizieren und diese mittragen. Siehe: www.ocean2012.eu.

¹ www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/Fish_dependence.pdf

Unfair abgefischt – Armut aufgetischt

Die Plünderung der Fischgründe vor Westafrika – 30 Jahre EU Fischereipolitik

Die Europäische Union hat die Überfischung auf den eigenen Meeren in den 1980er Jahren bewogen, auf andere Fischgründe zu schießen. Die nahe westafrikanische Küste bot reiche Fischgründe. Diese waren aber nach der Erweiterung der nationalen Küstenzonen auf 200 Seemeilen nicht mehr umsonst zu plündern. Deswegen schloss die EU mit einigen afrikanischen Staaten Verträge zu Spottpreisen ab, die europäischen Trawlern vor Afrikas Küsten Fangrechte geben.

Bis 2013 will die Europäische Union nun die jetzige Fischereipolitik der Gemeinschaft (GFP) reformieren. Selten hat eine EU-Kommission in solcher Offenheit das eigene Scheitern ihrer Politik der vergangenen zehn Jahre so deutlich formuliert: „Die derzeitige GFP hat bei der Verhinderung dieser Probleme versagt.“¹ Oder noch konkreter: „Die 2002 vereinbarten Ziele für nachhaltige Fischereien wurden allerdings insgesamt nicht erreicht.“

Das so genannte Grünbuch der EU-Fischereikommission, aus dem diese Zitate stammen, stellte Ende 2009 verschiedene Optionen für die künftige Fischereipolitik zur Diskussion. Im Vordergrund steht der Wunsch, dass es nun endlich gelingen müsse, weltweit eine ökologisch nachhaltige Fischerei durchzusetzen und die Speisefischbestände auf lange Sicht zu schützen,

um einen drohenden Zusammenbruch der Fischerei zu verhindern.

Lang und ausführlich werden deshalb im Grünbuch die künftigen Maßnahmen für den Schutz der Fischbestände in den EU-Gewässern und der Erhalt der europäischen Küstentischerei erörtert. Schließlich hängen 400.000 Arbeitsplätze in der EU vom Fischfang ab und fahren 88.000 Fischfangboote unter europäischen Flaggen in Europa und Übersee.²

EU Fischerei gefährdet Ernährungssicherheit

Die Tatsache, dass inzwischen 60 Prozent (6 Millionen Tonnen) des Fischkonsums aus Beständen außerhalb der EU – und davon ein Großteil aus Gewässern von Entwicklungsländern – kommen, wird jedoch nur verstoßen im Kapitel „Die externe Dimension“ erörtert. Das zeigt einen für die ent-

wicklungspolitische Perspektive bedenklichen Blickwinkel der EU-Kommission, denn bei dieser „externen Dimension“ handelt es sich vielfach auch um Fanggründe, von denen Millionen Kleinfischer und ihre Familien leben und die die Hauptproteinquelle für rund eine Milliarde Menschen in Entwicklungsländern darstellen. Davon ist im Grünbuch nicht die Rede, es geht darum, sich mehr oder weniger sozial in diese Fanggründe einzukaufen. Dieser Blickwinkel hat Tradition und ist für den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) wie für viele Nichtregierungsorganisationen ein wesentlicher Grund, von einer gescheiterten europäischen Fischereipolitik zu reden.

Zu diesem Urteil tragen auch die im Grünbuch thematisierten Fischereiabkommen mit den Entwicklungsländern, heute Partnerschaftsverträge genannt, bei. Selbst die EU sieht deren entwicklungspolitische Wirkung für Armutsbekämpfung und Reduzierung des Hungers als unwesentlich an. Viele Kleinfischer in Entwicklungsländern können bestätigen, dass die neuen Verträge die Plünderung ihrer Fischressourcen auch weiterhin nicht verhindert haben. Die Frage im Grünbuch, ob in Zukunft „EU-Fischer alle Kosten ihrer Fangtätigkeit in Drittlandgewässern selber tragen sollten oder ein Teil dieser Kosten weiterhin vom Gemeinschaftshaushalt getragen werden soll“¹, ist entwicklungspoli-



tisch eher zweitrangig. Denn die Gefahr für die Speisefischressourcen in Entwicklungsländern ist die Anwesenheit ausländischer Trawler als Ganzes. Allerdings könnten die eingesparten Gelder (2009 waren es 160 Millionen Euro), die der europäische Steuerzahler für die Fangrechte der Fischindustrie zahlt, dazu genutzt werden, den langjährigen Schaden an den Meeresressourcen in Entwicklungsländern wiedergutzumachen.

Nicht nur Fischereiabkommen schaffen Armut

Die beliebte Forderung nach einem Ende der Fischereiabkommen bedeutet aber noch lange nicht das Ende der Plünderung der Gewässer vor Entwicklungsländern durch die EU-Fischereiindustrie. Manchmal ist die Situation, wie im Senegal nach 2006 zu beobachten, hinterher noch viel schlimmer. Längst gibt es eine gan-

ze Palette anderer Möglichkeiten für „unsere“ Fischindustrie, an die Fischarten in Gewässern der Entwicklungsländer zu kommen – Wege, die viel schwerer zu verfolgen sind, aber viel bessere Profite für Fischindustrie und Handel bieten.

Denn Fakt ist, dass zum Beispiel die 1,5 Millionen westafrikanischer Kleinfischer immer weniger Fisch fangen beziehungsweise immer länger und immer weiter hinausfahren müssen, was gefährlich und teuer (Treibstoff, Lohnkosten) ist. Die Gesamtmenge, die gefangen wird (einschließlich der industriellen ausländischen Fischerei) ist auf nunmehr 800.000 Tonnen (1990:400.000t) gestiegen. Der von den Kleinfischern gefangene Fisch ist aber immer jünger und kleiner, und die wertvollen Arten, für die es noch gute Preise gibt, findet man kaum noch in den Netzen. Die Folgen sind eine rapide zunehmende Armut in

den Fischerdörfern, das Abwandern der jungen Männer in die Slums der Großstädte, kaum existierende schulische oder medizinische Einrichtungen. Die Frauen, die den Fisch verarbeiten und vertreiben, sind die wichtigsten Geldgeberinnen für die Fischer. Ohne ihre Vorschüsse würden noch mehr Boote am Strand bleiben. Decken aber die kümmerlichen Fänge die Kosten nicht, entsteht eine Verschuldungsspirale, in die alle einbezogen sind. Die Frauen können keinen Fisch räuchern oder salzen, die Händlerinnen machen mit den wenigen, kleinen Fischen kaum noch Gewinn.

Überfischung auch armutsbedingt

Es muss bei der Bewertung der Kleinfischerei in Westafrika allerdings einiges differenziert werden. Es gibt Länder, wie Ghana, Senegal, Guinea und Mauretanien, deren Kleinfische-

rei sehr entwickelt ist. Die Boote sind motorisiert und es fahren 15-20 Mann mit, um volle Netze einzuziehen, die ein paar Tonnen wiegen. Sie können bis zu einer Woche auf See sein und haben Kühlbehälter dabei. Dann gibt es die wirklich traditionelle Fischerei auf Einbäumen, die man z.B. noch in Guinea-Bissau antrifft. Da sind bis zu zwei Fischer sehr nahe an der Küste unterwegs und werfen ihre Netze aus. Viele Fischer in den kleineren Küstenstaaten, wie Togo, Benin, Gambia, Liberia beschwerten sich auch über ihre Kollegen, dass sie illegal in ihre Gewässer eindringen. Die Landflucht hat in Senegal, Guinea und Ghana dazu geführt, dass immer mehr Boote mit wenigen Fischern und vielen jungen Hilfskräften aufs Meer hinausfahren, bevor sie in letztendlich in den Slums der Städte landen oder die illegale Flucht nach Europa versuchen.

Die meisten Kleinfischer fangen sogenannten pelagischen Fisch, der im offenen Meer zwischen Wasseroberfläche und Meeresgrund lebt, wie z.B. Hering und Sardellen. Dieser bildet die Nahrungsgrundlage der meisten Küstenbewohner und ist auch am fett- und proteinreichsten. Dafür gibt es aber auch die geringsten Einnahmen. Sardellen und Hering werden meist noch verarbeitet und selbst in Binnenländer wie Mali oder Burkina Faso transportiert. Diese Fischarten, die bis zu 80% des Fischfangs ausmachen sichern bis zu 40% des Proteinbedarfs mancher Küstenländer, bei einem pro-Kopf-Verbrauch von bis 34kg (Ghana) im (Vergleich Deutschland 15kg).

Für die Kleinfischer sind gesetzlich die ersten 12 Küstenmeilen reserviert. In Westafrika sind das normalerweise auch die ressourcenreichsten, was pelagischen Fisch angeht, mit Ausnahme Mauretaniens. Dort wird auch außerhalb dieser Zone pelagischer Fisch gefangen und zwar von Fischfabriken aus den Niederlanden und Spanien im Rahmen der Fischereiabkommen. Dieser wird nicht, wie oft angenommen, nach Europa mitgenommen, sondern an der afrikanischen Küste angelandet und verkauft und zwar zu so niedrigen Preisen (50c/kg), dass die Küstenfischer das Nachsehen haben. Neben dem Tunfisch, der in Guinea und Ghana den Hauptfang für den Export ausmacht, sind es vor allem Tintenfisch, Krabben, Hummer und Venusmuscheln, die nach Europa exportiert werden. Edelfisch

gibt es immer weniger in den westafrikanischen Gewässern. Wichtig dabei ist, dass die Kleinfischer den größten Anteil an ihren Einnahmen in Senegal und Mauretaniens dadurch erzielen, dass sie ihren Fang an Exportfirmen verkaufen. Den meisten Gewinn aber erzielen die industriellen Boote, egal, wie sie beflaggt sind und ob mit oder ohne Lizenz und fast alles wird für den europäischen Markt gefangen, legal oder illegal.

Ghana – Wildwest auf dem Meer

In Ghana ist die Armutsspirale im Fischereiwesen am weitesten fortgeschritten und bedroht nun auch die Versorgung der Bevölkerung mit der wichtigsten Proteinquelle.

Ghana muss heute fast 200.000 t Fisch importieren, obwohl bereits 400.000t angelandet werden, von denen es allerdings wiederum 50.000t exportiert (vornehmlich Tunfisch).³ Ghanas Gewässer, obwohl es noch nie ein Fischereiabkommen unterzeichnet hat, sind der „Wilde Westen“ für sämtliche Formen der Fischpiraterie geworden ist.

Die durch die Weltbank erzwungene Liberalisierungspolitik hat auch die vormals stolze Hochseefischerei Ghanas mit mehr als 100 staatlich subventionierten Industriebooten vernichtet.

Die erzwungene Privatisierung führt nun dazu, dass die neuen koreanischen und chinesischen Besitzer der alten Trawler unter ghanaischer Flagge nicht nur die ghanaischen Gewässer plündern, sondern sich auch vor den Küsten der Nachbarstaaten illegal tummeln. Ihre brutalen Fangmethoden lassen ökologische Wüsten zurück. Das illegale Eindringen in die für Kleinfischer reservierten Zwölf-Meilen-Zonen gehört zur Routine dieser Fischpiraten und kann vom Strand aus beobachtet werden. Der Fang dieser Schiffe gelangt durch illegales Umladen auf legal operierende europäische Schiffe in die europäische Handelskette.

Und dies ist nur ein Beispiel aus einem Land, nur eine der Methoden, wie die europäische Hochseeflotte und vor allem der steigende europäische Bedarf nach Fisch oder auch Fischmehl für die Fischzucht das Leben der Kleinfischer, der Frauen in der Verarbeitung- und Handelskette und die Ernährungssicherheit vieler Entwicklungsländer gefährdet.

„Externe Dimension“ der EU Fischereipolitik

Der EED hat in seiner Stellungnahme zum Grünbuch in Frage gestellt, ob die EU überhaupt das Recht auf eine „externe Dimension“ hat. Nachdem die hiesigen Gewässer gnadenlos abgefischt worden sind, muss es zumindest vorläufig das erste Ziel sein, die riesigen Überkapazitäten der EU-Fangflotte abzubauen, die Subventionen für die Fischerei einzustellen und auch den VerbraucherInnen zu erklären, dass zweimal die Woche Fisch auf dem Speiseplan zwangsläufig den Hunger und die Armut in den Entwicklungsländern vergrößern wird. Speisefisch wäre dann irgendwann so selten wie Kaviar heute.

Einige wichtige Aufgaben hätte allerdings die EU-Fischereikommission in ihrer „externen Dimension“ noch. Statt für die EU-Flotte Fanggründe zu sichern, sollte sie sich international dafür einsetzen, dass auch Drittstaaten die Rechte der Entwicklungsländer auf ihre Fangzonen respektieren. Ebenso wichtig ist es aber, den EU-Markt für jegliche Art illegalen Fischfangs zu schließen: Das würde es auch den chinesischen und anderen Piratenfischern schwerer machen, ihre illegalen Fänge abzusetzen.

EU-Fischerei- und -Entwicklungskommission müssen gleichberechtigt zusammenarbeiten und die Küstenstaaten in Entwicklungsregionen darin unterstützen, dass sie eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Kleinfischerei aufbauen können, die die Nahrungsquelle Fisch erhält und den Küstenbewohnern ein Überleben sichert. Dazu kann auch der Fang und Export von Arten gehören, die nicht zur Nahrungssicherheit beitragen – aber dann zu Exportpreisen, die den Kleinfischern einen größeren Anteil an der Wertschöpfung sichern. Denn bisher erhalten sie beispielsweise vom exportierten Tintenfisch nur einen bis zwei Euro pro Kilogramm, während er hier bis zu 30 Euro pro Kilo im Supermarkt kosten kann.


Francisco J. Mari

Der Autor ist Agrarhandels und Fischereixperte beim Evangelischen Entwicklungsdienst

- 1 Kommission der Europäischen Gemeinschaften; GRÜNBUCH -Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, Brüssel, den 22.4.2009
- 2 République Française, Conseil Économique, Social et Environnemental: Les Enjeux des Accord de Pêche Union Européenne / Pays Africains, présenté par M. Gérard d'Abouville, Avril 2010
- 3 The Development Dimension, Fishing for Coherence in West Africa, OECD; Paris, 2008

Bewusst Fisch essen

Fisch ist in vielen Teilen der Welt ein beliebtes Nahrungsmittel. Er gilt als gesund und oft auch als Delikatesse. Die Fischindustrie versucht, den Fischkonsum weiter anzukurbeln, doch die Meere sind schon fast leer gefischt. Darüber wie ein nachhaltiger Umgang mit Fisch aussehen könnte gehen die Meinungen auseinander. Die schweizer Organisation fair-fish fordert, deutlich weniger Fisch zu essen, der WWF setzt auf eine glaubwürdige Zertifizierung und Greenpeace setzt bei der umfassenden Information der Konsumenten an, die nur dann ihre Entscheidungen bewusst treffen können.

Das beste Fisch-Label: nur einmal pro Monat

Für den Verein fair-fish, selber Inhaber eines Labels¹, kommen beim Fischkauf Labels erst an zweiter Stelle. An erster Stelle muss die Frage stehen, wie viel Fisch weltweit zur Verfügung steht: nicht mehr als ein bis zwei Fischmahlzeiten pro Mensch und Monat². Grob geschätzt, doch genaues Rechnen wird wenig daran ändern. Wir täuschen uns einfach mit Fisch, den wir zunehmend dem Weltsüden und künftigen Generationen wegessen.

Der Umgang vieler NGOs mit dieser Realität ist erstaunlich: Sie empfehlen zwar ebenfalls, den Fischkonsum etwas einschränken, trauen sich aber offenbar nicht, ihren Spendern reinen Wein einzuschenken, und stellen lieber Labels in den Vordergrund – als könnte der viel zu hohe Fischkonsum jemals ganz aus nachhaltiger Produktion gedeckt werden.

EU-Politik bleibt auf mehr Fisch fixiert

Solange man derart um den heissen Brei herumredet, wird die EU ihre verkehrte Fischereipolitik sicher nicht umkrempeln. Das zeigt die Antwort³ der neuen Fischereikommissarin Maria Damanaki auf den Vorstoss⁴ von fair-fish: «Ich bin eine standhafte Anhängerin des Nutzens regelmässigen Fischkonsums. Denn Fisch – sofern er alle Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit erfüllt – hat sich als sehr vorteilhaft für unsere Gesundheit erwiesen. Darum kann ich einer Zielvorgabe, den Fischkonsum auf ein bis zwei Mahlzeiten pro Monat zu reduzieren, nicht zustimmen. Mit sachgemässen Naturschutz und optimaler Marktplanung wird es möglich sein, weniger zu fischen und mehr zu bekommen. Das Wachstum nachhaltiger Fischzucht kann ebenfalls Teil dieser Lösung sein.»



Weniger Fisch ist die Schlüsselgrösse

Massnahmen zur Reduktion des Fischkonsums waren eine von verschiedenen Forderungen, welche fair-fish Ende 2009 an die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gestellt hatte⁵. Damanakis Argumentation ist für fair-fish nicht schlüssig⁶.

Eine wirksame Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) wird sich an den hauptsächlich limitierenden Faktor halten müssen, nämlich an die auf lange Sicht verfügbare Menge Fisch – und nicht an die zunehmende Menge, welche die Europäer gerne verschlingen würden.

Sogar nachhaltiges Fischen kann nicht mehr Fische herzaubern als die

Natur hervorbringt. Fischzucht andererseits ist bestenfalls dann nachhaltig, wenn sie ganz auf Fischmehl und Fischöl verzichtet. Bis heute haben wir in den Verlautbarungen der Kommission zu GFP nichts Derartiges gelesen. Es sieht vielmehr so aus, als wäre die Kommission entschlossen, eine Kampagne weiterzuführen, welche die Konsumenten in naher Zukunft aller Fische berauben wird.

Tödliches Gesundheitsargument

Wenn Fisch tatsächlich so entscheidend für die menschliche Gesundheit ist, sollten wir nicht allen Fisch wegessen, ohne künftigen Generationen etwas übrigzulassen. Laut medizinischen Wissenschaftern besteht der wichtigste Vorteil von Fisch in seinem hohen Gehalt an Omega 3, welches von der Mikroalge Ulkenia in die marine Nahrungskette gebracht wird. Öl auf der Basis von Ulkenia ist von der EU-Kommission zugelassen worden, und Produkte hieraus sind im Markt erhältlich. Warum also sollten wir die Fische ausröten, wenn wir das, was wir

nötig haben, viel direkter bekommen können?

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob und welches Label beim Einkauf berücksichtigt werden soll, zwar nicht unwichtig, aber nicht die entscheidende.

Heinzpeter Studer

Der Autor ist Geschäftsführer von fair-fish, einer Umweltorganisation, die sich artgerechten und nachhaltigen Fischfang einsetzt.

- 1 www.fair-fish.net/wissen/richtlinien
- 2 www.fair-fish.ch/wissen/gesundheits
- 3 www.fair-fish.ch/files/pdf/wissen/20100910_damanaki_ff.pdf
- 4 www.fair-fish.ch/blog/archive/2010/08/10/weniger-fisch-essen-fair-fish-findet-gefolgschaft.html
- 5 www.fair-fish.ch/files/pdf/wissen/fair-fish_gfp_de.pdf
- 6 www.fair-fish.ch/files/pdf/wissen/20100912_ff_damanaki.pdf

Glaubwürdige Zertifizierung unterstützenswert

Der WWF unterstützt glaubwürdige Zertifizierungen und weitere sinnvolle marktorientierte Ansätze als Mittel zur Förderung einer nachhaltigen Fischerei und Aquakulturproduktion weltweit. Es sind wichtige Instrumente bei der Bekämpfung der negativen Umweltauswirkungen der Aquakulturproduktion und der Überfischung – der größten unmittelbaren Bedrohung der Meeresumwelt.

Ökosiegel sind ein äußerst wirksames Markt-Instrument, um Wirtschaft und Verbraucher für das Thema nachhaltige Fischerei und nachhaltige Aquakultur zu sensibilisieren und den Anteil umweltschonenderer Fischereien und Fischzuchten weltweit zu erhöhen.

Durch die Vergabe des Siegels und die steigende Nachfrage der Verbraucher nach zertifizierten Produkten steigt der Druck auf Fischer, Aquakultur-Betreiber, Fischverarbeiter und Handel, gemeinsam die Ausbeutung der Meere zu stoppen. Zertifizierte Produkte können aufgrund der starken Nachfrage besonders gut abgesetzt werden und genießen dadurch einen Marktanteil.

Für Fischprodukte aus Wildfängen ist das MSC-Siegel derzeit das robusteste Label im globalen Markt. Kein anderer Standard hat so strenge Kriterien und ist so unabhängig wie der MSC. Es ist das einzige Label, das die Zertifizierungsrichtlinien der Welternährungsorganisation FAO in vollem Umfang berücksichtigt.

Zertifizierung von Aquakulturen

Eine vergleichbare Zertifizierung von Aquakulturen steckt derzeit noch in den Kinderschuhen. Der WWF ist an der Entwicklung eines Labels für nachhaltige Aquakultur, dem Aquaculture Stewardship Council (ASC) beteiligt. Zurzeit wird die Entwicklung von Standards für 12 global wichtige Zuchten, wie z.B. Shrimps, Lachs, Tilapia und Pangasius abgeschlossen. Erste Produkte mit dem ASC Zeichen werden im Lebensmittelhandel für die Endverbraucher bereits 2011 zu erwarten sein. Da konventionelle Aquakulturen häufig große Umweltprobleme erzeugen, empfiehlt der WWF den

Verbrauchern bislang, auf die Ökosiegel von „Bioland“ und „Naturland“ zu achten.

Die Standards für MSC und ASC wurden in einem transparenten Verfahren unter Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern und der Industrie entwickelt.



Seafood-Produkte mit einem Umweltsiegel sind keinesfalls nur Nischenprodukte. Derzeit sind weltweit 93 Fischereien nach dem Umweltstandard des MSC zertifiziert. Insgesamt nehmen 214 Fischereien am MSC-Programm teil – sie fischen auf etwa 12 Prozent der Speisefischbestände weltweit (zertifiziert sind etwa acht Prozent davon).

Für Fischerei wie für Aquakulturproduktionen gilt gleichermaßen: Um zertifiziert werden zu können, müssen geeignete Kandidaten von einem unabhängigen Team hochqualifizierter Wissenschaftler beweisen, dass sie umweltverträglich wirtschaften und sich kontinuierlich weiter verbessern

werden. Die erforderlichen Standards wurden in einem transparenten Verfahren unter Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern und der Industrie entwickelt. Für den WWF ist insbesondere wichtig, dass durch Zertifizierung also eine positive Veränderung in den Umweltauswirkungen sichtbar wird.

Nach zehn Jahren haben die MSC-Zertifizierungen messbare Verbesserungen für unsere Meere bewirkt – beispielsweise die Senkung des Beifangs von gefährdeten Seevögeln um über 90 Prozent in der Seehecht-Fischerei Südafrikas und in der Fischerei auf Schwarzen Seehecht in Süd-Georgien. Auch die freiwillige Einrichtung fischereifreier Gebiete auf wertvollen Sandbänken für die niederländische Schollen-Fischerei oder die Einrichtung

des weltweit umfassendsten wissenschaftlichen Programms zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit in der Alaska-Seelachs-Fischerei sind Impulse aus dem MSC-Verfahren.

Damit Zertifizierungsprogramme mit Bezug auf die Umwelt wirksam sind, müssen die Prinzipien und Kriterien der Label sowie ihre Ausführung kontinuierlich optimiert werden.

Wie etwa beim MSC, der eine starke, risikobasierte Methode entwickelt, die auch eine Bewertung von kleinen und datenarmen Fischereien zulässt und damit der Zertifizierung von Fischereien in Entwicklungsländern die Tür öffnet. Sie beinhaltet auch strengere Richtlinien für die Einbindung von Interessensgruppen im Zertifizierungsprozess.

Gerade wenn ein Zertifizierungsprogramm erfolgreich wächst und Marktbedeutung erlangt, werden auch noch nicht so vorbildliche Fischereien motiviert, eine Zertifizierung anzustreben, um marktfähig zu bleiben. Lernende Label-Organisationen müssen sich darauf einstellen, es muss eine optimale Qualitätssicherung und Transparenz gewährleistet sein. Der WWF sieht sich hier als konstruktiver und kritischer Partner um Erfolge gebührend zu würdigen oder Schwächen die behoben werden müssen aufzuzeigen.

Heike Vesper

Die Autorin ist Leiterin des Meeresprogramms des WWF Deutschland.

Fisch im Ausverkauf

Die Geschichte einer schwierigen, aber notwendigen Wahl für zukünftige Generationen

Die Welternährungsorganisation (FAO) schätzt, dass von den weltweit kommerziell genutzten Fischbeständen 52 Prozent bis an ihre Grenze genutzt, 19 Prozent überfischt und 8 Prozent bereits erschöpft sind. Wissenschaftler warnen, dass große Raubfische wie Thunfisch, Schwertfisch oder Kabeljau bereits zu 90 Prozent dezimiert sind.

Die Europäische Union (EU) resümiert, dass 88 Prozent der europäischen Speisefischbestände überfischt und 30 Prozent dieser Bestände außerhalb sicherer biologischer Grenzen sind, so dass möglicherweise keine Erholung mehr erfolgt. Dreiundneunzig Prozent des Nordseekabeljau werden gefangen, bevor sie die Möglichkeit zur Fortpflanzung hatten¹. Diese Liste lässt sich nahezu beliebig weiterführen und zeigt, dass ein konsequentes Handeln notwendig ist, um die Fischbestände zu schützen, aber auch um ihre langfristige Nutzung zu gewährleisten.

Diese Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen: Neben der Politik sind die Fischer, die Fischindustrie, der Lebensmittelhandel und nicht zuletzt der Verbraucher gefordert. Er kann gegen den Raubbau an den Fischbeständen aktiv vorgehen, indem er seltener und bewusster Fisch isst. Wenn er Fisch kauft, sollte es Fisch aus gesunden Beständen, der mit schonenden Methoden gefangen wurde, sein.

Fischkonsum

Derzeit isst jeder Deutsche im Jahr durchschnittlich 15,7 Kilogramm Fisch², nach Wünschen des Fischhandels soll sich dieser Wert auf 17,5 kg im Jahre 2014 erhöhen. Besonders bevorzugt wird Fisch aus der Tiefkühltheke. Alaska-Seelachs, Hering und Lachs zählen zu den Favoriten der Deutschen.

Der Greenpeace Ratgeber „Fisch – beliebt, aber bedroht“³ bietet dem Verbraucher die notwendigen Informationen, welche Fischbestände/Fischereien empfehlenswert sind. Zugleich findet der Konsument in den Supermärkten immer mehr Fischprodukte mit der notwendigen Kennzeichnung, um die richtige Wahl treffen zu können. Neben dem lateinischen Fischnamen gehören die An-

gabe des genauen Fanggebiet und die Fangmethode dazu.

Seit 2007 bewertet Greenpeace die Fischprodukte, die sich in den Regalen, Tiefkühltruhen und Frischfischtheken der Supermärkte und Discounters befinden. Seitdem hat sich einiges getan: Alle elf von Greenpeace bewerteten Lebensmittelhändler haben mittlerweile eine Einkaufspolitik für Fisch



und andere Meeresfrüchte erstellt und bereits einige Produkte aus nicht-nachhaltigen Fischereien aus ihren Sortimenten ausgelistet, wie auch die Kennzeichnung einiger Produkten verbessert. Aber noch sind die Schritte zu zögerlich. Die dramatische Situation der Fischbestände erfordert von den Unternehmen eine zügige und konsequente Umsetzung der Einkaufspolitik zusammen mit einer stetigen Verbesserung ihrer Umsetzung.

Gütesiegel

Neben einer besseren Kennzeichnung von Fischprodukten findet der Verbraucher in den vergangenen Jahren immer häufiger Gütesiegel auf den Verpackungen. Letztere versprechen ein Produkt aus nachhaltigem Fischfang bzw. nachhaltiger Aquakultur. Oft handelt es sich um selbst entwickelte Siegel der Produzenten,

aber es gibt auch Gütesiegel, die von externen Institutionen bzw. Organisationen vergeben werden. Bei Fisch aus Wildfang sind die derzeit verbreitetsten Zertifizierungen „Marine Stewardship Council“ (MSC) und „Friend of the Sea“ (FOTS). Letztere zertifiziert auch Aquakulturen, die ebenfalls von Naturland und „GLOBALG.A.P.“ zertifiziert werden. Seit Jahresmitte ist das EU-Biosiegel auch auf Fische aus Aquakulturen anwendbar. Das Siegel „Dolphin Safe“ beinhaltet spezielle Richtlinien für Thunfisch-Fischereien.

Die große Vielfalt an Siegeln führt zu der Frage nach der Glaubwürdigkeit des einzelnen Siegels. Ein Gütesiegel wird anhand speziell entwickelter Standards verliehen. Somit ist jedes Gütesiegel nur so gut wie die Standards, die ihm zugrunde liegen. Greenpeace hat sich die Zertifizierungen von MSC, FOTS und GLOBALG.A.P. im Detail angeschaut und mit einem von externen Experten entwickelten Schema bewertet⁴. Die Stärken und Schwächen variieren zwischen den Siegeln. Zusammenfassend gibt es aus Greenpeace-Sicht augenblicklich kein Siegel für nachhaltige Fischprodukte, das uneingeschränkt zu empfehlen ist. Obgleich die vorhandenen Zertifizierungen einen Schritt in die richtige Richtung darstellen, können sie dennoch nicht garantieren, dass alle zertifizierten Produkte aus wirklich nachhaltigen Fischereien bzw. Aquakulturen stammen.

So bleibt aus Greenpeace Sicht die Wahl beim Fischeinkauf nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Der Ratgeber „Fisch – beliebt, aber bedroht“ liefert die notwendigen Informationen für die richtige Wahl. Und diese ist von uns allen gefordert, denn unsere heutigen Bedürfnisse dürfen nicht die Zukunft nachfolgender Generationen gefährden.

 Iris Menn

Die Autorin ist Meeresexpertin bei Greenpeace e.V.

¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0163:FIN:DE:PDF>

² Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V.: Fischindustrie und Fischgroßhandel erwarten weiteren Zuwachs des Fischkonsums! Presseerklärung vom 18. Juni 2010. www.fischverband.de/presse/pressemitteilungen/pm_2010_01.html

³ www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/

⁴ www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/artikel/zertifizierungen_glaubwuerdige_standards_fuer_die_nachhaltigkeit_von_fischprodukten/

Endstation Suppentopf für Haie

Kein besserer Schutz durch CITES

Von der Grönlandsee im Norden bis zum Polarkreis im Süden werfen Fischfangflotten ihre Netze aus. Laut FAO (Welternährungsorganisation) gelten heute mehr als die Hälfte aller Fischereigründe als überfischt. Ein Viertel wurde so massiv ausgebeutet, dass die Bestände beinahe vernichtet sind.

Längst sind nicht mehr nur Kabeljau und Dorsch in manchen Regionen Mangelware, auch viele Haiarten sind mittlerweile vom Aussterben bedroht. Nicht nur klassische Speisefische landen heute an Deck der Fischkutter, auch Haie sind mittlerweile ein äußerst lukratives Geschäft. Sie werden gezielt befischt oder sind willkommen Beifang auf den Booten. Geschätzte 100 Millionen Haie werden weltweit jährlich gefangen – vielen Arten droht durch diese Überfischung das Aus. Dazu zählen auch Dorn- und Heringshai, die bei uns heimisch sind. Ihr hochwertiges Fleisch ist vor allem bei europäischen Verbrauchern sehr beliebt. Deutsche essen kein Haifischfleisch? Fehlanzeige. Die beliebte Schillerlocke ist nichts anderes als der geräucherte Bauchlappen eines Dornhais. Und unter der knusprigen Panade von Fish & Chips steckt sich nicht selten Hai. Die große Nachfrage in Europa treibt den kommerziellen Haifang an.

Haifischflossensuppe als Statussymbol

Ihren Verwandten in den Weltmeeren ergeht es nicht besser. Zwar gilt das Fleisch von beispielsweise Hammerhaien als verhältnismäßig wertlos, dafür sind ihre Flossen Gold wert. Sie sind groß und verfügen über eine hohe Dichte an langen Kollagenfasern. Genau diese physiologische Besonderheit macht sie zu einer äußerst kostspieligen Delikatesse. Einmal im Suppentopf gelandet und verkocht sehen diese Fasern aus wie Spagetti – je dicker und länger umso besser und auch umso teurer. Bei Auktionen auf dem Hong Kong Fish Market geht ein Kilo Hammerhai-Flossen im Schnitt für über 100 US-Dollar über die Theke. Wer im Restaurant Haifischflossensuppe löffeln will, muss für eine Schale je nach Land zwischen 70 und 100 US-Dollar hinblättern. Millionen Haie – nicht nur Hammerhaie – müssen jährlich sterben, damit Gastgeber in Südostasien ihren Gästen das prestigeträchtige Gericht servieren können. Experten schätzen, dass in man-

chen Regionen wie dem Nordwestatlantik die Bestände von z.B. Bogenstirn-Hammerhaien, innerhalb von 15 Jahren um 89 Prozent zurückgegangen sind.

Die Flossen werden bei lebendigem Leib abgetrennt

Auch die Bestände der Weißspitzen-Hochseehaie nehmen stark ab. Diesen großen Raubfischen geht es ebenfalls wegen ihrer Flossen an den Kragen. Oft landet der Weißspitzen-Hochseehai, auch Longimanus genannt, als Beifang auf dem Deck von Thunfisch- und Schwertfischfängerbooten. Die meisten Tiere leben noch, wenn sie an einer der Langleinen hängen. Ließe man sie wieder vom Haken, würden sie das vermutlich überleben. Allerdings passiert das nur sehr selten, da der finanzielle Anreiz groß ist: Ein Kilo Longimanus-Flossen bringt im Handel zwischen 45 und 85 US-Dollar. Wie bei vielen anderen Haiarten interessiert das Fleisch wenig. Deshalb werden den Haien nur die kostbaren Flossen abgeschnitten und die verstümmelten, noch lebenden Tiere einfach im Meer entsorgt, wo sie dann qualvoll verenden. Diese grausame Praktik wird „Finning“ genannt und ist weltweit verbreitet.

Kein besserer Schutz für Haie

Im März 2010 fand in Doha, Katar, die 15. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen statt. CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) ist eigentlich ein Handelsabkommen, aber auch das einzige rechtliche Instrument im internationalen Artenschutz. Das Abkommen soll bedrohte Arten vor dem Aussterben durch den internationalen Handel schützen. Dieses Jahr standen unter anderem auch acht Haiarten auf der Konferenz-Agenda – unter ihnen Dorn- und Heringshai, mehrere Hammerhaiarten und der Weißspitzen-Hochseehai. Die Antragsteller USA, Palau und die EU wollten für diese bedrohten Haiarten eine Anhang-II Listung erwirken. Durch eine solche Listung wären die so drin-

gend notwendigen Kontrollen für den internationalen Handel verankert worden.

Japan lässt Muskeln spielen

Zwei Wochen lang haben 1.500 Delegierte aus 175 Staaten in dem Wüstenstaat über Schutzanträge von Eisbär, Blauflossenthunfisch, Haie & Co diskutiert, verhandelt und gestritten. Damit eine Art bei CITES unter Schutz gestellt werden kann, ist eine Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten notwendig – eine hohe Hürde, bei der jede Stimme zählt. Deshalb waren auch viele NGOs wie z.B. der NABU vor Ort und haben in Gesprächen und Präsentationen versucht, Regierungsdelegationen von der Notwendigkeit besserer Schutzmaßnahmen zu überzeugen. In Sache Haie und Blauflossenthunfisch war das Engagement vergebens. Keine der acht Haiarten hat in Doha den rettenden Sprung auf Anhang II geschafft, obwohl ihre Bestände mitunter stark dezimiert sind. Sah es zumindest in der Anfangsphase der Konferenz für den Heringshai noch ganz gut aus, war die Enttäuschung am Ende groß: Am vorletzten Tag fiel im Plenum auch noch der kleine Cousin des Weißen Hais durch. Der Schock bei den NGOs und einigen Regierungsdelegationen war groß. Bedeutete das Resultat doch, dass auf Betreiben von Japan und einigen anderen Ländern keine einzige Haiart und übrigens auch nicht der atlantische Blauflossenthunfisch den dringend notwendigen Schutzstatus erhielten. Die gängigen Argumente vieler Fischereinationen waren: „Nicht Aufgabe von CITES“, „Implementierung der Maßnahmen unmöglich“, „fällt in die Zuständigkeit regionaler Fischereiorganisationen“. So, wie die Debatten gelaufen sind, lässt das nichts Gutes für die Zukunft hoffen. Japan und seine Verbündeten werden auch künftig weiter blockieren.

Trotz des enttäuschenden Ergebnisses im März dürfen NGOs und verantwortungsbewusste Nationen nicht aufhören, sich um den Schutz der Meere und ihrer Bewohner zu bemühen. Die nächste Gelegenheit steht unmittelbar vor der Tür: Im Oktober 2010 findet in Nagoya, Japan, die Konferenz zur Biodiversitäts-Konvention statt.



Claudia Praxmayer

Die Autorin ist Biologin und Autorin ist Mitglied der NABU Bundesarbeitsgemeinschaft Internationaler Artenschutz.

Wie gut ist „gut“?

Ozeanaktivisten und ängstliche Bremser rangeln um Regeln für den Schutz der Meere

Die EU-Meeresschutzstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) schreibt einen „guten Umweltzustand“ für die europäischen Gewässer ab 2020 vor. Doch was das genau bedeutet, daran scheiden sich die Geister. Umweltverbände forderten verbindliche und anspruchsvolle Beschlüsse, doch die Gegenspieler wollen die Meere weiter als Müllkippen und Industriepark nutzen.

Seit im Juli 2008 die neue Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL, Richtlinie 2008/56/EG) der EU in Kraft getreten ist, schwappt wie eine salzige Woge die quälende Frage durch Amtsstuben, interministerielle und internationale Arbeitsgruppen, was unter einem „guten Umweltzustand“ (GUZ) zu verstehen ist. Die Richtlinie schreibt den EU-Mitgliedstaaten nämlich vor, bis 2020 Maßnahmen umzusetzen, die geeignet sind,

den GUZ in ihren Meeresgewässern zu erreichen. Die Richtlinie enthält dazu elf sogenannte Deskriptoren (siehe Kasten). Um die nähere Auslegung mittels Indikatoren und Attributen bemühte sich schon mehr als einem Jahr ein ganzer Schwarm von Fachleuten. Mitgliedstaaten und EU-Kommission mussten bis zum 15. Juli 2010 auf solche Kriterien einigen. In dem sogenannten Komitologieverfahren redete auch das Europäische Parlament

noch ein Wörtchen mit. Nunmehr sind die Mitgliedstaaten gehalten, bis 2012 zu ermitteln, wie weit ihre Gewässer vom GUZ entfernt sind.

Kriterienkatalog lässt Spielräume

Zwar sind die am 2. September des Jahres von der Kommission veröffentlichten Kriterien ein Ergebnis wissenschaftlicher Arbeitsgruppen (task groups) unter der Ägide des Internationalen Rates für Meeresforschung und des Gemeinsamen Forschungszentrums der EU. Doch in den Arbeitsgruppen der Kommission wurde an den unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zu diesen Vorschlägen erneut deutlich, wer den Meeresschutz mehr oder weniger ernst nimmt und wer Kosten für Schutzmaßnahmen einsparen will oder eine bestimmte Klientel bedient. Es gab sogar Stimmen, die den heutigen Zustand der Meere in einigen Punkten für gut befinden. Das Hickhack um den GUZ war dabei kein Streit um Nipstuns Bart. Hier wurde für die nächsten zehn Jahre vorgezeichnet, wie ambitioniert Programme zum Schutz von Nordsee, Atlantik, Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer aufgelegt und umgesetzt werden müssen – bis hin zu möglichen Beschwerdeverfahren und Klagen gegen faule Mitgliedstaaten vor dem Gerichtshof der EU.

Umweltschützer vermissen Verbindlichkeit und strikte Ziele

Die Naturschutzverbände versuchten in diesem Prozess den Messpegel möglichst hoch legen. Sie wollten dafür sorgen, dass anspruchsvolle Beschlüsse, Maßnahmen und Standards, wie sie bereits von der Nordseeschutzkonferenz und regionalen Meeresschutzabkommen wie OSPAR erarbeitet wurden, in verbindliches und strafbewehrtes EU-Recht übergehen. Überdies muss die MSRL mit Vorschriften anderer europäischer Regelwerke wie der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) oder der Chemikalienverordnung REACH vernetzt werden. Gute Formulierungen für die GUZ-Deskriptoren 1, 3, 4 und 6 können als ökologischer Hebel für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU dienen, die ebenfalls bis 2012 geplant ist.

Der „gute Umweltzustand“ in der Meeresstrategie-Richtlinie

Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU enthält elf qualitative Deskriptoren zur Festlegung des „guten Umweltzustandes“ (Art. 3 Nr. 5, Art. 9 Abs. 1 und 3 sowie Art. 24):

1. Die biologische Vielfalt wird erhalten. Qualität und Vorkommen von Lebensräumen sowie Verbreitung und Häufigkeit der Arten entsprechenden vorherrschenden physiografischen, geografischen und klimatischen Bedingungen.
2. Nicht heimische Arten, die sich durch menschliche Tätigkeit ansiedelten, kommen in für die Ökosysteme nicht abträglichem Umfang vor.
3. Alle kommerziell befischten Fisch- und Schalentierbestände liegen innerhalb sicherer biologischer Grenzen, Alters- und Größenverteilung zeugen von guter Gesundheit des Bestandes.
4. Alle bekannten Bestandteile der Nahrungsnetze weisen eine normale Häufigkeit und Vielfalt auf. Ihr Niveau sichert den langfristigen Bestand der Art und ihre volle Reproduktionskapazität.
5. Die vom Menschen verursachte Eutrophierung ist auf ein Minimum reduziert. Das betrifft insbeson-

dere deren negative Auswirkungen wie Verlust der biologischen Vielfalt, Verschlechterung des Zustands der Ökosysteme, schädliche Algenblüten und Sauerstoffmangel am Meeresgrund.

6. Der Meeresgrund ist in einem Zustand, der Struktur und Funktionen der Ökosysteme sichert und insbesondere auf benthische Ökosysteme keine nachteiligen Wirkungen hat.
7. Dauerhafte Veränderungen der hydrografischen Bedingungen haben keine nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresökosysteme.
8. Aus den Konzentrationen an Schadstoffen ergibt sich keine Verschmutzungswirkung.
9. Schadstoffe in zum Verzehr bestimmtem Fisch und anderen Meeresfrüchten überschreiten nicht die durch EU-Recht oder andere einschlägige Regelungen festgelegten Konzentrationen.
10. Eigenschaften und Mengen der Abfälle im Meer haben keine schädlichen Auswirkungen auf die Küsten- und Meeresumwelt.
11. Die Einleitung von Energie und Unterwasserlärm wirkt sich nicht nachteilig auf die Meeresumwelt aus.

Der Verlauf der Gezeitenlinie zwischen Verbänden und Behörden, zwischen aktiven Befürwortern und ängstlichen Bremsern des Meeresschutzes bei den Mitgliedstaaten und ihrer Wirtschaft soll an einigen Fallbeispielen verdeutlicht werden.

Der Seeteufel steckt im Detail

Das Kind war schon mit Verabschiedung der MSRL ins Meer gefallen: GUZ-Deskriptor 8 für Schadstoffe stellt das Vorsorge-, Minimierungs- und Emissionsprinzip gründlich auf den Kopf und fällt hinter internationale Abkommen aus den 1990er-Jahren zurück, die ein Ende des Eintrags gefährlicher Stoffe ins Meer bis 2020 anstrebten. Stattdessen gibt er Wind auf die Segel aller Staaten und Industrien, die schon immer beim Immissionsprinzip (Auffüllprinzip) bleiben wollten und so viel Chemie einleiten möchten, dass die Fludern gerade noch keine Pickel bekommen.

Die GUZ-Deskriptoren zu biologischer Vielfalt und Lebensräumen (1.), Fischbeständen (3.), Nahrungsnetzen (4.) und Meeresboden (6.) können nur gesamtheitlich und in ihren Wechselbeziehungen behandelt werden. Dazu müssten aber auch die großen EU-Fischereinationen ihr Schubladendenken aufgeben und kommerzielle Speisefischbestände wie Kabeljau oder Thunfisch als Teil des Ökosystems statt nur als Wirtschaftsgut betrachten.

Im Gegensatz zum „günstigen Erhaltungszustand“ in der FFH-Richtlinie und dem „guten ökologischen Zustand“ der WRRL kennt die MSRL nur „gut“ oder „schlecht“. Das erschwert es, die Richtung zu beschreiben, in die sich ein Meeresökosystem oder seine Teile unter diversen menschlichen Eingriffen oder als Folge von Schutzmaßnahmen bewegen.

Vielen Kriterien für den GUZ mangelt es an klaren strategischen Zielen, die die gewünschte Richtung der Veränderungen im Ökosystem erkennen lassen. Stattdessen hat die Festschreibung eines gewünschten Zustands Vorrang. Kaum beeinflusste Meeresgebiete mit ursprünglichem „sehr guten“ Zustand sind zwar rar geworden, können in küstenfernen Zonen und Teilen der Tiefsee aber noch eingegrenzt werden. Sie müssen unbedingt als Referenzgebiete dienen.

Ebenso sollten von vermeidbaren menschlichen Einwirkungen freie Re-

ferenzgebiete in Randmeeren wie Nord- und Ostsee eingerichtet werden, um den Weg zum GUZ sichtbar zu machen. Besonders augenfällig ist diese Notwendigkeit bei Deskriptor 6 zur Integrität des Meeresbodens: In der Nordsee gibt es kaum noch Weichböden, die nicht von Bodenschleppnetzen und Baumkurren durchpflügt wurden. Bestenfalls mit lückenhaften historischen Bezugsdaten kann der natürliche Zustand der Lebensgemeinschaften dort beschrieben werden kann. Der von den Verbänden vorgetragene Idee von Referenzgebieten widersetzt sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten bisher notorisch, obwohl sogar die Richtlinie selbst Meeresschutzgebiete als wichtiges Instrument hervorhebt.

Ökologische Prozesse und Schlüsselfunktionen aufwerten

Die verabschiedeten Kriterien strotzen von statischen Zustandsgrößen. Wichtiger wäre es jedoch, für die GUZ-Deskriptoren 1 und 4 komplexe Prozesse zu definieren, die auf eine Verschlechterung oder Verbesserung in der jeweiligen Meeresregion hinweisen. So gilt zum Beispiel die Dynamik hin zu Kleinfischbeständen und Vermehrung von Quallen in Meeren gemäßiger Breiten als Anzeichen für massiven Fischereidruck die Nahrungskette hinunter, oft unterstützt durch übermäßigen Nährstoffeintrag und gegebenenfalls Klimawandel.

Während sich nachweislich zwei Drittel unserer Fischbestände außerhalb „sicherer biologischer Grenzen“ befinden, wird wie beim jährlichen Fangquotenpoker bereits darum gefeilscht, wie viele Fischbestände prozentual in einer Meeresregion gesund sein müssen – nicht etwa alle, wie von den Verbänden gefordert –, damit der GUZ nach Deskriptor 3 als erreicht gilt.

Ob es schließlich in der EU bald weniger traumatisierte Delfine und mehr Schweinswale ohne Gehörschäden geben wird, hängt davon ab, ob sich bei der Anwendung von GUZ-Deskriptor 11 zu Energie und Unterwasserlärm überholtes Grenzwertdenken durchsetzt – oder ob kumulative Wirkungen berücksichtigt werden, etwa durch Erstellung von Lärmkarten nach dem Vorbild von Großstädten, in denen alle Lärmquellen erfasst sind: aus Schifffahrt, Offshoreindustrie, seismischen Tests und militärischen Sonaren.

Testfall Meeresschutzgebiete und Meeresraumplanung

Wie es um den Schutz der europäischen Meeren tatsächlich steht, lässt sich am besten in der Fläche ablesen. Allein im Nordostatlantik stehen nur etwa 1% der Meeresfläche unter Naturschutz, davon entfällt der Großteil auf die Küstenzone und die Hoheitsgewässer. In den offshore-Gebieten oder gar der Tiefsee und Hohen See (internationale Gewässer) bisher weitgehend Fehlanzeige!

Nur wenige EU-Staaten, z.B. Deutschland, Schweden, Vereinigtes Königreich, Niederlande, haben bisher integrierte Meeresraumpläne vorgelegt, in denen Nutzungs- und Schutzprioritäten in ihrer gesamten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) bis zur 200-Seemeilengrenze festgelegt werden. Und selbst in diesen Fällen hat der Flächenschutz oft noch das Nachsehen hinter den Interessen der Offshore-Industrie, Sand- und Kiesgewinnung, Fischerei und dem Raumbedarf für Schifffahrtsstraßen. Zwar gibt es Länder wie Deutschland, die in vorbildlicher Weise rd. 30% ihrer Meeresfläche in Nord- und Ostsee schon seit Jahren als marine Natura-2000-Gebiete ausgewiesen haben. Dennoch ist darin bis heute noch keiner wirtschaftlichen Nutzung Einhalt geboten. Fischerei und sogar Sand- und Kiesgewinnung sowie seismische Erkundungen für Gasbohrungen werden ungehindert fortgesetzt. Der WWF hält dies für nicht vertretbar und hat daher zusammen mit NABU und BUND in Brüssel Beschwerde eingelegt.

In den Wirtschaftszonen anderer EU-Staaten geht der Wettlauf zwischen Schutz und Nutzung ungehindert weiter. Der Aufforderung der Kommission, bis Ende 2008 eine vollständige Meldung mariner Natura-2000-Gebiete vorzulegen, kamen sie nicht nach. Bei den so genannten Biogeografischen Seminaren für den Atlantik, die Ostsee, das Mittelmeer und das Schwarze Meer, die die Kommission von März 2008 bis Juni 2009 veranstaltete, legten die Umweltverbände umfassende Schattenlisten potenzieller Schutzgebiete vor, damit wie vorgeschrieben zwischen 20 und 60% der in den Anlagen der FFH-Richtlinie aufgeführten Arten und Lebensräume effektiv geschützt werden. Ein Bei-

spiel ist der betreffende Bericht des WWF für die Nordsee (www.wwf.de/northseareport). Als Ergebnis der Seminare wurden die Schutzgebietsmeldungen der meisten Mitgliedsstaaten von der Kommission als unzureichend eingestuft, sie müssen nun nachmelden. Der WWF hofft, dass andernfalls bald blaue Briefe aus Brüssel eintreffen und Sanktionen bis hin zu Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof zum Schutz der Meere ähnlich rigoros wie bei entsprechenden früheren Versäumnissen an Land angewandt werden.

Doch auch damit wäre noch kein effektiver Schutz der Meeresnatur

gewährleistet. Managementpläne für die neuen Meeresschutzgebiete müssen erst binnen einer Frist von sechs Jahren aufgelegt werden. Als besonders schwierig gestaltet sich dabei die Regulierung der Fischerei: Zum einen sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen vorteilhaften Schutzstatus in den ausgewiesenen Gebieten herzustellen, zum anderen sind ihnen durch die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU die Hände gebunden. Nur in Einzelfällen haben Vorschläge zur Einschränkung der Fischerei in marinen Natura-2000-Gebieten bisher den Rat der EU-Fischereiminister passiert, nämlich dann, wenn der zu erwar-

tende Schaden an Tiefseeriffen und Kaltwasserkorallen durch schwere Bodenschleppnetze ganz offensichtlich erschien. Komplizierter wird es schon, wenn eine ganze Reihe von Schutzgebieten mit verschiedensten Schutzgütern vor dem Fischereinfluss bewahrt werden soll. Ein solcher Antrag an die EU-Kommission wird erstmals von Deutschland zu erwarten sein, gefolgt von den Niederlanden. Man darf auf diesen Test gespannt sein.



Stephan Lutter

Der Autor ist beim WWF in Hamburg für internationale Meerespolitik und Meeresschutz zuständig

Auch das Unbekannte, Verborgene schützen

Globale Ozean-Biodiversitäts Initiative (GOBI)

GOBI ist ein vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) begleitetes und als F&E finanziertes Projekt, das über den Aufbau eines globalen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten auf der Basis der Kriterien der Biodiversitätskonvention (CBD) informiert.

Bei GOBI handelt es sich um eine internationale Partnerschaft, die sowohl Länder als auch regionale und globale Organisationen bei der Nutzung der existierenden Daten sowie bei der Recherche von neuen Daten mit Hilfsmitteln oder Methodiken zur Identifikation von ökologisch bedeutsamen Meeresgebieten ausserhalb nationaler Rechtszuständigkeit unterstützt. Die 2008 von BfN, IUCN, UNEP-World Conservation Monitoring Centre, Marine Conservation Biology Institute, Census of Marine Life, Ocean Biogeographic Information System und dem Duke University Marine Geospatial Ecology Lab ins Leben gerufene Initiative wird von IUCN koordiniert und unter anderem finanziell unterstützt vom BMU und BfN. Über die Initiatoren hinaus konnten auch weitere Partner, wie z.B. BirdLife International, gewonnen werden.

Beschlüsse in Nagoya erwartet

Auf der kommenden CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Nagoya (Japan) werden hierzu weitere wichtige Beschlüsse erwartet, die maßgeblich von Deutschland und dem GOBI-Projekt vorbereitet wurden.

Die Hohe See schützen

Die Hohe See ist das am wenigsten bekannte und geschützte Gebiet auf diesem Planeten. Die Hohe See und die Tiefsee repräsentieren 95 Prozent der globalen Biosphäre. Sie spielen eine wichtige Rolle für die Regulation des Erdklimas und beherbergen einen bedeutenden Teil der weltweiten noch weitestgehend unerforschten Biodiversität, darunter einige der produktivsten Ökosysteme, enorme natürliche Ressourcen, einzigartige Lebensräume und weltweit seltene Arten. Allerdings gefährden intensive menschliche Nutzung, Klimawandel und Versäuerung der Meere die Biodiversität, die Balance und die Widerstandsfähigkeit dieser Ökosysteme. Durch ihre Abgeschiedenheit und die damit verbundenen logistischen Schwierigkeiten ihrer Erkundung bleiben die Hoch- und Tiefsee die am wenigsten bekannten und geschützten Gebiete auf diesem Planeten. Die Hohe See und die Tiefsee liegen zu meist außerhalb nationaler Hoheitsgewässer, so dass zukünftige Schutzbestrebungen in diesen Gebieten von guter internationaler Kooperation und Koordination abhängen.

GOBI hat sich folgende Ziele gesetzt:

1. Förderung einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, um Staaten und relevante regionale und globale Organisationen bei der Identifikation von ökologisch bedeutsamen Meeresgebieten der Weltmeere unter Berücksichtigung der verfügbaren wissenschaftlichen Daten, Hilfsmittel, Methodiken zu unterstützen,
2. Erstellung von Interpretationen der im Rahmen der CBD verabschiedeten wissenschaftlichen Kriterien und deren praktische Anwendung zum Aufbau repräsentativer Netzwerke von Meeresschutzgebieten auf der hohen See,
3. Unterstützung bei der Entwicklung von regionalen Analysen in verschiedenen Ozeanen in Zusammenarbeit mit relevanten Organisationen und Interessensgruppen.

Der Schwerpunkt liegt dabei in der Einbindung einer großen Anzahl von Experten aus Wissenschaft, Regierungsstellen, internationalen und Nichtregierungsorganisationen, sowie Vertretern der Industrie und Zivilgesellschaft, um die Identifizierung und Beurteilung von sogenannten Ecologically or Biologically Significant Areas (EBSA) zu ermöglichen.



Helga Inden-Heinrich

Die Autorin ist stellvertretende Generalsekretärin des Deutschen Naturschutzrings und Focal Point von IUCN Deutschland.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.GOBI.org

Risiken der Aquakultur

Gentechnik-Lachs vor der US-Marktzulassung

Die Zulassung des gentechnisch veränderten Lachses der Firma AquaBounty Technologies durch die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) wäre ein mehrfacher Durchbruch der Biotech-Industrie. Zum ersten Mal würde ein Gentechnik-Tier als Nahrungsmittel auf den Markt kommen, und zum ersten Mal sind in zunächst aquatische Ökosysteme betroffen, nicht terrestrische.

AquaBounty Technologies hat nach 14 Jahren ca 50 Millionen USD, zu großen Teilen öffentliche Mittel, investiert und wartet seit 1999 auf die Marktzulassung. In den Atlantischen Lachs (*Salmo salar*), wurden das Wachstumsgen des Pazifischen Königslachses (*Oncorhynchus tshawytscha*) und das Frostschutzgen des barschartigen *Zoarcis americanus*, engl. eelpout) transferiert. Damit wird aus dem Wachstumzyklus die winterliche Bracheperiode entfernt, der Lachs erreicht sein Endgewicht nicht nach 36 Monaten, sondern bereits nach 18 Monaten ununterbrochenen Wachstums. Er braucht dabei laut AquaBounty Technologies insgesamt etwa 10% weniger Futtermittel. Ähnliche Gentechnologien existieren bereits im Labor für etwa drei Dutzend aquatische Arten, einschließlich Shrimps, Forellen und Karpfen. Ihre Biologie ist einfacher als die von Säugtieren und daher die Gentechnik weiter fortgeschritten. Ob die Technologien funktionieren, ist eine andere Frage.

Umweltrisiken standen der Freisetzung bisher entgegen. WissenschaftlerInnen sind sich einig, dass männliche Zuchtfische in Wildpopulationen aufgrund des schnellen Wachstums bei der Begattung bevorzugt werden. Weil Zuchtfische aber nicht lange überlebensfähig sind, tragen sie nicht nur zur Kontaminierung, sondern auch zum Aussterben der Wildpopulationen bei. Millionen Zuchtlachse entkommen jedes Jahr, und die Wildlachsorten sind bereits stark dezimiert. Fischer, denen Zuchtlachse ins Netz gehen, dürfen sie aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht verkaufen.

Terminatortechnologien

Die boomende Aquakulturgenetik-Industrie bietet, ähnlich wie bei Saatgut, Terminatortechnologien. Sie sollen unfruchtbare Tiere hervorbringen und damit die Umwelt schützen, dienen jedoch in erster Linie dem technischen Schutz vor Nachzüchtungen durch Dritte. Bei der Triploidisierung entwickeln Fischei-

er einen dritten Chromosomensatz, die Tiere werden großenteils unfruchtbar. Eine andere Methode, Monosex-Population, zielt darauf, nur dasjenige Geschlecht zu entwickeln, das schneller wächst. Die Triploidie führt häufig zu Deformationen und zu verlangsamtem Wachstum. Bisher wird sie bei Forellen genutzt; beim Lachs haben auch Forschungsmillionen der kanadischen Regierung an AquaBounty offenbar nicht geholfen. Die Firma sieht ihren Lachs für geschlossene Containeranlagen an Land vor, die jeweils genehmigt werden müssen. Dass auf dem Weg von Kanada, wo die Eier produziert werden, bis hin zu den Containeranlagen in aller Welt kein Ei verloren geht, und Lachszüchter nicht doch ihre vorhandenen Offshore-Anlagen mit Gentechnik-Tieren besetzen, ist wohl kaum zu gewährleisten. Wenige fruchtbare Tiere könnten die Wildpopulationen noch weiter dezimieren.

Hinzu kommen Probleme der Mastierhaltung im Wasser. Die Anlagen verschmutzen die Gewässer. Im Wasser breiten sich auch die Krankheitserreger und Parasiten wesentlich schneller aus. Die Aquakultur-Veterinärsparte boomt; Antibiotikaeinsatz ist die Regel.

Regelungen in den USA

In den USA gibt es für Gentechnik-Tiere keine eigene gesetzliche Regelung; es wird lediglich getestet, ob das Tier die eingebauten Gene verträgt. Seit Januar 2009 ist eine unverbindliche Richtlinie hinzugekommen, der zu Folge die FDA eine öffentliche Konsultation am 19. und 20. September durchgeführt hatte. Laut FDA sind weitere Sicherheitstests nach einer Markteinführung erforderlich; Mitglieder des Veterinärkomitees hatten jedoch angemerkt, dass die offenen Fragen vor einer Zulassung beantwortet sein müssten. Über die Kennzeichnung wurde separat am 21. September beraten, hierzu kann sich die Öffentlichkeit noch bis zum 22. November äußern.

Für die Kennzeichnung gibt es in den USA keine Vorschriften. Eine Nachverfolgung ist nicht vorgesehen und in den

USA nicht erforderlich. In der EU würde sicherlich Druck entstehen, den USA gleichzuziehen.

Futtermittel für Fische

Der Weltmarktführer von Lachsgenetik, AquaGen, (er gehört Erich Wessjohann, der bereits die Weltmärkte für Geflügelgenetik beherrscht), wird vermutlich nicht hinter AquaBounty zurückstehen wollen oder können. Hinderlich ist in erster Linie die Gentechnikfeindlichkeit der europäischen Verbraucher. Womöglich lassen sie sich aber von der Industrielobby irreleiten, die die Aquakultur als umwelt- und klimafreundlich verkaufen will. Die Futtermittelverwertung ist bei Fisch besser als bei Schwein und Rind. Aber Lachs ist ein Netto-Proteinvernichter. Er wird mit Fischmehl und Fischöl gefüttert. Weil die Nahrungsketten in den Ozeanen bereits zusammenbrechen und keine Steigerung möglich ist, wird mehr Soja und Anderes an Fische verfüttert. Der Druck auf die Landressourcen steigt. So wächst derzeit auch die Futtermittelindustrie am schnellsten in der Sparte Aquakultur.

Den Entwicklungsländern wird nicht geholfen sondern geschadet, denn die Grundnahrungsmittelpreise steigen mit der Konkurrenz aus der Aquakultur. Geessen wird ein großer Teil industrieller Aquakulturprodukte im Norden. Mehr und mehr wird dafür im Süden produziert, auf Kosten der dortigen Ökosysteme und auf Kosten der Armen, auf die darüber hinaus in den Wertschöpfungsketten die Risiken verschoben werden.

Widerstand formiert sich

In Kanada und den USA formiert sich Widerstand. Mehrere Bundesstaaten haben sich gegen die Marktzulassung des Gentechnik-Lachses gestellt, ebenso wie eine Koalition von ca 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen, angeführt vom Center for Food Safety. Sollte sich das FDA entgegen der Widerstände für die Marktzulassung entscheiden, fordert die Koalition, eine klare Kennzeichnung vorzuschreiben.


Susanne Gura

Die Autorin ist selbstständige Beraterin und arbeitet zu Landwirtschafts- und Tierzuchtthemen.

* Gura, S. (December 2009) *Aquaculture and its genetic resources: Corporations versus communities. Can small scale fishing communities benefit from current developments? Draft report to ICSF* http://icsf.net/icsf2006/uploads/publications/reports/pdf/english/issue_10/ALL.pdf

* Gura, S. (2009), *No Sex on the Beach. In Genetischer Informationsdienst, Unfruchtbarkeit als Geschäft.*



Foto: ChristofKrackhardt/ Brot für die Welt

Land unter

Klimawandel und Meeresspiegelanstieg

Die dichtbevölkerten Küsten und niedrigliegenden Inseln sind besonders stark vom Klimawandel betroffen. Der Meeresspiegelanstieg ebenso wie Veränderungen in der Meereschemie und eine Zunahme von Stürmen stellen Küstenschutz, Fischerei und Katastrophenvorsorge vor Herausforderungen, die die Anpassungsfähigkeit vor allem in armen Ländern bei weitem übersteigen. Ohne eine deutliche Aufstockung der Klimafinanzierung sowie die zügige Dekarbonisierung unserer Lebensweise droht ein Exodus bislang ungeahnten Ausmaßes.

Während bis Anfang der 1990er Jahre Pegelmessungen Aufschluss über die Schwankungen des Meeresspiegels lieferten, sind seit etwa zwei Dekaden sehr viel genauere Daten mittels satellitengestützter Methoden der Fernerkundung verfügbar. Im Mittel weisen die Messungen darauf hin, dass sich der Anstieg des Meeresspiegels in den letzten Jahrzehnten deutlich zu beschleunigen scheint auf zuletzt mehr als drei Zentimeter pro Dekade. Regional kommt es hierbei freilich zu großen Unterschieden. Während der Wasserstand im Atlantik derzeit nur vergleichsweise moderat um zirka 2 mm jährlich steigt, sind es im westlichen Pazifik (Südostasien) sowie im östlichen Indischen Ozean zehn Millimeter und mehr.

Meeresspiegelschwankungen hat es in der Erdgeschichte vielfach gegeben, sei es durch tektonische oder klimabe-

dingte Veränderungen. Derzeit bewirkt die globale Erwärmung einen Anstieg der Wassertemperaturen. Die damit einhergehende Ausdehnung infolge geringerer Dichte ist gegenwärtig die wichtigste Ursache des Meeresspiegelanstiegs. Hinzu kommt ein erhöhter Wasserzufluss infolge der Gletscherschmelze. Die Volumenzunahme der Ozeane wird noch zusätzlich beschleunigt, indem mit dem stärkeren Süßwasserzufluss sowie erhöhten Niederschlägen der Salzgehalt weiter absinkt, was ebenfalls in einer verminderten Wasserdichte resultiert.

Die Modellrechnungen der Klimaforschung sind alarmierend. Auch wenn modellgestützte Szenarien mit Unsicherheiten belegt sind und niemand die Zukunft sicher vorhersagen kann, droht laut dem jüngsten Bericht des Weltklimarates bis Ende des Jahrhunderts „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit“ ein Meeresspie-

gelanstieg von mindestens 50 cm bis zu einem Meter. Berücksichtigt man darüber hinaus noch die jüngsten empirischen Messungen der Gletscherschmelze großer Inlandeismassen v.a. in Grönland, die im Weltklimabericht von 2007 noch keinen Eingang gefunden hatten, so dürfte der Meeresspiegel noch deutlich schneller steigen.

Zur potentiellen Katastrophe wird das aufgrund der dichten Besiedelung der Küstengebiete der Erde. London, Kairo, New York, Jakarta – die Mehrzahl der Megastädte liegt am Meer. Der Küstenschutz steht vor enormen finanziellen wie technischen Herausforderungen. Allein die erforderliche Aufrüstung der Deiche in Hamburg dürfte mindestens 500 Millionen Euro kosten. Die Summen, die es bräuchte, die Niederlande, Singapur oder das dichtbevölkerte Nildelta gegen die Sturmfluten von morgen zu wappnen, belaufen sich auf hunderte von Milliarden.

Sinkende Inseln

Weil viele Staaten diese Mittel nicht aufbringen können, werden ganze Landstriche und Inseln – etwa im Südpazifik – im Meer versinken. Bei den zu Papua Neuguinea gehörenden Carteret Islands hat dieser Prozess längst begonnen – die Atolle könnten bereits 2015 unbewohnbar sein. Dem Inselstaat Tuvalu steht in den nächsten Jahrzehnten ein Anstieg des Meeres-

spiegels von einem halben Meter bevor. Das Atoll Funafuti, auf dem die meisten der insgesamt 10.000 Einwohner von Tuvalu leben, liegt nur knapp über dem Meeresspiegel und wird verschwinden. In der isoliert gelegenen Nachbarrepublik Kiribati, der dasselbe Schicksal droht, wehren sich v.a. die älteren und die weniger gebildeten Insulaner nach Australien auszuwandern. Niemand möchte den Rückhalt der Gemeinschaft verlieren und die Ahnen aufgeben. Es ist ein erzwungener Verzicht auf die eigene Geschichte und Kultur.

Mehr als 60 Millionen Menschen leben in Gebieten, die weniger als 1 m über dem Meeresspiegel liegen. Dabei stellt nicht allein der Meeresspiegelanstieg eine Gefährdung für die Küstenbewohner dar. Der Klimawandel führt auch zu häufigeren und heftigeren Stürmen. Hinzu kommt, dass mit dem starken Rückgang der Mangroven die Küsten ihren wichtigsten natürlichen Schutz gegen die zerstörerische Kraft von Sturm und Flut verlieren, was die Risiken für die Bewohner deutlich erhöht.

Mangroven sterben ab, lange bevor sie endgültig unter Wasser stehen. Verantwortlich hierfür ist der zunehmende Salzgehalt der periodisch von Meerwasser überfluteten Schwemmböden. Diese Schwemmlandböden gehören in vielen Regionen zu den fruchtbarsten Ackerflächen des Landes und sind für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung unverzichtbar. Das Salz macht diese Böden für die Landwirtschaft untauglich und gefährdet durch Infiltration ins Grundwasser die Trinkwasserversorgung. Im Delta des Ganges, einem der wasserreichsten Gebiete der Erde, müssen dutzende Dörfer per Boot mit Trinkwasser versorgt werden, weil das Wasser versalzen ist.

Die Fischerei sichert die Proteinversorgung von zirka einer Milliarde Menschen weltweit. In LIFDCS (low income food deficient countries) macht Fisch 22% der Versorgung mit tierischem Eiweiß aus. Die Ernährungssicherheit ist in diesen Ländern abhängig vor allem von der Kleinfischerei, die immerhin 38 Millionen Menschen beschäftigt. Auch diese sind von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, der die Meereschemie verändert. Meere wirken als Kohlenwasserstoffsenken, die aus der Atmosphäre bis zu einem bestimmten Sättigungsgrad CO₂ aufnehmen können. Ohne diesen Sen-

keneffekt läge die atmosphärische Konzentration von Kohlenstoffdioxid heute um einiges höher. Er führt aber auch zu einer fortschreitenden Versauerung der Meere mit schwerwiegenden Folgen für Meereslebewesen und die gesamte Nahrungskette. Die Übersäuerung behindert die Biomineralisation von Korallen sowie von Kleinstlebewesen. Bei der sogenannten Korallenbleiche, die inzwischen weltweit zu beobachten ist, handelt es sich um eine Vorstufe zum völligen Absterben der Korallenriffe. Eine unterseeische Geröllwüste ohne Leben bleibt übrig, denn sind die Riffe abgestorben, brechen ganze Ökosysteme zusammen.

Massenmigration in Bangladesch

Bangladesch ist mit mehr als 1000 Einwohnern pro km² der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Erde. Rund ein Drittel des Landes liegt im Mündungsgebiet von Ganges (Padma) und Brahmaputra (Jamuna). Die Flüsse haben ein weitverzweigtes Delta aufgeschüttet, eine amphibische Landschaft, die maximal fünf Meter über dem Meeresspiegel liegt. Starke Niederschläge in der Monsunzeit und das Hochwasser der Flüsse während der Schneeschmelze im Himalaya verursachen Jahr für Jahr Überflutungen der Siedlungen und der landwirtschaftlich genutzten Gebiete. Wenn zusätzlich tropische Wirbelstürme vom Golf von Bengalen auf die Küste treffen, kommt es zu verheerenden Überschwemmungskatastrophen mit meterhohen Flutwellen. Jährlich werden durchschnittlich 500.000 Menschen durch Stürme, Überschwemmungen und deren Folgen vertrieben. Treffen die Prognosen der Klimaforschung ein, dürften bis 2100 mindestens 35 Millionen zu Klimaflüchtlingen werden und 17% der Landesfläche ans Meer verloren gehen.

Zu Klimamigranten werden diejenigen, die sich nicht an die veränderten Bedingungen anpassen können und mangels Alternativen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Betroffene versuchen zumeist erst innerhalb ihres Dorfes oder der näheren Umgebung einen Neuanfang. Die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte folgt als zweiter Schritt. Das rasante Anwachsen der Metropolen überfordert die dortige Infrastruktur und die sozialen Herausforderungen

wachsen. Bislang migrieren nur wenige Bangladeshis ins Ausland, weil ihnen hierzu das Geld fehlt und sich der große Nachbar Indien massiv abschottet.

Obwohl Bangladesch eines der ärmsten Entwicklungsländer weltweit ist, unternimmt die Regierung inzwischen ernsthafte Anstrengungen, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Im Rahmen eines Nationalen Aktionsplans werden Katastrophenvorsorgekonzepte entworfen, die teilweise bereits greifen. Zu den Folgemaßnahmen zählen unter anderem Deichbauten, die Anlage von Schutzzräumen, die Befestigung von Häusern, Frühwarnsysteme und die Trinkwassersernotversorgung.

Notwendig ist es aber auch, dass vor Ort gemeinsam mit den Betroffenen Anpassungsstrategien entwickelt werden, die sie dabei unterstützen, ihren Lebensunterhalt auch unter den Bedingungen des Klimawandels in Würde zu bestreiten, ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte umzusetzen und ihren Anspruch auf Entwicklung zu wahren. Die zunehmende Zahl von Projekten, die auch dank des wachsenden Engagements von Hilfswerken auf den Weg gebracht werden, ist ein ermutigendes Zeichen. Noch sind sie aber wenig mehr, als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Bangladesch steht beispielhaft für dutzende armer Küsten- und Inselstaaten, in denen der Klimawandel existenzbedrohend ist. Da helfen keine leeren Versprechen sondern nur noch Taten. Auf mindestens 100 Milliarden USD jährlich muss die Klimafinanzierung des Nordens bis spätestens 2020 anwachsen, während gleichzeitig die Treibhausgasemissionen bis zur Jahrhundertmitte durch eine konsequente Dekarbonisierung unserer Lebensweise nahezu vollständig zurückzuführen sind. Der Ausstieg aus dem Kohlenstoffzeitalter und globale Solidarität sind alternativlos, damit künftig nicht rund um den Globus „Land unter“ gilt und die Erde ihr Antlitz in einem Ausmaß verändert, das sich unserer Vorstellungskraft entzieht.

Petra Meinhardt, Sophia Wirsching & Thomas Hirsch

Die AutorInnen arbeiten bei Brot für die Welt zu den Themen Klimawandel und Gerechtigkeit, Thomas Hirsch ist darüber hinaus Sprecher im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

Hart am Wind

Offshore-Windparks in Deutschland

Offshore-Windparks sind in Deutschland bisher vor allem ein uneingelöstes Versprechen. Wann sich das ändert, hängt auch an der Entscheidung über die Laufzeit der Atomkraftwerke. Sicher scheint nur: Am Ende werden die Großen der Branche dabei sein.

Für die einen sind sie die Zentralperspektive einer Klima schonenden Stromversorgung, für andere ein weiterer Schritt zur Industrialisierung des Ökosystems Meer – und für die Platzhirsche der Stromwirtschaft vor allem eine Entscheidungsalternative: Einsteigen oder es bleiben lassen. Die Rede ist von Offshore-Windparks, die derzeit in allen nordeuropäischen Ländern aus dem salzigen Meerwasser wachsen oder es in naher Zukunft tun sollen. Deutschland, das Erneuerbare-Energien-Vorzeigeland, droht dabei ins Hintertreffen zu geraten.

Die Bundesregierung geht in ihrem im August 2010 für die EU erstellten Aktionsplan für erneuerbare Energien bis 2020 von einer Offshore-Windleistung von 10.000 Megawatt aus, bis 2030 sollen es nach dem soeben im Kabinett verabschiedeten Energiekonzept schon 25.000 Megawatt sein. Dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen ausreichen, die für dieses Ausbauprogramm notwendigen Investitionen in Höhe von 75 Milliarden Euro auszulösen, glaubt die Bundesregierung erkennbar nicht. Denn die ersten zehn Offshore-Windparks sollen mit einem Kreditvolumen von fünf Milliarden Euro zu Marktzinsen aus einem Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gestützt werden. Darüber hinaus sollen als „flankierende Maßnahmen“ rückzahlbare Ausfallgarantien und sogar Hermes-Bürgschaften für Windparks in der deutschen Außenwirtschaftszone gewährt und neue Spezialschiffe zur Errichtung der Riesenräder subventioniert werden. Auch über eine erhöhte Anfangsvergütung im Rahmen des EEG (bei im Gegenzug verkürzter Laufzeit), denkt die schwarz-gelbe Regierung nach. Dem Zuckerbrot für die Investoren wird die Peitsche an die Seite gestellt: Um die „Vorratshaltung“ von Genehmigungen für Offshore-Windparks zu verhindern, sollen Genehmigungen künftig zeitlich befristet werden und für zögerliche In-

vestoren ganz verfallen, wenn sie keine konkreten Schritte zur Realisierung ihrer Projekte vorweisen können.

Barrieren gegen den Aufbau der Offshore-Technologie

Spätestens damit ist klar, dass die Regierung weiß, dass sie mit der Entscheidung zur Laufzeitverlängerung alternder Atomkraftwerke, die Barrieren gegen den Aufbau der Offshore-Technologie in Deutschland massiv erhöht hat. Gleichzeitig versucht sie sie mit einer Mischung aus finanziellen Lockangeboten und Drohungen wieder einzureißen. Eine konsistente Energiepolitik sieht anders aus.

Schlimmer noch: Den Lockungen sollen vor allem und ausgerechnet die Unternehmen verfallen, die auch von den längeren AKW-Laufzeiten profitieren. Denn mehr als zwei Drittel der derzeit genehmigten Offshore-Projekte in der deutschen Nord- und Ostsee brachten die Atomkonzerne in den vergangenen Jahren unter ihre Kontrolle – vor allem mit einem Ziel: Potenzielle Konkurrenten auf Distanz zu halten und ansonsten abzuwarten was passiert. Ohne Laufzeitverlängerung hätten sie wohl gebaut, mit ihr wird die Hinhaltetaktik weitergehen.

„Die Betreiber von Atomkraftwerken haben ein großes Interesse an möglichst wenig Wind- und Sonnenenergie im Netz. Jede Anlage und jede Ausweitung des Betriebs bedeuten ökonomische Verluste für sie“, sagt Professor Olav Hohmeyer von der Uni Flensburg, der auch Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, SRU, der Bundesregierung ist. Das gilt nach dem Beschluss über längere Reaktorlaufzeiten erst recht.

Während Vertreter der Erneuerbaren-Sparte der Konzerne, wie etwa der E.ON-Mann Frank Mastiaux, den Stillstand der letzten Jahre noch als der Komplexität der Technologie geschuldete Verzögerung verklären, deuten die Konzernchefs schon mal an, was geschieht, wenn die Laufzeitverlängerung in trockenen Tüchern

ist. Unter dem Titel „Kein Grund zum Feiern“, jammert EnBW-Vorstandschef Hans-Peter Villis im Interview der Stuttgarter Zeitung ausladend über die mit der geplanten Laufzeitverlängerung einhergehenden „Belastungen, die uns von der Politik auferlegt werden“. Milliarden-Zusatzgewinne? Nie davon gehört. Mit Blick auf die Offshore-Wind-Projekte, für die sich EnBW seit Jahren selbst feiert, sagt Villis nun plötzlich, man müsse „alle Investitionen ergebnisoffen auf den Prüfstand stellen, also auch die erneuerbaren Energien“. Schließlich könne man jeden Euro nur einmal ausgeben und müsse „überlegen, ob es besser ist, im Bereich der erneuerbaren Energien oder etwa im Ausland zu investieren.“ Ein schöner Erfolg für die Bundesregierung.

Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, der weitere Zubau von Kohlekraftwerken und der Eintritt in das regenerative Zeitalter, das geht nicht zusammen, wiederholen die Umweltorganisationen seit Monaten. Villis und Co. werden diese Weltsicht im Offshore-Wind-Sektor also durch weiteres Abwarten bestätigen, wenn die Bundesregierung mit ihren Atomplänen durchkommt.

Bedenken engedämmt

Doch auch die Umweltschützer selbst taten sich lange schwer mit der Vorstellung gigantischer Windrotoren im Meer – und tun dies zum Teil immer noch. „Small is beautiful“ – von der Vorstellung einer dezentralen regenerativen Energieidylle, wie sie zu Beginn der Energiewende-Diskussion in den 1980er Jahren vorherrschte, hat sich die Szene zwar weitgehend verabschiedet. Realistischer scheint inzwischen eine Mischung aus dezentralen Kraftwerken, großen Netzen und ebensolchen Speichern. Auch die Diskussion über schädliche Auswirkungen auf sensible Ökosysteme flaut ab, nachdem klar war, dass an der Nordseeküste das Wattenmeer weitgehend verschont bleiben würde, einigermaßen naturverträgliche Methoden der Netzanbindung zum Einsatz kommen und sich bezüglich der Optik wegen der weit im Meer platzierten Standorte die Erdkrümmung segensreich auswirkt. Aufwändige Forschungen zur Beeinflussung der maritimen Umwelt ergaben zudem bei aller Differenziertheit der Ergebnisse, dass

schlimmste Befürchtungen bezüglich des Vogelzugs oder der Schädigung der Meeresfauna nicht eintreten werden. Die Fischbestände können sich in den Ruhezeiten der Windparks, wo die Fischerei verboten sein wird, voraussichtlich sogar erholen. An Lösungen des Lärmproblems für empfindliche Wale und Delfine während der Errichtungsphase wird gearbeitet.

Groß und Zentral

Probleme macht großen Teilen der Umweltszene vor allem etwas anderes: Mit Offshore-Wind kommen auch die Großkraftwerke zurück ins Spiel und mit ihnen die Konzerne, deren Strukturkonservatismus die Wende hin zu regenerativen Energien und effizientem Energieeinsatz über Jahrzehnte blockiert hat. Ihre Ideologie hieß nie „Atom und Kohle“, ihre

Ideologie hieß „groß und zentral“. Wenn sich also erneuerbare Energien schon nicht vermeiden lassen, dann soll es die Giganten-Variante sein. In der Vergangenheit hat sich auch erwiesen, dass die Potenz mittelständischer Unternehmen, die den Onshore-Windausbau antreiben, die im Meer gefragten Milliardeninvestitionen nicht stemmen können.

Inzwischen legen E.on, RWE und Vattenfall ihr Geld tatsächlich in großem Stil in Offshore-Windparks an – allerdings ganz überwiegend dort, wo sie nicht in Konkurrenz zu eigenen Großkraftwerken auf Basis von Kohle und Uran treten, also im europäischen Ausland. Ohne Laufzeitverlängerung würde dies über kurz oder lang auch hierzulande geschehen. Denn weiter zuschauen, wie Jahr für Jahr Marktanteile der Stromerzeugung an den Mit-

telstand verloren gehen, wäre keine Alternative.

Die AKW-Laufzeitverlängerung ist längst nicht Gesetz. Und selbst, wenn sie es ist, weiß niemand, ob es dabei bleibt: letztlich wird das Bundesverfassungsgericht entscheiden oder das Wahlvolk. Deshalb bleibt die Situation offen, auch draußen auf dem Meer. Wenn Offshore vor den deutschen Küsten in großem Stil kommt, wie es alle Bundestagsparteien wollen, ist trotzdem mit Rückschlägen zu rechnen: Denn Offshore ist Windenergie-Hightech im Großformat. Hier sind nicht nur die Windräder größer und ihre Erträge, sondern auch die technologischen und logistischen Herausforderungen.



Gerd Rosenkranz

Der Autor ist Leiter Politik & Presse bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Anzeige

Waterkant

Wir schreiben das Jahr 1986. Der Schock über den Tschernobyl-Unfall beherrscht die Medien, die chemische Vergiftung der Flüsse und Meere indes geschieht meist unbemerkt oder heimlich. Die Nordsee ist hochbelastet nicht nur durch Schadstoffeinträge über die Flüsse, sondern auch durch direkte Abfall-Verklappung (Dünnsäure) sowie durch Giftmüllverbrennung auf offener See.

Das Meer als Müllkippe der Industriegesellschaft: Dagegen kämpft der in Bremen gegründete Verein „Aktionskonferenz Nordsee“ (AKN), der aus einer breiten Bewegung aus Bürgerinitiativen und Umweltverbänden wie BUND und DNR entstanden war: Zwei Jahre zuvor hatte sich dieses Bündnis politisch gegen die „Internationale Nordseeschutz-Konferenz“ (INK) der Anrainerstaaten gestemmt und diese Regierungsinitiative als verbrämte Meeresausbeutung kritisiert.

Mit finanzieller Starthilfe durch die Deutsche Umweltstiftung versucht nun der Verein AKN Bestrebungen zum Schutze der Nordsee und anderer Meere zu koordinieren und zu initiieren. Unter anderem soll eine meerespolitische Zeitschrift als Sprachrohr für diese Ziele werben. Wieder ist es die Deutsche Umweltstiftung, die hilft und den Start des neuen Blattes ermöglicht: „WATERKANT – Umwelt + Mensch +

Arbeit in der Nordseeregion“ kann sich etablieren und berichtet fortan aufklärend, aber kritisch und oft unbequem über Meeresumwelt- und Naturschutz, über Schifffahrt und Hafenausbau, über Ressourcen und Arbeit, über ökologische und soziale Probleme von Meer, Küste und Flüssen.

Anfangs erscheint das Blatt unregelmäßig, ab 1991 jedoch kontinuierlich viermal im Jahr. Für WATERKANT schreiben nicht nur AKN-Mitglieder, sondern viele Menschen aus Initiativen, Wissenschaft und Politik. Im Jahre 2008, die AKN steckt in finanziellen Schwierigkeiten, beschließt der Vereinsvorstand, die Herausgeberschaft der WATERKANT nach 23 Jahren zu beenden. Aber das ist nicht auch das Ende dieser Zeitschrift: Aus dem Kreis engagierter AutorInnen heraus wird ein Förderverein gegründet, seit Anfang 2009 erscheint die WATERKANT – in neuem Layout und seit diesem Jahr sogar durchgehend vierfarbig – in selbstständiger Herausgeberschaft. Diesmal helfen private Spenden über die Startphase, langfristig braucht WATERKANT aber aktive Unterstüt-

zung in Form von Abonnements und Fördermitgliedschaften. „Wir möchten als Sprachrohr und Multiplikator von Meeresschutz-Engagierten und -ExpertInnen sowie von Bürgerinitiativen der Küstenregion überleben und weitermachen“, beschreibt die Redaktion ihren Anspruch.

Der Verein AKN ist im Sommer dieses Jahres rechtlich aufgelöst worden – die WATERKANT aber wird im kommenden Jahr 25 Jahre alt.

Kontakt:
WATERKANT, Offenwardener Straße 6, D-27628 Sandstedt / Unterweser, www.waterkant.info



Nagoya darf nicht floppen

NGOs fordern ambitionierte Ergebnisse

Das Jahr 2010 muss für den Schutz der biologischen Vielfalt ein entscheidendes Jahr werden. Gegen Ende des Internationalen Jahres der Biodiversität wird die Staatengemeinschaft auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention (COP 10) über die Zukunft unserer aller Lebensgrundlagen verhandeln. Nun heißt es, die Weichen für die nächsten 10 Jahre richtig zu stellen.

Die Vorverhandlungen in Nairobi im Mai machten deutlich, dass wichtige Fortschritte in drei Schlüsselthemen gemacht werden müssen, um die COP 10 in Nagoya als Erfolg verbuchen zu können. In Nagoya steht viel auf dem Spiel: Der richtungweisende Strategische Plan bis 2020, eine Finanzierungsstrategie und das Protokoll zum gerechten Zugang und Vorteilsausgleich müssen auf den Weg gebracht werden. Die Ausgestaltung eines Strategischen Plans mit konkreten Zielvorgaben, um bis 2020 den Biodiversitätsverlust zu stoppen, ist allerdings noch heftig umstritten. Die Entwicklungsländer machten deutlich, dass ohne eine bedeutende Steigerung der finanziellen Unterstützung, der Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 nicht aufzuhalten sei. Zudem drängen die Entwicklungsländer auf eine befriedigende und längst überfällige Regelung für den gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen. Ohne die letzten beiden Punkte zufriedenstellend zu lösen, wird es keinen zukunftsweisenden Strategischen Plan geben. Ohne diesen wird es aber weltweit kaum Anstrengungen geben, den Biodiversitätsverlust zu stoppen.

Signale nach Japan

Auf dem Weg nach Nagoya, fanden in der letzten Zeit einige wichtige Treffen statt, die das Potenzial haben starke Signale nach Japan zu senden. In Genf trafen sich am 3. September diejenigen Umweltminister, die bereits eine Vertragsstaatenkonferenz ausgerichtet haben oder im Begriff sind, dies zu tun. Sie lancierten dort einen Appell, die „Erklärung von Genf“, zum Erhalt der Biodiversität und forderten die Nationen auf, eine neue internationale Politik zur Erhaltung der Biodiversität auszuarbeiten und umzusetzen. Der enorme Wert der biologischen Vielfalt und deren Leistungen für die Mensch-

heit werden darin hervorgehoben und eine Trendwende in der internationalen Biodiversitätspolitik gefordert. Die Erklärung richtet einen Appell an die Staats- und Regierungschefs, am 22. September dieses Jahres auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zur biologischen Vielfalt ein deutliches Signal an die Teilnehmer der 10. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Oktober in Japan zu senden.

Die Belgische EU-Ratspräsidentschaft lud im September zu einer Konferenz zur Biodiversität nach Ghent ein. Dort wurde die „Botschaft von Ghent für die Biodiversität post-2010“ verabschiedet, die einen sektorübergreifenden Ansatz für die Biodiversität fordert. Mainstreaming müsse stattfinden, um wirkliche Fortschritte zu erzielen. Auch wurde das EU Engagement für den Erhalt der globalen Biodiversität bestärkt. Für Nagoya und dessen Erfolg ist das wichtig, allerdings auch nur dann, wenn Taten folgen.

NGO-Forderungen

Aus Sicht deutscher Umwelt- und Entwicklungsverbände müssen dafür folgende Anforderungen in Nagoya erfüllt werden¹:

1) ABS-Protokoll muss endlich verabschiedet werden

Im dritten Ziel der Konvention über die biologische Vielfalt, die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen, sind seit Inkrafttreten der Konvention nicht genügend Fortschritte gemacht worden. Bisher konnte kein völkerrechtlich verbindliches Protokoll verabschiedet werden, um der Biopiraterie einen Riegel vorzuschieben. Dieses Protokoll muss auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Oktober 2010 in Nagoya/Japan endlich beschlossen werden. Es muss die Rechte von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften voll berücksichtigen und ein stringentes und

rechtlich verbindliches Überprüfungssystem enthalten, dazu gehören auch Sanktions- und Klagemöglichkeiten im Falle von Verstößen. Der Geltungsbereich muss so festgelegt werden, dass er alle gängigen Formen der Nutzung genetischer Ressourcen – auch rückwirkend seit Inkrafttreten der CBD – einschließt.

2) Zusätzliche finanzielle Ressourcen dringend erforderlich

Seit dem Inkrafttreten der Konvention ist es nicht gelungen, die weltweiten Ausgaben für die biologische Vielfalt als globales öffentliches Gut auch nur annähernd auf ein Niveau zu steigern, das dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung gerecht würde. Trotz der über 50%-igen Steigerung der Gelder auf rund 1,2 Milliarden US-Dollar für die Global Environment Facility (GEF), dem Finanzierungsinstrument der CBD, im Jahr 2010, bleiben die finanziellen Mittel weit unter dem Bedarf für die Realisierung der Ziele und Beschlüsse der CBD. Bisher ist das Herzstück der CBD, die Einrichtung eines weltweiten Schutzgebietsnetzes zu Land und auf den Meeren mit 20% Flächenanteil nicht realisierbar. Dafür würden schätzungsweise rund 45 Milliarden US-Dollar jährlich benötigt.

Ein Großteil der natürlichen Vielfalt befindet sich in den Entwicklungsländern des Südens, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um die Biodiversität aus eigener Kraft zu schützen. Im Sinne einer gemeinsamen aber geteilten Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt und Ökosystemleistungen, sind daher die reichen Nationen gefordert. Die Industriestaaten kommen aber bisher ihrer Verpflichtung aus der CBD, den Entwicklungsländern »neue und zusätzliche Finanzmittel« zur Umsetzung der Konvention bereit zu stellen, nicht nach.

Daher müssen alle Vertragsstaaten der CBD die finanziellen und personellen Ressourcen um ein mehrfaches steigern. Die Strategie zur Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen muss klare Zielvorgaben erhalten und neue und innovative Finanzierungsinstrumente nicht nur entwickelt sondern auch angewendet werden. Ein wichtiger Schritt hierbei wäre der konsequente Abbau schädlicher Subventionen.

3) Strategischer Plan mit hohem Anspruch nötig

Nachdem das 2010-Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, weltweit und in der EU gescheitert ist, müssen neue Ziele mit hohem Anspruch für die kommende Dekade 2011 - 2020 festgelegt werden, damit uns die biologische Vielfalt und intakte Ökosysteme erhalten bleiben. Grundlage dafür ist der Strategische Plan mit konkreten Zielen, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen, z.B. Stopp des Verlustes an Wäldern und natürlichen Lebensräumen, Stopp von Überdüngung und Überfischung, Vergrößerung der Schutzgebietsfläche auf 20 % an Land und auf den Meeren, nachhaltige Bewirtschaftung aller Landwirtschaftsflächen, Beendigung aller umweltschädlichen Subventionen. Die einzelnen Ziele müssen ambitioniert und durch entsprechende Indikatoren und Meilensteine messbar sein.

Diese Forderungen wurden auf einer Fachtagung vom Deutschen Naturschutzring und Forum Umwelt und Entwicklung am 16. September auch mit Vertreter/Innen aus der Politik, Regierung und Wissenschaft diskutiert.

Nagoya muss gelingen

Bereits am 15. September hatte das Forum Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung (BMZ) zur öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung „Vielfalt erhalten – Zukunft sichern: Biologische Vielfalt als Grundlage für Entwicklung“ in Berlin eingeladen. Dort sollte ein gemeinsames Zeichen gesetzt dafür werden, dass der Erhalt biologischer Vielfalt sofortiges Handeln erfordert. Auf Grund der Tatsache, dass es abzusehen ist, dass die Verhandlungen in Nagoya schwierig werden galt es vorher noch einmal sowohl breite Unterstützung für das

Thema Biodiversität in der Öffentlichkeit zu generieren, als auch den entsprechenden Forderungen der Zivilgesellschaft gehör zu verschaffen. Denn es ist im Moment nicht abzusehen, dass Industrieländer substantiell mehr finanzielle Ressourcen aufbringen werden und auch bei den ABS-Verhandlungen fehlen noch die entsprechenden Zugeständnisse. Auf der anderen Seite kann sich die Weltgemeinschaft ein zweites Kopenhagen nicht leisten, Nagoya muss gelingen und dadurch auch entsprechende Signale nach Cancun für die Klimaverhandlungen im Dezember aussenden.



Kathrin Blaufuss

Die Autorin ist NGO-Focal Point des gemeinsamen Projektes zu COP10 von DNR und Forum Umwelt und Entwicklung.

¹ Ein ausführlicher Anforderungskatalog an die 10. UN-Konferenz über die biologische Vielfalt (CBD COP 10) in Nagoya, Japan, 18.-29. Oktober 2010 kann unter www.biodiv-network.de heruntergeladen werden.

Don't legalize it!

Wie die Biopiraten belohnt werden könnten

Der Aufwand ist beträchtlich, ob er auch zum Ziel führt, muss sich erst noch erweisen. Nach den Verhandlungen der ABS Working Group in Cali in Kolumbien im März diesen Jahres konnten die Vertragsstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) zwar Fortschritte verbuchen, gleichzeitig kamen sie jedoch nicht umhin festzustellen, dass der Weg für die Verabschiedung eines Protokolls gegen Biopiraterie noch lang und mühsam sein würde.

Ohne zusätzliche Anstrengungen wird es nicht gelingen, den Beschluss der 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP9) in Bonn umzusetzen, wonach bis Oktober 2010 ein Abkommen unter Dach und Fach gebracht werden sollte.

Von daher traf man sich im Juli in Montreal erneut – und machte Fortschritte im Detail, wobei die großen Fragen nach wie vor strittig blieben. Diese sollen nun in der zweiten Septemberhälfte in Montreal gelöst werden (siehe www.eed.de/biodiv). Danach bleibt noch ein Tag Verhandlungen direkt vor COP10 und dann eben die COP10 selbst.

Ein Berg von Problemen

Noch immer steht eine Einigung darüber aus, dass die indigenen Völker ein von staatlichen Behörden unabhängiges Recht zur freien vorherigen informierten Zustimmung und zum gerechten Vorteilsausgleich haben sollen. Ebenso ist das zentrale Pro-

blem der völkerrechtlichen Verbindlichkeit ungeklärt, bei der Kanada am heftigsten auf die Bremse drückt.

Ebenfalls strittig ist die Frage der Verantwortung der Nutzerländer; hauptsächlich also Industrieländer. Diese weigern sich noch, entsprechende Checkpoints bei Marktzulassungsbehörden und Patentämtern zuzulassen, die die Nutzung einer Ressource nur dann erlauben, wenn deren legaler Erwerb durch ein entsprechendes Zertifikat bestätigt wird. Und die Regierungen der Industrieländer zeigen extreme Zurückhaltung, wenn es darum geht, denjenigen, die genetische Ressourcen und traditionelles Wissen zur Verfügung stellen, Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Rechte in den Nutzerländern durchzusetzen.

Ab wann gilt es?

Eine Kernfrage ist der zeitliche Geltungsbereich. Ab wann gilt das Protokoll, oder, um es anders zu formulieren, ab wann wäre für die Nutzung

einer genetischen Ressource inklusive traditionellen Wissens ein Gewinnausgleich beziehungsweise Vorteilsausgleich erforderlich?

Die weitestgehende Position sagt: ein Vorteilsausgleich wäre schon immer erforderlich gewesen. Dies bedeutet, dass die Nutzung von Kartoffel, Mais und Tomate in Deutschland Gegenstand eines Vorteilsausgleichs würde. Dieser Standpunkt hat keine Chance auf Durchsetzung.

Den Gegenpol bilden die Industrieländer, wenn sie argumentieren, eine rückwirkende Regulierung sei juristisch nicht möglich. Demnach würde das Protokoll erst für Fälle der Nutzung beziehungsweise des Zugangs zu einer Ressource gelten, die nach seinem Inkrafttreten erfolgen. Zurzeit soll das Protokoll nach der 50. Ratifizierung in Kraft treten, was vielleicht 2013 bis 2015 der Fall sein könnte. Alle heute bekannten Fälle wären damit außerhalb des Geltungsbereichs des Protokolls. Mit anderen Worten, hierbei würde es sich dem Protokoll zufolge nicht um Biopiraterie handeln. Die politische Schlussfolgerung würde mithin lauten, dass eine solche Regelung alle bislang bekannten Fälle von Biopiraterie im Nachhinein legalisiert.

Mehr noch: auch künftige Fälle werden so lange legal sein, so lange das Protokoll nicht in Kraft ist. Verkehrte Welt: Denn damit steht zu befürchten, dass das Protokoll gegen Biopiraterie

als Anreiz für die Biopiraten wirkt, um vor dem Tag X noch möglichst viel in die heimische Scheune einzufahren (respektive in Genbanken zu lagern und in botanischen Gärten zu konservieren). Pharma- und Kosmetikkonzerne könnten ihre ohnehin beträchtlichen Anstrengungen in Sachen Bioprospektion noch verstärken. Kurzum: Wenn sich die Industrieländer durchsetzen, droht ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll gegen Biopiraterie, das Biopiraterie legalisiert und – zumindest für eine bestimmte Zeit – sogar forciert.

Das ficht die Industrieländer zurzeit wenig an. Auch gegenüber dem juristischen Argument der Entwick-

lungsländer zeigen sie sich noch taub. Letztere führen ins Feld, dass die Verpflichtung, Regeln für Zugang und gerechten Vorteilsausgleich einzuführen, bereits völkerrechtlich verbindlich in der Konvention über die biologische Vielfalt verankert sei. Es könne mithin keine Rede davon sein, dass für Fälle aus der Vergangenheit im Nachhinein neue Regeln angewandt werden sollen. Es gehe nicht um neue Regeln, sondern darum, vorhandene Verpflichtungen umzusetzen.

In der Tat spricht vieles dafür, das Jahr 1993, also das Jahr des Inkrafttretens der Konvention, als Ausgangsdatum für die Verpflichtung zum Vorteil-

sausgleich heranzuziehen. Dies wäre nicht nur nahe liegend, es wäre auch im Nord-Süd-Kontext vertretbar. Ob es aus der Perspektive vieler Opfer von Biopiraterie wirklich gerecht wäre, sei dahingestellt. Aber immerhin wäre es so gerecht, wie es nach fast 20 Jahren CBD eben sein kann.



Michael Frein/Hartmut Meyer

Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Hartmut Meyer ist freier Experte im Bereich biologische Vielfalt und biologische Sicherheit.

Naturschutzgebiete und die Rechte indigener Völker

Aspekte einer Leidensgeschichte

Am 28. Mai 2010 versammelten sich 799 Gemeindemitglieder des Bezirks Santiago Lachiguiri im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca im Zentrum der Bezirkshauptstadt. Vor einem öffentlich bestellten Notar und einem Vertreter der Agrarbehörde aus Tehuantepec stimmte die Vollversammlung einstimmig dafür, die Zertifizierung der Region „Cerro de Flores“ und damit deren Ausweisung als Nationales Naturschutzgebiet vorzeitig zu beenden. Gleichzeitig bestätigte die Versammlung, dass es Aufgabe aller Einwohner des Bezirks sei, die Natur und die natürlichen Ressourcen zu erhalten und zu schützen.

Ein Widerspruch? Wäre ein Naturschutzgebiet nicht ein geeignetes Instrument, die Natur zu schützen? Aus Sicht der indigenen Bevölkerung offenbar nicht. Ein internationales Forum von 200 VertreterInnen indigener Völker über die Kartierung von traditionellen Gebieten etwa kam vor einiger Zeit zu dem Schluss: „Naturschutzgebiete sind zur Nummer 1 der Bedrohung indigener Völker geworden.“¹

Wo liegen die Gründe für diese Position? Dieser Frage ging der EED in drei Fällen in Guatemala, Ecuador und Mexiko[2] nach. Das Ergebnis ist deutlich: Naturschutzgebiete scheitern, wenn die Interessen der lokalen Bevölkerung übergangen werden. In Ecuador etwa wurde den indigenen Gemeinden die Nutzung von „Allmendeland“ untersagt, zugleich aber erschlossen die Behörden die landschaftlich attraktiven Berglagunen für den Tourismus.

Das ist kein Einzelfall. Die Rechte indigener Völker an ihrem Land werden vielfach ignoriert, oftmals sehen sie

sich – Naturschutz hin oder her – mit massiven wirtschaftlichen Interessen konfrontiert. In allen untersuchten Fällen sollte das Naturschutzgebiet für touristische und andere Zwecke genutzt werden – ohne Zustimmung und Beteiligung der betroffenen indigenen Gemeinden. Diese finden sich dann plötzlich als Stakeholder an einem Runden Tisch wieder, zusammen mit – oder besser: gegenüber von – Holzkonzernen, Bergbauunternehmen und Tourismusunternehmen.

Theorie und Praxis

Das Problem ist: Die Wirklichkeit der Rechte indigener Völker entspricht nicht der Theorie. Während sie auf dem Papier weithin anerkannt sind, werden sie in der Praxis ausgehöhlt, weichgespült oder gar ignoriert. So stimmten nahezu alle Staaten der Erde (mit Ausnahme von USA, Kanada und Neuseeland) der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker vom September 2007 zu. Zentrales Element dieser Erklärung ist die Anerkennung ihrer Rechte auf ihr Land.

Nichtsdestoweniger sind Rechtsunsicherheit und mangelnde Territorialrechte auch das Problem der indigenen Gemeinden in Mexiko – ungeachtet der Tatsache, dass sie seit der mexikanischen Revolution vor 100 Jahren eigene, kollektive Landtitel besitzen. In anderen Fällen wurde traditionelles Nutzungsland indigener Völker vom Staat an Dritte offeriert, in Guatemala wird seit 40 Jahren um Landtitel gerungen.

Anerkennung der Rechte

Sind schon die Landtitel umstritten, so ist das in der UN-Erklärung vom September 2007 anerkannte Recht auf freie vorherige informierte Zustimmung (Free Prior Informed Consent, F-PIC) in der Praxis erst recht ein Problem. Während in Mexiko das PIC-Verfahren in einer vermeintlich „freiwilligen“ Zertifizierung bestand, („reine Schönfärberei“, wie es die Betroffenen sehen), machte man sich in den anderen Gebieten nicht einmal diese Mühe.

Dabei ist eindeutig, dass die Konzeptionen für die Naturschutzgebiete einer Logik folgen, die nicht mit den lokalen und traditionellen Konzeptionen der Bevölkerung, die Nutzung und Schutz verbinden, in Einklang zu bringen sind. Lokales Wissen wird nicht anerkannt, Flächennutzungspläne wurden durch Außenstehende nach nicht einsehbaren und nicht nachvollziehbaren Kriterien erstellt. Ansätze von Umweltdienstleistungen wurden entweder durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit korrumpiert oder aber ohne Einbezug der Gemeinden vorangetrieben.

Wenn den indigenen Völkern ihre Rechte systematisch verweigert wer-

den, ihre eigenen Formen von Schutz und Nutzung nicht anerkannt werden, ein effektiver PIC-Prozess nur auf dem Papier existiert, entsteht Misstrauen. Von daher sind aus Sicht der indigenen Völker die Voraussetzungen für Naturschutzgebiete nicht erfüllt. Sie fordern

- die volle Anerkennung ihrer Rechte auf Land auch in der Praxis
- ihre eigenen Formen von Schutz und Nutzung als Ausgangspunkt zu nehmen anstelle der Implementierung fremder Naturschutzkonzeptionen)

● das F-PIC-Verfahren ernst zu nehmen, indem es als Prozess verstanden wird und nicht als einmaliger, singulärer Akt zur Legitimierung weitreichender Vorhaben.

Schließlich haben, so argumentieren die indigenen Völker, die eigenen Konzeptionen von Schutz und Nutzung dazu geführt, dass die biologische Vielfalt in diesen Gebiete heute noch erhalten ist. Als Entwarnung darf dies jedoch nicht verstanden werden. Die Besorgnis indigener Völker wächst, dass die im Zuge der Klimakonferenzen geführte Debatte

um Wald- und Klimaschutz (REDD) zu noch mehr Geld für Naturschutzgebiete führt und damit den Druck und die Begehrlichkeiten auf das ihr Land weiter erhöht.



Wolfgang Seiss

Der Autor ist entwicklungspolitischer Referent im Lateinamerika-Referat des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).

- 1 Rebecca Adamson, *President First Nations Development Institute*, in *World Watch Magazine* Jan/ Feb. 2005
- 2 *Die drei Fallstudien liegen in Kürze vor*, vgl. www.eed.de/biodiv. Die Ergebnisse und Forderungen der Untersuchungen wurden in einem Workshop mit den Vertretern der indigenen Völker diskutiert und abgestimmt.

REDD auf der Überholspur?

Während die Klimaverhandlungen immer schleppender verlaufen, werden anderenorts Fakten geschaffen

Die Entwaldung verringern und gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen: unter dem Kürzel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) hat sich die Idee in kurzer Zeit einen festen Platz in den internationalen Klimaverhandlungen erobert. Weltbank, UN-Organisationen und bilaterale Initiativen beteiligen sich an dem Versuche, sie in die Praxis umzusetzen. Doch bei Naturschutz und den Rechten traditioneller Waldbewohner scheint man sich bestenfalls auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen.

Unter den richtigen Rahmenbedingungen kann ein Programm zur Verringerung von Waldverlust und –degradierung nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zum Erhalt von biologischer Vielfalt und zur Stärkung der Land- und Nutzungsrechte traditioneller Waldbewohner leisten. Allerdings gibt es Befürchtungen, dass REDD von den Verursachern des Klimawandels dazu genutzt wird, die notwendigen Veränderungen im eigenen Land heraus zu zögern, während im Süden traditionelle Land- und Nutzungsrechte weiter eingeschränkt werden. Je nach Rahmenbedingungen kann REDD im schlimmsten Fall dazu führen, dass Holzeinschlag und die Umwandlung in Plantagen stärker gefördert werden als der Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Wälder.

REDD und die internationalen Klimaverhandlungen

Die Forderung nach Ausgleichszahlungen für Länder des Südens, die ihre Wälder schützen und Entwaldung verhindern, ist mindestens so alt wie der gesamte Rio-Prozess. 1992 scheiterte die Entwicklung einer Wälderkonvention nicht zuletzt an der Frage, wer

bereit ist, für den Schutz der Wälder zu zahlen. Das gleiche gilt für die weitgehend ergebnislosen Folgeprozesse IPF, IFF und UNFF¹.

Erst als die Rolle der Wälder als Kohlenstoffspeicher und ihr Beitrag zur Verminderung des Klimawandels thematisiert wurde, entstand eine neue Dynamik. Auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz der Klima-Rahmenkonvention (COP 11: 2005) stellte die „Koalition der Regenwaldländer“ ein Instrument zur Verminderung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern vor. Mit der wissenschaftlichen und technischen Beratung wurde die SBSTA (Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice) der Klimarahmenkonvention beauftragt. Zwei Jahre später, auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz in Bali, bescheinigte SBSTA,

dass REDD das Potential habe, ein wichtiges Instrument zur Minderung von Klimaveränderungen zu werden.

In der Folge wurde REDD in den Bali Action Plan aufgenommen und um die Themenfelder Schutz von Wäldern, ihre nachhaltige Nutzung und die Erhöhung von Kohlenstoffbeständen in Wälder ergänzt (dies wird unter REDD+ zusammengefasst).

Viele hatten für die COP 15 (2009) bereits mit substantiellen Ergebnissen gerechnet, doch im Verhandlungsdebakel vom Kopenhagen gerieten auch die Beratungen über REDD ins Stocken. Im vorliegenden Textentwurf fehlen konkrete Ziele für die Verringerung von Entwaldung ebenso wie verbindliche Finanzierungszusagen.



Auch die Sicherheitsklauseln (Safeguards) bleiben schwach, und Entwicklungsländer wehren sich dagegen, dass deren Einhaltung überprüft wird. Neben dem Verweis auf nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen werden Probleme mit der Dauerhaftigkeit von Walderhalt (Permanence) und der Verlagerungen von Entwaldung (Leakage) gerade einmal angesprochen. Ebenso wie konkrete Ziele für die Verringerung der Entwaldung fehlt eine deutliche Priorität für die Erhaltung artenreicher Naturwälder gegenüber Aufforstungen.

Bi- und multilaterale Unterstützung für einen schnellen Start von REDD

Zwar gilt der Verhandlungsprozess zu REDD als relativ weit fortgeschritten, so dass bereits für Kopenhagen mit einem Ergebnis gerechnet wurde. Angesichts der mittlerweile zu beobachtenden Verhandlungsmüdigkeit ist aber noch lange nicht sicher, ob im Dezember in Cancun wesentliche Fortschritte bei der Vorbereitung eines Klimaregimes für die Zeit nach Ablauf des Kioto-Protokolls erzielt werden

Während die Verhandlungen über Referenzwerte, Safeguards und Kontrollmechanismen nur schwer vorankommen, werden an anderer Stelle Fakten geschaffen. Bereits kurz nach Verabschiedung des Bali Action Plan (2007) begannen die Weltbank, UN-Organisationen und bilaterale Initiativen damit, Gelder für einen schnellen Start von REDD bereit zu stellen. In den Jahren bis 2012 sollen tropische und subtropische Länder auf REDD vorbereitet werden. Da in dieser Phase jeder seine eigenen Spielregeln aufstellen kann, droht die Gefahr, dass in der Praxis Maßstäbe geschaffen werden, die später – sprich: in den internationalen Verhandlungen – kaum noch nach oben zu korrigieren sind.

Zehn Geberländer haben mittlerweile fast vier Milliarden Dollar für die Fast Start Periode bis 2012 zugesagt.

Forest Carbon Partnership Facility (FCPF)

Die 2008 von der Weltbank eingerichtete Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) will tropische und subtropische Länder in einem zweistufigen Programm auf die Umsetzung von REDD+ vorbereiten:

- Mit dem Readiness Mechanism sollen die Voraussetzungen für die Beteiligung an einem REDD+ Mechanismus geschaffen werden.
- Mit dem Carbon Finance Mechanism soll eine kleine Zahl von Staaten bei der Umsetzung von Pilotprojekten unterstützt werden, mit der ein System ergebnisabhängiger Zahlungen für REDD+ Emissionsminderungen erprobt werden soll. Hierfür stehen bereits 72 Mio. Dollar zur Verfügung, obwohl der Bereich noch nicht operativ ist.

Um am Readiness Mechanism teilnehmen zu können, mussten die bisher 37 interessierten Länder Readiness Proposal Idea Notes (R-PINs) vorlegen, die Informationen über den Waldsektor des Landes und eine erste Übersicht über die Voraussetzungen und Schwierigkeiten bei der Beteiligung an REDD enthalten. Bereits hierbei wurde deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteure in den meisten Fällen nur unzureichend oder gar nicht beteiligt wurden.

Trotz dieser Schwächen wurden alle R-PINs angenommen und die Länder aufgefordert, einen Readiness Preparation Proposal (R-PP) auszuarbeiten. Bisher wurden bzw. werden 24 Staaten dabei mit jeweils 200.000 Dollar unterstützt.

Unter Beteiligung aller Interessengruppen soll in dem R-PP eine Strategie zur Verminderung von Waldverlust und die Grundzüge eines nationalen Berichts- und Kontrollsystems (MRV) skizziert werden. Die sich daraus ergebenden weiteren Schritte, um „REDD ready“ zu werden, finanziert die Weltbank in derzeit 20 Ländern mit jeweils 3,4 Mio. Dollar².

Mittlerweile wird immer deutlicher, dass FCPF die Sicherheitsklauseln (Safeguards) der Weltbank weniger als Hilfe, sondern mehr als Hindernis betrachtet, das einem schnellen Mittelabfluss im Wege stehen könnte. Bereits im Oktober 2009 wurde im Aufsichtsgremium des FCPF der Vorschlag gemacht, nicht länger „sicherzustellen“, dass die Safeguards der Weltbank bei der Umsetzung von R-PPs eingehalten werden. Stattdessen wollte man darüber nur noch „in einen Dialog treten“.

Im Juni 2010 ging FCPF noch einen Schritt weiter und empfahl, dass jeder „Umsetzungspartner“ (z.B. regionale Entwicklungsbanken und bilaterale

Programme) seine eigenen Standards anwendet und man sich später auf gemeinsame Mindeststandards einigt. Bei der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner drohen die Rechte indigener Völker als erstes auf der Strecke zu bleiben.

Deutschland: Kein Geld für den Klimaschutz

Unmittelbar vor dem Klimagipfel in Kopenhagen hatte Kanzlerin Merkel noch 1,26 Milliarden Euro für den Klimaschutz zugesagt. Je 420 Mio. Euro sollten in den Jahren 2010 bis 2012 zusätzlich aufgebracht werden, um Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Nach den Haushaltverhandlungen im März 2010 blieben davon nur noch drei mal 70 Mio. Euro übrig – jetzt werden wohl auch die den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Der Haushaltstitel „Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern“ soll für die kommenden zwei Jahre auf null gesetzt werden.

Was das für die in Oslo zugesagten 350 Mio. Euro für REDD+ Projekte bis 2012 bedeutet, ist noch offen. Zusätzlich werden diese Mittel aber wohl kaum sein.

Während sich Deutschland zunehmend aus der Finanzierung der Fast Start Periode für REDD zurückzieht, werden bei der Entwicklung von nationalen REDD-Strategien und der Durchführung von Demonstrationsprojekten Fakten geschaffen. Wenn in dieser kritischen Phase auf Safeguards verzichtet wird, die den Schutz biologischer Vielfalt, die umfassende Beteiligung aller Interessengruppen und die Stärkung der Land- und Nutzungsrechte indigener Völker und traditioneller Waldbewohner sicher stellen, so besteht die Gefahr, dass sich dies auch in den weiteren internationalen Verhandlungen widerspiegeln wird



Wolfgang Kuhlmann

Der Autor ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA) und Koordinator einer europäischen Arbeitsgruppe zu Wald und Klima (Grundtvig Lernpartnerschaft).

- 1 Intergovernmental Panel on Forests (IPF) 1995-1997, Intergovernmental Forum on Forests (IFF) 1997-2000, United Nations Forum on Forests (UNFF) seit 2000
- 2 die Länder sind Äthiopien, Bolivien, Costa Rica, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Ghana, Guyana, Kamerun, Kenia, Kolumbien, Laos, Liberia, Madagascar, Mexiko, Nepal, Panama, Papua Neuguinea, Paraguay, Peru und Vietnam.

EU-Qualitätsvorschriften am Horizont

Alarmglocken wegen Missbrauch des Kyoto-Mechanismus

Auf Drängen von CDM Watch untersucht die UN zurzeit einen Betrug, der im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) zu Scheinreduktionen im Millionenhöhe geführt haben könnte. Auch in der Europäischen Union läuten die Alarmglocken. Trotz massiven Widerstandes der Industrie will die Europäische Kommission nun die Zulässigkeit von Emissionszertifikaten für die Zerstörung von klimaschädlichen Industriegasen begrenzen.

Hintergrund dieses Vorschlages ist ein Klimaskandal im Rahmen des sogenannten „Clean Development Mechanism“ (CDM). Ein Instrument, das mit dem Klimaschutzabkommen von Kyoto geschaffen wurde. Durch diesen Mechanismus können sich europäische Industrieunternehmen anderswo erbrachte CO₂-Einsparungen zu Hause auf die Klimabilanz anrechnen lassen. Für jede eingesparte Tonne CO₂ erhalten die Investoren ein Zertifikat, mit dem sie ihre Klimaschutz-Vorgaben erfüllen können. Für die Firmen ist das wesentlich billiger als selbst den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren.

Eine neue Analyse von Daten zeigte nun, dass der Clean Development Mechanism (CDM) Anreize für die erhöhte Produktion des klimaschädlichen Industriegases HFC-23 in China, Indien, Südkorea, Süd- und Zentralamerika geschaffen hat. Denn je mehr Emissionen erzeugt werden, desto mehr Geld fließt durch deren Reduzierung in die Taschen der Beteiligten.

Auch ein Untergremium des CDM-Exekutivrates hat zugestimmt, dass das CDM-Regelwerk Platz für möglichen Missbrauch in Bezug auf HFC-23 Projekte zuließe. Daher wurde im Juli 2010 eine offizielle Untersuchung begonnen. Die Konsequenzen dieser Untersuchung sollen im Vorfeld der UN-Klimakonferenz, im November 2010 in Mexiko gezogen werden. Gleichzeitig wurden Anträge für die Ausgabe von mehr als 1,5 Millionen Emissionszertifikaten aus diesen Projekten vorübergehend auf Eis gelegt. Die UN will erst wieder Zertifikate ausgeben, sobald das Ergebnis der Untersuchung vorliegt, und dieses eine weitere Ausgabe gerechtfertigt.

Scheingutschriften in der Europäischen Emissionshandelsrichtlinie

Die europäischen Märkte stellen die wichtigsten Marktteilnehmer für Emissionsgutschriften dar. Für die 19 derzeit registrierten HFC-23-Beseitigungsprojekte sollen bis 2012 ungefähr 500 Millionen und bis 2020 sogar mehr als eine Milliarde Zertifikate ausgestellt werden. Allein im Jahr 2009 verwendeten europäische Anlagen mehr als 45 Millionen HFC-23 Emissionsgutschriften im Rahmen der Emissionshandelsrichtlinie. Deren Wert wird auf ungefähr 552 Millionen € geschätzt. Die derzeitigen Daten zeigen aber, dass wahrscheinlich die Hälfte aller bis zum heutigen Tag ausgestellten Emissionszertifikate keine realen Emissionsreduktionen darstellen.

Auch deutsche Unternehmen sind an diesem Klimaskandal beteiligt. Der Essener Konzern RWE hat Kredit-Kaufrechte für ein Industriegasreduzierungsprojekt in China erworben, das pro Jahr Emissionen im Wert von 8,5 Mio. Tonnen CO₂ reduziert. Bis 2012 soll allein dieses Projekt über 50 Mio. Tonnen CO₂ reduzieren. Auch die KfW Bankengruppe, das Chemieunternehmen Solvay Flour, E.ON und die Deutsche Bank haben Kaufrechte an HFC-23 Projekten erworben.

Stellungnahmen und Reaktionen

Nach einer Bitte um Stellungnahme an die Beteiligten lassen die bis jetzt erhaltenen Antworten aber keineswegs den Ernst der Lage erkennen.

Die Deutsche Bank, die insgesamt in sechs HFC-23-Projekten als Käufer involviert ist, beschränkt sich darauf, keine Kommentare abgeben zu wollen bis die Ergebnisse der Untersuchung im Rahmen der UN vorliegen. Die Weltbank hingegen, die im Rahmen ihrer „Umbrella Carbon Facility“ an einer

beträchtlichen Anzahl von HFC-23 Projekten beteiligt ist, zeigte keine Hemmungen eine Position einzunehmen. In einem „Q&A zu HFC-23 Projekten“ das sie im August 2010 veröffentlichte, wurde die Analyse von CDM-Watch lautstark kritisiert. Trotz anhängiger Untersuchung bei der UN bezeichnete die Weltbank die Ergebnisse als nicht gerechtfertigt. Nachdem sie auf fundierte Analyse hingewiesen worden war, nahm die Weltbank diese offensichtlich von Interessenskonflikten motivierte Q&A sofort wieder von der Website.

Um dem wachsenden Druck von Interessensvertretern gerecht zu werden meldete sich auch Klimakommissarin Connie Hedegaard im August 2010 zu Wort. In einer Mitteilung verkündete sie, dass Qualitätsvorschriften für Emissionszertifikate aus der Zerstörung von klimaschädlichen Industriegasen eingeführt werden sollen. Ab 2013 sollten bestimmte Zertifikate entweder gar nicht mehr oder nur mehr beschränkt erlaubt sein. Eine Entscheidung hierzu wird noch vor der UN-Klimakonferenz in Mexiko erwartet.

Kein Platz für Industriegase

HFC-23-Projekte führen weder zu nachhaltiger Entwicklung noch tragen sie zu Technologietransfer bei. Stattdessen überfluten sie den Markt mit billigen Emissionsgutschriften, nutzen den Chemieunternehmen und verhindern, dass umweltfreundliche Projekte im Rahmen des CDM finanziert werden.

CDM Watch setzt sich dafür ein dass die Ausgabe von HFC-23-Zertifikaten unter den derzeitigen UN-Regeln sofort gestoppt wird. Die Vernichtung von HFC-23 soll am besten außerhalb des CDM durch das Montrealer Protokoll geregelt werden. Um diese Entwicklung anzukurbeln, sollten Deutschland und andere am Emissionshandel beteiligte EU-Mitgliedstaaten davon absehen, Emissionsgutschriften aus diesem Projekttyp für die Erreichung ihrer Ziele zu verwenden.


Eva Filzmoser

Die Autorin ist Koordinatorin von CDM Watch, einem Projekt des Forums Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit zahlreichen NGOs aus aller Welt.

Alternativen aufgezeigt

Energiegipfel der Klima-Allianz

Noch im Frühjahr dieses Jahres hatte die Bundeskanzlerin versprochen, den Weg in das „Zeitalter der erneuerbaren Energien“ ebnen zu wollen. Herausgekommen ist eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und Subventionen für neue Kohlekraftwerke. Die Klima-Allianz nahm die Diskussion um das Energiekonzept der Bundesregierung Mitte September zum Anlass für einen „Alternativen Energiegipfel“.

Den großen Diskussionsbedarf rund um das umstrittene Energiekonzept der Bundesregierung zeigte schon die Teilnehmerzahl: Über 130 Vertreter der Energiewirtschaft, den NGOs und der Politik kamen zu dem Alternativen Energiegipfel nach Berlin, mehr als doppelt so viele hatten sich angemeldet. Aufgrund der begrenzten Raumsituation in der Bremer Landesvertretung konnten vom Veranstalter jedoch nicht alle Interessenten berücksichtigt werden.

Als Vertreter der Bundesregierung hatte die Klima-Allianz Jochen Homann, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, eingeladen, der für seinen Chef Rainer Brüderle maßgeblich an der Ausarbeitung des Energiekonzeptes mitgearbeitet hatte. Er erklärte, dass die Laufzeitverlängerung für AKW nur einer der insgesamt 60 Punkte im Energiekonzept der Bundesregierung sei. Die Zusatzvereinbarung mit den Atomkonzernen zunächst geheim zu halten, hielt jedoch auch er für falsch. Er sprach sich dafür aus, dass dieses Papier sofort hätte veröffentlicht werden sollen, um eine Mythenbildung gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Systemumbau nötig

Zur erhofften Diskussion mit Homann kam es dann nicht, da er aufgrund der laufenden Sitzungswoche direkt nach seiner Rede die Veranstaltung verlassen musste. So entgingen dem Energieexperten des BMWi die auf dem Gipfel vorgestellten Studien, die angesichts des Festhaltens der Bundesregierung an Kohle und Atom aktueller sind als je zuvor. Denn sowohl der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der WWF, das Umweltbundesamt, Greenpeace als auch Germanwatch kommen in ihren Szenarien zu dem Ergebnis: eine Vollversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien bis 2050 ist

ohne Kohle- und Atom als „Brückentechnologien“ möglich. Die dafür notwendige massive Erweiterung der Speicherkapazitäten und des Netzausbaus mahnte Thomas Duveau, Klimaexperte des WWF, an: „Wir sprechen hier von einem radikalen Systemumbau im Energiesektor. Die vorliegende Liste von freiwilligen Verpflichtungen und Marktanreizen muss durch verbindliche Ziele in den Bereichen Klimaschutz, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Infrastrukturausbau ergänzt werden.“

Jan Burck von der Nord-Süd-Initiative Germanwatch wies darauf hin, dass man in den Energieszenarien der Bundesregierung von sinkenden Steinkohlepreisen ausgehe. „Selbst die deutsche Steinkohleindustrie findet diese Annahme etwas seltsam“, kommentierte Burck.

Michael Gehrman vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) und Leif Miller vom Naturschutzbund (NABU) machten deutlich, dass sowohl der Verkehrs- als auch der Wärme- und Gebäudesektor im Energiekonzept der Bundesregierung nicht ausreichend berücksichtigt werde. Der NABU fordert deshalb von der Koalition, dass die Fördergelder für die energetische Gebäudesanierung wieder mindestens auf das Niveau von 2009 gebracht werden. „Dies wären mindestens zwei Milliarden Euro. Im Moment sind im Bundeshaushalt dafür nur 440 Millionen Euro, also gerade mal ein Fünftel der Summe des Vorjahres, vorgesehen“, rechnete Miller vor.

Keine Stromlücke

Zum direkten Schlagabtausch zwischen Politik, Energiewirtschaft und Umweltverbänden kam es dann auf der anschließenden Podiumsdiskussion. Dietmar Schütz, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) betonte, dass es bei einem Ausstieg aus der Kernenergie keine

Stromlücke gebe. „Die Erneuerbaren können die Anteile der Kernenergie komplett übernehmen. Dies ist selbst in den zu Jahresbeginn vorgelegten Energieszenarien des BMU nie angezweifelt worden“, so Schütz. Martin Rocholl, Policy Director der European Climate Foundation mahnte an, die Energiepolitik nicht mehr nur national zu denken: „Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren europäisch denken“, lautete seine Forderung. Angesichts der rasant ansteigenden Anteile der Erneuerbaren am Strommix forderte Roger Kohlmann, Mitglied der BDEW-Geschäftsführung, das Hauptaugenmerk auf die Netzstabilität und Netzsicherheit zu legen. Wie das mit unflexiblen Atommeilern zu schaffen ist, vermochten jedoch weder er noch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer zu beantworten. „Wir haben jetzt schon stundenweise Zeiten mit 100 Prozent Solar- und Windstrom im Netz“, sagte Rainer Baake, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). „Bei der gesetzlich festgeschriebenen Vorfahrtsregelung für Ökostrom heißt das, man muss Kapazitäten abschalten. Und genau dies geht mit Gaskraftwerken recht gut, mit Kohlekraftwerken schon viel schwieriger aber mit Atomkraftwerken geht es überhaupt nicht“, so Baakes eindringliche Warnung an die Adresse der Politik und Energiewirtschaft.

BUND-Vorsitzender Hubert Weiger warnte deshalb in der abschließenden Rede die Politik davor, den im EEG festgelegten Vorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien in Frage zu stellen. Dies werde die Klima-Allianz und ihre Mitgliedsverbände nicht zulassen und gegebenenfalls dagegen mit der ganzen gesellschaftlichen Breite des Bündnisses protestieren.



Elias Perabo/Henner Weithöner

Elias Perabo arbeitet für die Kohlekampagne der Klima-Allianz, Henner Weithöner betreut die Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Klima-Allianz.

Die Klima-Allianz veranstaltete den Alternativen Energiegipfel im Rahmen ihrer Kampagne „Schluss mit den Tricks! Die Energiewende ist machbar!“. Hintergrundinformationen zur Kampagne unter: www.die-klima-allianz.de/rubrik/kampagnen/energiekonzept

BMZ und BMU laden zum Dialog

Vorbereitung auf den Weltgipfel „Rio plus 20“

Agenda 21, Klimarahmen- und Biodiversitäts-Konvention – alles begann 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Zwanzig Jahre danach findet wieder ein Weltgipfel in Rio statt. Unter dem Stichwort „Green Economy“ soll neuer Wind für die nachhaltige Entwicklung entstehen. BMU und BMZ bereiten sich bereits auf den Gipfel vor und luden Wirtschaft, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen am 17.09. zum Dialog.

Seit dem Gipfel in Rio hat sich die Welt leider so entwickelt, wie es die Weltgemeinschaft dort noch verhindern wollte: Inzwischen bräuchte die Menschheit 1,5 Planeten, um den derzeitigen Ressourcenbedarf dauerhaft decken zu können. Gleichzeitig konnten keine größeren Erfolge in der Armutsbekämpfung erzielt werden. Und spätestens nach der Klimakonferenz in Kopenhagen scheinen viele Hoffnungen auf die Lösung globaler Umweltprobleme wie ein Kartenhaus zusammen gefallen zu sein.

Hoffen auf neue Impulse

Brasiliens Regierung setzt trotzdem darauf, den Enthusiasmus von Rio wiederbeleben zu können. Letztes Jahr gelang es ihr, auf der UN-Generalversammlung für 2012 in Rio de Janeiro einen „Rio plus 20“-Gipfel durchzusetzen. Dabei soll die Veranstaltung nicht in einer erwartungsgemäß frustrierenden Bestandsaufnahme münden, sondern neue Impulse für eine zukunftsfähige Entwicklung geben. Mit der Einberufung eines High Level Panels sowie eines umfangreichen Vorbereitungsprozesses zieht UNEP eine Lehre aus dem nahezu sang- und klanglos endenden Nachfolgegipfel, der 2002 in Johannesburg stattfand.

„Green Economy“ (im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung) lautet das Schwerpunktthema des Gipfels „Rio plus 20“. Ein neues Schlagwort, das „nachhaltige Entwicklung“ etwas interessanter machen könnte und vor allem ermöglichen soll, mit neuem Elan eine saubere und verantwortungsvollere Wirtschaftsweise zu fördern. Welche Art von Abschlussdokument entstehen könnte, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Die Bundesregierung begrüßt die thematische Ausrichtung des Gipfels und betraut BMZ und BMU gemein-

sam mit der Vorbereitung in Deutschland. Am 17.09. luden Heiko Warnken (BMZ) und Stephan Contius (BMU) Mitarbeiter von Durchführungsorganisationen, NGOs aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich, Gewerkschaften sowie Industrie- und Handelsverbände zum Dialog in die Berliner Räume des BMZ ein.

Erwartungen an eine Green Economy

Zum Auftakt referierte Steven Stone (UNEP) zu den Ergebnissen des bald erscheinenden UNEP-Reports zur Green Economy. Neben einer umfangreichen Bestandsaufnahme über den Zustand der Umwelt soll dieser Vorzeigeprojekt für die „Green Economy“ vorstellen und für diese Konzepte werben. Beispiele sind etwa das Öffentliche Nahverkehrssystem der Stadt Curitiba in Brasilien oder die nachhaltige Landwirtschaft in Uganda.

Die anschließende Debatte beschäftigte sich häufig mit dem Begriff der „Green Economy“ und dessen Verhältnis zur „Nachhaltigen Entwicklung“. Stone machte deutlich, dass die Begriffe durchaus nah beieinander lägen, die „Green Economy“ also auch soziale Aspekte umfasse. Gleichwohl würde Letzterer die Begrenztheit der Ressourcen und der ökologischen Kapazität stärker heraus stellen.

Es folgten Diskussionen rund um die Frage, wie Entwicklungs- und Schwellenländer für eine „Green Economy“ gewonnen werden könnten. Es wurde deutlich angemerkt, dass Deutschland seine Überzeugungskraft gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern mit dem neuen Energiekonzept verloren habe und es zunehmend schwerer falle, so genannte deutsche Zukunftstechnologie zu verkaufen, die im eigenen Land zunehmend weniger Zukunft hätte.

Die Ministerien interessierten sich sehr für die Frage, wie auch die

deutsche Wirtschaft von der „Green Economy“ in anderen Ländern profitieren könnte. Auf Seiten der NRO wurden Vorbehalte laut, dass das BMZ sich vor allem für die Exportförderung interessiere. Deutlich wurden auch unterschiedliche Erwartungen der NRO und Industrieverbände bei der Frage, wie deutsche Technologien in Entwicklungsländern zu fördern seien. Während Erstere verlangten, angepasste Technologien zu verbreiten, wünschten sich die Unternehmer besseren Patentschutz und Rechtssicherheit für ihre eigene Hochtechnologie. Insgesamt war der Dialog aber noch sehr schleppend, was auch der unklaren bzw. offenen Ergebnissetzung geschuldet sein mochte und der Tatsache, dass sich so ein Dialog erst einmal einspielen muss.

Weiterer Dialog möglich

BMZ und BMU machten am Ende deutlich, dass dieser Dialogprozess in regelmäßigen Abständen bis zum Weltgipfel ergebnisoffen weitergeführt werden könnte, und sie sich sehr über Teilnahme und Unterstützung der Anwesenden freuen würden. Ziel sei es, dass in den Ministerien sowie den teilnehmenden Organisationen ein besseres Verständnis der Probleme und Lösungsstrategien erlangt werden kann. Besondere Bedeutung könne dabei ein Austausch mit Partnern und Mitgliedern aus dem Süden haben.

Sehr positiv ist zu bewerten, dass die Ministerien alle Akteure transparent an einen Tisch gerufen und zwei Jahre vor Rio 2012 angeregt haben, sich mit dem Gipfel auseinander zu setzen.

Ob im Rahmen des Dialogforums dann bei späteren Veranstaltungen stärker inhaltliche Debatten im Vordergrund stehen, wird darüber entscheiden, ob sich eine Teilnahme auch lohnt, um Einfluss auf die deutsche Verhandlungsstrategie zu nehmen. Als Lernforum für NGOs scheint sich das Dialogforum allemal zu lohnen – der Beitrag von Stone war ein sehr guter Anfang und ist nur zu empfehlen.



Anika Schroeder

Die Autorin ist Referentin für Klimawandel und Entwicklung bei MISEREOR.

Weitere Infos zur „Green Economy“ unter www.unep.org/greeneconomy.

Wälder für Menschen oder Menschen für Wälder?

Auf dem Weg in ein neues Holzzeitalter

Die Ansprüche an den Wald steigen, und damit nehmen vor allem die Belastungen zu, die auf die bedrohten und geschundenen Ökosysteme einwirken. Um dem Klimawandel und der Verknappung fossiler Energieträger entgegenzuwirken, will man die Wälder noch intensiver nutzen als bisher.

Wir stehen vor einem neuen Holzzeitalter – denn Wälder sind eine der wichtigsten Quellen für nachwachsende Rohstoffe. Gleichzeitig sind sie weltweit vor Zerstörung und Degradierung bedroht. Die Flutkatastrophe in Pakistan hat eindrucksvoll gezeigt, welche Folgen der Waldmangel haben kann, wenngleich man in den Medien vergeblich nach Hinweisen auf solche unangenehmen Zusammenhänge sucht.

Lebensgrundlage Wald

Wälder sind eine wichtige Lebensgrundlage für Abermillionen von Menschen, ganz abgesehen von ihrer herausragenden Bedeutung für die biologische Vielfalt. Der größte Teil der Urwälder existiert aber nicht mehr. Jahr für Jahr werden viele Millionen Hektar Wälder zerstört, degradiert und mancherorts durch Holzplantagen ersetzt. Riesige Kahlflächen, versteppte, degradierte und verwüstete Landschaften gibt es inzwischen genug.

Eigentlich sind wir jetzt am Zuge. Dringend müssten sich nun die Menschen für die Wälder einsetzen: Restaurierung von Viehweiden, Wiederbepflanzung von Kahlflächen, Umbau von Holzmonokulturen in naturnähere Mischwälder. Eine Jahrhundertaufgabe, die uns allen zu Gute käme. Schon für eine Energieversorgung vor allem in ländlichen Gebieten ist Holzbiomasse unverzichtbar. Schutz vor Dürre und Überschwemmungen, vor



Boden- und Winderosion sind weitere wertvolle Wirkungen von Wäldern.

Internationales Jahr der Wälder 2011

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt. Unter dem bezeichnenden Motto "Wälder für Menschen" (und nicht etwa: Menschen für Wälder) soll auf vielfältige Weise die nachhaltige Bewirtschaftung, die Erhaltung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen gestärkt werden. Auf internationaler Ebene soll das Waldforum

der Vereinten Nationen (UNFF) die Aktivitäten koordinieren und unterstützen. In Deutschland hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) die Federführung übernommen, und Bundespräsident Christian Wulf wird Schirmherr sein.

Ist angesichts dieser gewichtigen Fürsprecher eine Trendwende in Sicht? Wird nach langen Jahren der Problemanalysen, Strategieentwicklungen und Programmplanungen endlich die Rettung der Wälder in Angriff genommen? Immerhin hatten das BMELV und die forst- und umweltpolitischen Akteure in Deutschland seit 1999 ein nationales Waldprogramm unter dem Dach des UNFF auf den Weg gebracht¹. Inzwischen gibt es eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, einen nationalen Biomasseaktionsplan, eine Nachhaltigkeitsstrategie und, und, und... Viel Arbeit und Steuergelder sind in solche Prozesse geflossen, es liegen sogar konkrete Handlungsempfehlungen vor.

Wenn all diese Maßnahmen schon umgesetzt wären, müssten wir uns um die Wälder weniger Sorgen machen. Doch genau daran mangelt es. So liegen die Handlungsempfehlungen des Nationalen Waldprogramm Deutschland seit 2006

in der Schublade. Umgesetzt werden sollen sie nicht, darum verließen einige Umweltverbände seinerzeit diesen Prozess. Auch die Einrichtung von Schutzgebieten im Wald kommt nicht voran – die für die Waldbewirtschaftung zuständigen Bundesländer sperren sich. Holz- und Forstwirtschaftsverbände malen das Schreckgespenst von Enteignung und Jobverlusten an die Wand. Und jetzt kommt noch die Sorge um den Klimawandel und Verknappung des Rohstoffes Holz hinzu. Eine berechtigte Sorge, die aber auch dazu führen kann, neue Fehlentwicklungen einzuleiten. Denn Holz-mangel und steigende Preise bieten auch ganz

andere Anreize: Investitionen in Holzproduktion dürften sich lohnen (ähnlich wie bei der Nahrungsmittelproduktion) und die Waldbesitzer freuen sich über weitere Unterstützung, denn immer noch ist Holz ein vergleichsweise billiger Rohstoff.

Die Waldstrategie 2020 des BMELV

Schon mit der Charta für Holz hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium Maßnahmen eingeleitet, um den Verbrauch von Holz um 20 Prozent zu steigern. Im Zuge der steigenden Nachfrage und frei nach dem Motto: Je mehr Holz, desto besser für das Klima, stiegen die Holzeinschläge stark an, sodass vor allem im Staatswald fast der gesamte Zuwachs geerntet wurde. Zudem lag mit der zweiten Bundeswaldinventur ein Zahlenwerk vor, das einen steigenden Holzvorrat im deutschen Wald belegte. Schnell war von überalterten Beständen die Rede, bei einem Durchschnittsalter von gut 60 Jahren eine gewagte These. Im Sommer 2008 entschloss sich das BMELV, eine Strategie zu erarbeiten, um die Rohstoffversorgung der deutschen Holzverarbeitenden Industrie sicherzustellen und gleichzeitig den Verbrauch an Holzprodukten zu steigern. Ende 2008 wurde dann mit der sogenannten „Gesamtstrategie Wald 2020“ eine Reihe von Symposien gestartet. Ziel des BMELV ist es, die Waldstrategie 2020 als seinen Beitrag für das Internationale Jahr der Wälder zu präsentieren.

Im stillen Kämmerlein

Umweltverbände warnten von Beginn an vor einseitigen Zielsetzungen zugunsten einer Intensivierung der Holznutzung. Man dürfe nicht gegen die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie arbeiten. Der Prozess wurde zur hauseigenen Waldstrategie herabgestuft. Doch die Ausrichtung auf rohstoffbezogene Themen blieb. Im Sommer 2009 forderten mehrere Umweltverbände Bundesministerin Ilse Aigner auf, wichtige Problemfelder (wie z.B. die wirtschaftlichen Schäden durch die überhöhten Schalenwildbestände) in die Waldstrategie zu übernehmen, zu analysieren und auf Lösungen hinzuarbeiten. Außerdem wurde angemahnt, die Akteure an der Erarbeitung zu beteiligen. Doch das Ministerium lehnt eine Mitsprache

von Umweltverbänden ab. Fragen, wie zum Beispiel der Grund für die Aussetzung des Nationalen Waldprogramms, blieben unbeantwortet, einen Entwurf der Waldstrategie bekamen Umweltverbände nicht zu sehen. Erst im Herbst wolle man einen weitgehend fertigen Entwurf vorlegen und diskutieren. Als Briefe und Gespräche nicht weiterhalfen, stellte der Verfasser im Mai 2010 einen Antrag auf Akteneinsicht. Diese ist nach dem Informationsfreiheitsgesetz von allen Bundesbehörden zu ermöglichen.

Das Ministerium lehnte den Antrag zunächst mit dem Verweis auf eine „Regierungstätigkeit“ ab. Doch diese inzwischen häufigste Begründung für Ablehnungen solcher Anträge ist in der Mehrzahl der Fälle nicht stichhaltig². Nach Einlegen von Widerspruch, Einschaltung des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und monatelangem Tauziehen wurde Mitte September endlich die Akteneinsicht ermöglicht.

Akteneinsicht: Hölzerne Strategie

Schon bei den drei Symposien der Waldstrategie 2020 war die Ausrichtung auf eine Steigerung der Holznutzung unüberhörbar. Zuweilen hatte man den Eindruck, hier sei eine Lobbyorganisation der Holzindustrie zugange, denn wiederholt sprachen sich auch Mitarbeiter des Ministeriums vehement gegen die (einstimmig vom Bundeskabinett beschlossene) Ausweisung von Schutzgebieten auf 5% der Waldfläche bis 2020 aus. Das Thema Holz dominierte zwar die Argumentation, doch war es im dritten und letzten Symposium immerhin gelungen, kompetente Referenten zu gewinnen, die sich z.B. für die Steigerung von Tot- bzw. Biotopholzvorräten im Wald aussprachen und auch die Ausweisung von Waldschutzgebieten als wichtige walddpolitische Herausforderung empfahlen.

Doch die Waldstrategie 2020 entpuppt sich – wenn man die Entwürfe vom Sommer 2010 zugrunde legt – bislang als reine Holzstrategie. Man will die Holzvorräte im Wald abbauen, also mehr ernten als nachwächst, um zu sogenannten „zuwachsoptimierten Holzvorräten“ zu gelangen. Die Bäume sollen wieder früher geerntet werden, und mithilfe der Forstpflanzenzüchtung und dem Anbau von

nicht einheimischen Baumarten (v.a. Douglasie) sollen weitere Ertragssteigerungen erzielt werden.

Wichtige Themen, die in den Symposien genannt wurden, werden bislang kaum aufgegriffen und eher lustlos erwähnt, um einen gewissen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Das Thema Jagd wird mit Samthandschuhen angefasst, obwohl hier großes Potenzial liegt, denn mit angepassten (= niedrigeren) Reh- und Hirschbeständen würde sich der Wald natürlicher, artenreicher und wuchskräftiger verjüngen und auch dies würde die Holzerträge steigern. Doch die Angst vor der Jagdlobby ist zu groß und eine Bundesministerin will sich nicht mit mächtigen politischen Einflussgrößen streiten.

Fazit

Wenn das BMELV seinen Auftrag ernst nimmt, als zuständige Fachbehörde für eine nachhaltige Waldnutzung zu sorgen, darf es sich nicht als Speerspitze von Holzfirmen und Wachstumsideologen betätigen. Natürlich sollten die Potenziale für mehr Holzproduktion genutzt werden, doch dabei sind ökologische Grenzen strikt einzuhalten – danach steigt eben der Preis. Ein Bundesministerium, das im Interesse aller Bürger und Steuerzahler handelt, muss die anderen Waldthemen, wie den Schutz der biologischen Vielfalt und Erhaltung der vielfältigen Leistungen von Wäldern für die Gesellschaft gleichrangig behandeln. Klientelpolitik hinter verschlossenen Türen ist zwar ein Markenzeichen dieser Regierung. Damit die Waldpolitik des BMELV in der Gesellschaft anerkannt und unterstützt wird, müssen aber alle Akteure bei der Erarbeitung solcher Strategien transparent beteiligt werden. Das ist nicht einfach, aber unumgänglich. Die Umweltverbände werden sich dafür engagieren, dass bei allem Verständnis für Interessen von Waldbesitzern und Holzverarbeitender Industrie die anderen Themen nicht zu kurz kommen.



László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse und Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.

¹ Siehe www.nwp-online.de

² Vgl. hierzu auch 2. Tätigkeitsbericht des BfDI zur Informationsfreiheit, Nr. 2.1.1 – abrufbar unter: www.bfdi.bund.de

UN-Dekade der „Wüsten und der Desertifikationsbekämpfung“

Trockengebiete im politischen Fokus

„The Forgotten Billion“ bezeichnet keine neue Finanzkrise. Es ist der Titel einer Studie, die anlässlich des Millenniumsgipfels in New York vorgestellt wurde. Bei der Erreichung der Millenniumsziele sind die 2 Milliarden Einwohner der Trockengebiete oft die Verlierer. Die Armutsrate, die Kindersterblichkeit und Analphabetismus der Frauen sind in den Trockengebieten der Welt deutlicher höher als in anderen Regionen.

Trockengebiete - marginale Regionen der Erde?

Trockengebiete sind in der politischen Wahrnehmung eher entfernte, marginale Standorte. Dies gilt, obwohl Statistiken, die sich mit dem Handlungsbedarf für Entwicklungsziele befassen, eher dagegen sprechen.

Trockengebiete (ohne die hyperariden Wüsten) umfassen 5,2 Mrd. ha, d.h. ca. 35 Prozent der Landoberfläche der Erde und sie beherbergen 2 Milliarden Menschen. Das Wohlstandsniveau ihrer Bevölkerung, mindestens 90% davon leben in Entwicklungsländern, liegt im Durchschnitt weit unter dem der restlichen Welt. Armut und Landdegradierung gehen oft einher. Knapp 1,2 Mrd. ha, d.h. 23,2 Prozent der Trockengebiete leiden unter Desertifikation. Konsequenz ist eine verminderte Produktivität von Acker- und Weideflächen bis hin zum Verlust der Nutzbarkeit.

Gleichzeitig haben diese Regionen aber auch Potentiale. Trockengebiete sind Quellen der Agrobiodiversität: Ca. 30 Prozent aller Kulturpflanzen kommen nur hier vor. Es ist wahrscheinlich, dass ein hoher Prozentsatz der bislang dokumentierten 7600 Nutztierarten aus Trockengebieten stammt. Trockengebiete beherbergen 50 Prozent des globalen Viehbestandes und sie umfassen große Getreideanbauflächen. Geschätzte 12 Mio. ha (ca. ein Drittel der Landesfläche der BRD) gehen jährlich der landwirtschaftlichen Produktion verloren. Der kalkulatorische Verlust an Getreideproduktion daraus beläuft sich auf 20 Mio. Tonnen Getreide pro Jahr. Angesichts des steigenden Nahrungsmittelbedarfs einer wachsenden Weltbevölkerung – laut FAO muss die Nahrungs-

mittelproduktion allein bis 2030 um 50 Prozent steigen – sind Maßnahmen gegen Landdegradierung zwingender Teil der Ernährungssicherung. Dies gilt umso mehr, als der globale Klimawandel durch höhere Variabilität der Niederschläge mehr Risiken für die Landwirtschaft mit sich bringt. Böden sind die größten Speicher im terrestrischen Kohlenstoffkreislauf. Sie enthalten fast dreimal so viel Kohlenstoff wie die Vegetation und doppelt so viel wie die Atmosphäre. Desertifikation setzt jährlich 300 Millionen Tonnen Kohlenstoff frei, etwa 1,3 mal so viel, wie Deutschland 2007 durch seine eigenen Emissionen in die Atmosphäre abgegeben hat. Einen Umkehr dieses Trends wäre ein Beitrag zum Klimaschutz.

Die ökonomische Dimension der Landdegradierung

Neben der wissenschaftlichen Diskussion um das Ausmaß der Landdegradierung in Trockengebieten und auch global, gewinnt die Frage nach ihren ökonomischen Konsequenzen an Bedeutung. Einheitliche Bewertungsmethoden und verlässliche globale Daten stehen noch aus. Einzelne nationale und sektorale Analysen legen allerdings beeindruckende Zahlen zur Belastung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer durch Landdegradierung vor. Eine Studie der französischen Entwicklungsbank AFD aus dem Jahr 2006 geht davon aus, dass in Sub-Sahara Afrika die jährlichen Kosten durch Landdegradierung dem Gegenwert der durchschnittlichen Wachstumsraten im Landwirtschaftssektor entsprechen. China verliert jährlich 4 Prozent seines BIP durch Landdegradierung, die Schätzungen für Äthiopien liegen in der gleichen Größenordnung. Die Liste der Beispi-

le ließe sich beliebig verlängern. Ihnen gemeinsam sind die Folgen: negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und das Einkommen der Bevölkerung.

Gleichzeitig verschärft die zunehmende Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln sowie Agrartreibstoffen die Konkurrenz um die knappen Ressourcen Boden und Wasser. Produktives Land, auch in Trockengebieten, erfährt eine enorme Wertsteigerung. Ein Indikator dafür ist die gegenwärtige drastische Zunahme von Landverkäufen und -verpachtungen in Entwicklungsländern (Land Grabbing). Zwischen 22 und 50 Mio. ha Ackerland in Afrika, Asien und Lateinamerika sind seit 2006 verkauft oder für mehrere Jahrzehnte verpachtet worden (zum Vergleich: Ackerfläche der gesamten Europäischen Union beträgt 97 Millionen Hektar).

Herausforderungen der UN Dekade

Die Dekade der Vereinten Nationen zu Wüsten und Desertifikationsbekämpfung wurde durch den Beschluss der 62. UN Generalversammlung ins Leben gerufen. Beginnend mit dem Jahr 2010 und endend mit dem Jahr 2020 ist sie genau genommen eine „Dekade plus 1“, mit Bonusjahr. Sie ist ein Aufruf an die Weltgemeinschaft, sich des Themas anzunehmen und Ursachen, Folgen und Handlungsbedarfe der fortschreitenden Landdegradierung in das öffentliche und vor allem das politische Bewusstsein zu bringen. Eine Gruppe von UN-Organisationen, darunter das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das UN-Umweltprogramm (UNEP) und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), mit dem Sekretariat der UN Konvention zur Desertifikationsbekämpfung als Koordinator, ist für die Konzeption einer Strategie für die Dekade befasst.

Gefragt sind allerdings nicht nur Medienereignisse und Sachstandberichte an die UN Generalversammlung, sondern zukunftsweisende Initiativen und klare Botschaften zum Handlungsbedarf sowie dem globalen Nutzen der Desertifikationsbekämpfung.

- Kosten und Folgen des Nicht-Handeln darlegen: Der „Stern-Report“ hat, bei allen möglichen Unzulänglichkeiten, den Blickwinkel auf den



Foto: Michael Martin

Klimawandel verändert und nachgewiesen, dass Klimawandel nicht nur ein Umweltproblem, sondern ein Weltwirtschaftsproblem darstellt. Dies hat Nachdenken jenseits internationaler Umweltpolitikzirkel ausgelöst. Die UN-Dekade zu Desertifikationsbekämpfung sollte für eine länder- und Institutionen-übergreifende Initiative zu den „Economics of Desertification, Land Degradation and Drought“ genutzt werden.

- Investition in die nachhaltige Landnutzung fördern: Die OECD stellt insgesamt einen deutlichen Rückgang der in den Umweltbereich investierten ODA Mittel fest. Dies sei, so Stimmen aus dem Geberlager, eine konsequente Folge des Alignment mit den Prioritäten der Partnerländer, die sich eben für andere Schwerpunkte der Kooperation entschieden hätten. Dass dies nicht uneingeschränkt gelten kann, zeigt eine jüngst erschienene

Studie der Weltbank. Sie stellt einen deutlichen Rückgang der Bereitstellung von Gebermitteln für die nachhaltige Landnutzung seit 2007 fest. Gleichzeitig hat z.B. die malische Regierung ihre eigenen Investitionen in diesem Bereich verstärkt und weist damit ihre politische Prioritätensetzung nach. Mehr Investitionen in nachhaltige Landnutzung wären nicht nur in malischem, sondern auch in globalem Interesse. Allerdings geht es nicht nur um Finanzvolumina: Investitionen sind nur bei förderlichen Rahmenbedingungen wirksam. Dazu gehören gesicherter Zugang zu Land und sichere Eigentums- und Nutzungsrechte für alle Landnutzer, die Abkehr von immer neuen Planungszyklen zugunsten eines systematischen „upscaling“ und bekannter, erfolgreicher Ansätze und die Beteiligung der Bevölkerung und der Gebietskörperschaften an der Planung von Investitionen. Der

Privatsektor, so „The Forgotten Billion“ spielt hierbei ebenfalls eine Schlüsselrolle: Er braucht weniger Subventionen, als öffentliche Investitionen in Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, Technologietransfer. Die Initiative „Business and Biodiversity“ engagiert die Privatwirtschaft für die Erhaltung der Artenvielfalt und der Ökosysteme. Eine vergleichbare Initiative für die nachhaltige Landnutzung ins Leben zu rufen, könnte eine Aktion der UN-Dekade sein.

Nachhaltige Landnutzung ist der Nexus zwischen den globalen Umwelt- und Entwicklungszielen Klimaschutz, Ernährungssicherung und Erhaltung der Artenvielfalt. Ihn gilt es, in der UN-Dekade im politischen Handeln zu verankern

Anneke Trux

Die Autorin ist Projektleiterin des „Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung“ bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Überschwemmung in Pakistan

Archetype für ein vorher kaum gekanntes Extremwetterereignis?

Eine Überschwemmung biblischen Ausmaßes, eine humanitäre Katastrophe mit nicht absehbarer Zahl menschlicher Opfer – ist die Flut in Pakistan eine Archetype für ein vorher kaum gekanntes, vermutlich durch die Klimaänderung verstärktes Extremwetterereignis, welches das Ausmaß der Folgen wie auch die Überforderung der Anpassungsfähigkeit der betroffenen Gesellschaft angeht?

Was bedeutet die Befürchtung, Extremwetterereignisse wie die Starkniederschläge in Pakistan könnten durch den Klimawandel immer häufiger und stärker auftreten, für Krisenprävention und Krisenmanagement in Entwicklungsländern und für die derzeitigen Strukturen humanitärer Hilfsansätze?

Die Flut in Pakistan

Die Überschwemmung in Pakistan des August 2010 hat biblische Ausmaße angenommen. Es gibt bis zu 20 Mio. Betroffene, mindestens eine Million Häuser sind zerstört und cirka 10 Mio. Menschen sind obdachlos geworden. 30% der landwirtschaftlichen Fläche sind überflutet.

Nach Schätzungen der Regierung von Anfang September hat diese Flut einen wirtschaftlichen Gesamtschaden von etwa 43 Mrd. Dollar hinterlassen. Präsident Zardari sagt, man bräuchte mindestens drei bis fünf Jahre zum Wiederaufbau; die Ernte ist zerstört, ebenso die Infrastruktur wie Straßen und Brücken in den betroffenen Gebieten. Pakistan erwartet statt eines Wirtschaftswachstums von 4,5 Prozent nun lediglich 2 und wird durch die Flut 10 bis 15 Jahre zurückgeworfen. Auf neue Kredite vom Internationalen Währungsfonds kann kaum verzichtet werden, doch muss das Land dazu seine Staatseinnahmen steigern und will trotz Flutkatastrophe eine Mehrwertsteuer von 15 % einführen.¹

Doch das Land wird nicht nur durch die Naturgewalten herausgefordert. Die innenpolitische Instabilität mit starken fundamentalistischen Gruppen belastet die Entwicklung des Landes und erschwert außenpolitische Anerkennung generell. Grenzkonflik-



te kommen hinzu. Bei der aktuellen Überschwemmung im Grenzgebiet zu Indien war anfänglich die Reaktion des Nachbarlandes aufgrund des ungeklärten Kaschmirkonflikts nicht abzusehen, so dass fraglich war, ob mit Hilfe an der indischen Grenze überhaupt gerechnet werden konnte.

Der Bezug zur anthropogenen Klimaänderung

Praktisch immer gilt, dass ein einziges Extremwetterereignis wie etwa die Flut in Pakistan im August 2010 nicht zwangsläufig als Folge der menschgemachten Klimaänderung dargestellt werden kann. Diese ändert lediglich die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten von Ereignissen. Ein Blick auf die Aussagen der Wissenschaft hilft einzuschätzen, inwiefern Ereignisse wie die Flut in Pakistan durch die Klimaänderung vermehrt auftreten.

Zu berücksichtigen ist, dass der Einfluss des Menschen auf die Umwelt (etwa Waldabholzung, schlechtes Management der Wasserläufe und der Flächennutzung oft in Zusammenhang mit hohem Bevölkerungsdruck) die negativen Folgen von Wetterextremen verstärken können.

Der Weltklimarat IPCC als weltweit höchste Autorität in Klimafragen macht in seinem Vierten Sachstandsbericht von 2007 mehrfach auf die jüngste Flut in Pakistan anwendbare Aussagen.

Die Zusammenfassung für Entscheidungsträger der Arbeitsgruppe 1 des IPCC stellt fest², es sei sehr wahrscheinlich, dass die Häufigkeit von Starkniederschlagsereignissen in den meisten Gebieten durch den Klimawandel zunimmt. Und die Arbeitsgruppe 2 projiziert für Asien, dass die mit Fluten verbundene Morbidität und die Mortalität in Ost-, Süd- und Südostasien aufgrund mit der Klimaänderung verbundener Änderungen im Wasserkreislauf steigt³.

Beide Aussagen treffen auf die beobachteten Fluten in Pakistan zu. Ausgelöst wurde der Starkniederschlag der Wissenschaft zufolge durch einen außergewöhnlichen ‚blockierten Jetstream‘. Eine Verbindung zum Klimawandel kann vermutet, jedoch bei Einzelereignissen wie diesem auch hier nicht belegt werden. Doch ist eine mögliche Folge des Klimawandels in der Region Südasien die Zunahme des jährlichen Sommermonsuns durch erhöhte Wärme, stärkere Verdunstung und daher heftigere Regenfälle. Die dramatischen Regenfälle sind konsistent mit den projizierten Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels⁴.

Ungewöhnlich ist bei den Ereignissen nicht die Überflutung an sich. Immer wieder kommt es in Pakistan entlang des Verlaufs des Indus zu schweren Überschwemmungen, doch das im August 2010 beobachtete Ausmaß ist geschichtsträchtig.

Die Flut in Pakistan ist ein Ereignis, das in Zeiten einer globalen Erwärmung von 0,8 Grad gegenüber 1900 geschah. Vermutlich kaum erreichbar ist, die Erwärmung unter 2 Grad zu halten, denn selbst im günstigsten Fall

ambitionierten Klimaschutzes wird befürchtet, von einem ‚Peak and Decline‘ (Überschießen der Erwärmung um 2 Grad und dann Temperaturrückgang) ausgehen zu müssen. Welche Extremereignisse werden also noch auf uns zukommen?

Krisenmanagement in Zeiten des Klimawandels

Eine Verstärkung der Extremwetterereignisse durch den anthropogenen Klimawandel stellt die Krisenprävention und das Krisenmanagement vor allem in weniger entwickelten Ländern vor ungekannte Herausforderungen. Diese liegen zunächst im reinen Ausmaß der Ereignisse, wie die aktuellen Starkniederschläge in Pakistan andeuten. Für die Prävention von humanitären Krisen mit einigen Millionen Betroffenen wie in Pakistan sind in steigendem Umfang Anpassungsmaßnahmen notwendig, um gerade die am stärksten betroffenen, oft armen Menschen zu schützen. Armutsbekämpfung ist hier ebenso dienlich wie Frühwarnsysteme, Dammbau und Überflutungszonen sowie sicher geplante Siedlungsstrukturen entlang großer Flüsse. Die existierenden Dämme in Pakistan entlang der Flussläufe, die es aus der Historie schwerer Überschwemmungen im Indusgebiet in Pakistan heraus gab, hielten den unerwartet heftigen Regenfällen im in diesem August nicht stand. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte werden verstärkt auch flussnah gelegene Gebiete besiedelt und zur Landwirtschaft genutzt, die als Überflutungszonen hätten dienen sollten. Dies wurde aber nun den Menschen zum Verhängnis.

Bleiben diese Anpassungsmaßnahmen zur Krisenprävention von Naturkatastrophen wie in Pakistan beispielsweise aufgrund schlechter Regierungsführung, Korruption und schlechter Entwicklung aus, muss ein Krisenmanagement greifen, das auf das Ausmaß der Extremereignisse angemessen reagieren kann. Im Fall der Überflutungen in Pakistan überforderte die Anzahl von bis zu 20 Mio. Betroffenen, die zum Teil schlechte Erreichbarkeit der überfluteten Regionen und die Armut und Hilflosigkeit der Bevölkerung die Regierung und Hilfsorganisationen nahezu. Erschwert wurden die Hilfseinsätze vieler Organisationen durch die geringe

internationale Spendenbereitschaft trotz großer internationaler Aufmerksamkeit. Diese begründete sich in der für viele Außenstehende undurchsichtigen politischen Lage Pakistans, im durch aufgetretene Korruption entstandenen fehlenden Vertrauen in die pakistanische Regierung sowie in der Befürchtung, Spenden würden in die Hände von Fundamentalisten geraten. Kurz nach der Überschwemmung breiteten sich in den westlichen Medien bereits Meldungen über den starken Einfluss einerseits des Militärs, andererseits islamistischer Gruppierungen aus. Letztere versuchten durch ihre eigenen Hilfseinsätze Mitglieder oder zumindest Zuspruch in der pakistanischen Bevölkerung zu gewinnen. Es bedurfte gezielter Öffentlichkeitsarbeit der Aktion-Deutschland-Hilft, um in Deutschland Spendengelder zu generieren, die in den richtigen Händen in dieser Situation die Demokratie und die Zukunftsperspektiven des Landes stärken.

Die zunehmende Politisierung der humanitären Hilfseinsätze bis zur Instrumentalisierung von Opfern sowie die Skepsis der Bevölkerung macht auf die nötige Vorbereitung von Hilfseinsätzen aufmerksam. Besonders in instabilen Ländern, in denen Konflikte zwischen einzelnen politischen Gruppen oder ethnischen Volksstämmen herrschen, muss der Hilfseinsatz über die Grundzüge des ‚Do no harm‘ hinausgehen und auch so genanntes PCIA (Peace and Conflict Impact Assessment) enthalten, um weder bestehende politische Konflikte zu stärken noch neue Konfliktkonstellationen durch z. B. einseitige oder ungleichmäßige Unterstützung zu generieren. Im Falle der Überflutungen in Pakistan war es Ziel, das Unterstützen fundamentalistischer Gruppen zu verhindern. Der Einbezug lokal ansässiger Organisationen in die Arbeit von international agierenden Hilfsorganisationen von der UN bis zu NGOs ist in diesen Fällen unerlässlich. Die alleinige Kontrolle der Verwendung von Spendengeldern ist nicht ausreichend.

Strukturelle Veränderungen erforderlich

Wie kann zukünftigen klimawandelbedingten Katastrophen durch effektive Krisenprävention vorgebeugt werden? Welche strukturellen Schlüsse sollten die UN, betroffene

und nicht betroffene Staaten sowie Hilfsorganisationen aus den Ereignissen in Pakistan ziehen? Frankreich legte einen Vorschlag zu einer EU-Katastrophen-Eingreiftruppe zwischen militärischen Einheiten und Hilfsorganisationen vor: „Nach Haiti und den Bränden in Russland müssen wir die Konsequenzen ziehen und eine echte EU-Eingreiftruppe für solche Krisenfälle aufbauen, die auf den nationalen Mitteln der Mitglieder beruht.“, so N. Sarkozy⁵. Dies lehnt die FDP, die sich als einzige Partei in Deutschland dazu geäußert hat, ab, obwohl auch Entwicklungsminister Niebel die Militarisierung der humanitären und infrastrukturellen Hilfe vorschlägt. – Eine wichtige Folgerung scheint in jedem Fall die bessere, kooperative statt konfliktive Zusammenarbeit zwischen den beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Vorfeld, aber auch nach der humanitären Hilfeleistung zu sein. Nur so können Krisenprävention und Krisenmanagement verbessert werden, um den Herausforderungen von Klimawandelfolgen und ihren Auswirkungen auf Konfliktlagen während und nach Extremwetterereignissen gerecht zu werden.

Schlussfolgerungen

Eine neue Zeitrechnung hinsichtlich großräumiger Folgen der menschengemachten Klimaänderung mag begonnen haben. Eine Gesellschaft von 180 Mio. Einwohnern ist völlig überfordert, es entsteht die Gefahr von Desintegration – in einem anderen Fall wäre eventuell sogar der Verfall des Staates zu befürchten. Neue Reaktionsstrukturen wie bessere Kooperation beispielsweise auf UN-Ebene sind nötig, wie auch wegen der großen Erfordernisse für Unterstützung eine neue Art weltweiter Solidarität.



Rixa Schwarz/Manfred Treber

Rixa Schwarz ist Referentin für Klima und Sicherheit bei Germanwatch/ Manfred Treber ist dort Klima- und Verkehrsreferent.

- 1 *Mehrwertsteuer trotz Flutkatastrophe, Süddeutsche Zeitung vom 25.8.10, S.8*
- 2 *Vgl. Tabelle SPM-2*
- 3 *Vgl. Aussage im SPM zu Asien auf S.13*
- 4 *Jean-Pascal van Ypersele, Vizepräsident des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/pakistan/7937269/Pakistan-floods-Climate-change-experts-say-global-warming-could-be-the-cause.html>*
- 5 *www.euractiv.de/sicherheit-und-verteidigung/artikel/sarkozy-fordert-eu-ingreiftruppe-003508*

Wie kann Wasser in guter Trinkwasserqualität gesichert werden?

Workshop "Water Quality for Human Health" auf der Weltwasserwoche

Sauberes und verfügbares Wasser wird weltweit knapper. Wie Wasser in ausreichender Qualität und Quantität für die ständig wachsende Weltbevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann, stand im Mittelpunkt der diesjährigen Weltwasserwoche, die vom 5. bis zum 11. September 2010 in Stockholm stattfand.

Die Verschmutzung der Gewässer und des Grundwassers ist weltweit und besonders in den Entwicklungsländern allgegenwärtig. Schadstoffe aus unzureichender Siedlungshygiene, mangelnder landwirtschaftlicher Praxis sowie Industrieanlagen bedrohen natürliche Trinkwasserreservoirs und damit ganze Lebensräume. Auf der Weltwasserwoche ging es daher in dem überwiegenden Teil der Veranstaltungen um die Ursachen der Verschmutzung, die Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit sowie um nachhaltige Konzepte, um Wasser in ausreichender Qualität zu sichern.

Trinkwassersicherheitsplan

Jeden Tag sterben 4000 Kinder durch verschmutztes Wasser und unzureichende Hygienebedingungen weltweit. Oliver Schmall vom Umweltbundesamt wies darauf hin; "dass erhebliche Maßnahmen ergriffen würden, wenn jeden Tag 8 Passagierflugzeuge abstürzen würden". Der Workshop „Water Quality for Human Health“, am 7. September 2010 auf der Weltwasserwoche in Stockholm, widmete sich ganztägig dieser Herausforderung. Es wurde in der Einführung deutlich, dass den Gefährdungen durch wasserbedingte Krankheiten in einem integrierten Ansatz begegnet werden muss. Im Gegensatz zur EU-Wasserrahmenrichtlinie oder dem IWRM-Ansatz (Integrated Water Resources Management), die den Gewässerschutz zum Ziel haben, orientiert sich der Trinkwassersicherheitsplan (Water Safety Plan) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an der menschlichen Gesundheit. Die WHO hat mit dem Water Safety Plan ein Instrument zur Qualitätssicherung von Trinkwasserversorgungssystemen geschaffen.

Der Water Safety Plan erlaubt es aber nicht nur, große Trinkwasserversorgungsanlagen, sondern auch kleine Systeme, wie Brunnen, öffentliche Trinkwasserzapfstellen oder kleine zentrale Wasserversorgungssysteme zu identifizieren und zu bewerten sowie deren Risiken zu minimieren. Die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen spielt besonders hierbei eine große Rolle. Der Ansatz des Water Safety Plans, Ergebnisse und seine Umsetzung in nationale Wassergesetzgebung wurde in den letzten Jahren in vielen Fällen praktiziert, wie Beispiele aus Argentinien, den Philippinen, Südafrika, Nepal zeigten. Die administrativen, praktischen und sozio-ökonomischen Aspekte in den unterschiedlichen Kontexten wurden dabei dargestellt.

Toolbox für Schulen

Margriet Samwel von WECF präsentierte ein konkretes Beispiel aus Osteuropa, wo der Water Safety Plan für kleine Trinkwasserbrunnen im Rahmen eines Schulprogrammes durchgeführt wurde. In Rumänien sind 7 Millionen Menschen auf die Wasserversorgung aus lokalen, oft ungeschützten Trinkwasserbrunnen angewiesen. Der Bevölkerung sind die Zusammenhänge zwischen Wasserqualität, Abwasserentsorgung, Hygiene und Gesundheit in der Regel unbekannt. Die Qualität des Brunnenwassers ist zum Teil beeinträchtigt, wird aber kaum kontrolliert. Als Maßnahme hat WECF eine Toolbox für Schulen entwickelt, mit der Kinder in einem handlungsorientierten Ansatz die Hintergründe des Wasserkreislaufes sowie von Verschmutzung verstehen sowie Aktionspläne zur Verbesserung ihrer Trinkwassersicherheit entwickeln. Zum Abschluss des Workshops wurde im Expertenpanel disku-

tiert, dass es notwendig sei, zusätzlich zum Water Safety Plan auch einen Ansatz zu einem Water Sanitation Plan zu entwickeln. Thor-Axel Stenström von Swedish Institute for Infectious Disease wies darauf hin, dass mit der Einführung von Water Safety Plans die Verschmutzung durch mangelhafte sanitäre Bedingungen bzw. keine geordnete Abwasserentsorgung zum Teil nicht ausreichend berücksichtigt werden, obwohl gerade diese erhebliche Gefährdungen für die menschliche Gesundheit darstellten.

Weltwasserwoche

Die Weltwasserwoche findet jährlich in Stockholm statt. Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft sowie von Nichtregierungsorganisationen treffen sich, um gemeinsam globale Lösungsansätze im Wassersektor zu erarbeiten. Obwohl dort keine verbindlichen Abkommen oder Verträge abgeschlossen werden, gilt die Weltwasserwoche als bedeutendes internationales Forum, auf dem die Möglichkeit genutzt wird, politische Instrumente zu erarbeiten, neue Partnerschaften aufzubauen und wichtige Projekte ins Leben zu rufen.



Claudia Wendland

Die Autorin ist Sanitation Policy Officer bei WECF (Women in Europe for a Common Future).

* Ausführliche Informationen zur Worldwaterweek in Stockholm: <http://www.worldwaterweek.org>

* Ausführliche Informationen zu Water Safety Plan sind von der WHO veröffentlicht: www.who.int/wspportal/en/

* Das Manual und Ergebnisse zu Water Safety Plan in Osteuropa von WECF: <http://wecf.eu/english/publications/2008/wspmanuals-revised.php> and <http://wecf.eu/english/publications/2010/wsp-romania.php>



Trinkwasserbrunnen im ländlichen Raum in Rumänien

Hohe symbolische Bedeutung

Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Anlagen anerkannt

Am 28. Juli 2010 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) in New York eine Resolution mit dem Titel *The Human Right to Water and Sanitation* verabschiedet. Die von Bolivien vorgelegte und von 33 weiteren Staaten unterstützte Resolution wurde ohne Gegenstimme angenommen. Von den 163 anwesenden Staaten haben sich 41 -überwiegend Industrienationen - enthalten, während die Entwicklungsländer der Resolution fast einstimmig zustimmten.

Weltweit leben derzeit etwa 884 Millionen Menschen, vorwiegend in Entwicklungsländern, ohne ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Milliarden ohne Zugang zu einfachen Sanitäreinrichtungen. Betroffen sind vor allem sozio-ökonomisch und politisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen, Frauen und Kinder. Mit der Annahme der Millennium-Entwicklungsziele durch die VN im Jahr 2000 sollte die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Wasser sowie zu sanitären Anlagen bis 2015 halbiert werden. Während sich der Trinkwasserzugang leicht verbessert hat, stagniert die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Sanitäreinrichtungen. An den Folgen schmutzigen Wassers sterben jährlich 2 Millionen Menschen, darunter insbesondere Kinder. Auch Ausfälle von Arbeitskraft und Schultagen gehören zu den weitreichenden Auswirkungen. Zugang zu Wasser und basissanitären Einrichtungen ist Bedingung eines Lebens in Würde und lässt sich aus vielfältigen anderen Menschenrechten, etwa dem Recht auf Leben, Nahrung oder Bildung herleiten.

In Anerkennung dieser Tatsachen hat die Generalversammlung der VN das Recht auf Wasser und sanitäre Anlagen als Menschenrecht (MRAWS) anerkannt und Staaten sowie internationale Organisationen dazu aufgerufen finanzielle, technische und intellektuelle Ressourcen zu dessen Realisierung bereitzustellen. Zudem begrüßt die Resolution die Arbeit der Unabhängigen Expertin der VN Catarina de Albuquerque zu Fragen des MRAWS. Deren Mandat ist es, in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsrat der VN im Rahmen des Genfer Prozesses zur Klärung rechtlicher Pflichten beizutragen, sowie best practice Ansätze zu identifizieren und Bedingungen und Handlungsempfehlungen zur Erreichung des Millennium-Entwicklungsziels herauszuarbeiten.

Rechtliche Grundlagen

Das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Anlagen ist derweil nicht neu. Die verabschiedete Resolution bezieht sich unter anderem auf das bislang wichtigste völkerrechtliche Dokument von 2002 zum Menschenrecht auf Wasser, den Allgemeinen Rechts-

kommentar Nr. 15 des VN-Ausschusses über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Dieser beruft sich auf den VN-Sozialpakt von 1966, insbesondere auf Artikel 11 und 12, das Recht auf angemessenen Lebensstandard und das Recht auf den höchsten erreichbaren Standard physischer und geistiger Gesundheit.

Die Kernaussage des Allgemeinen Rechtskommentars „Das Menschenrecht auf Wasser berechtigt jedermann zu ausreichendem, ungefährlichem, sicherem, annehmbarem, physisch zugänglichem und erschwinglichem Wasser für den persönlichen und häuslichen Gebrauch“ verdeutlicht, dass es sich um ein Subsistenzrecht handelt. Die für ein Existenzminimum erforderliche Menge steht somit für keinen Staat zur Disposition. Ist ein Staat nicht in der Lage dieses Recht für die in seinem Machtbereich lebenden Menschen zu gewährleisten, hat er Anspruch auf Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft.

An Menschenrechte, so auch an das Menschenrecht auf Wasser, sind dreierlei staatliche Pflichten geknüpft, die im Allgemeinen Rechtskommentar explizit genannt werden. Hierzu gehört die Pflicht der Achtung des Menschenrechts auf Wasser. Dies beinhaltet die Vermeidung illegaler Wasserverschmutzung oder diskriminierender sowie unverhältnismäßiger Wasserpreise. Der Nationalstaat ist zudem verpflichtet Menschenrechte vor Interventionen Dritter zu schützen, im Falle des Rechts auf Wasser zum Beispiel vor einer unregulierten Privatisierung ohne Begleitmaßnahmen und Sicherungsinstrumente für marginalisierte Bevölkerungsteile. Das bedeutet auch, dass geeignete legislative Instrumente zur Gewährleistung dieses Rechts geschaffen werden müssen. Die dritte Pflicht bezieht sich auf die Ermöglichung des Menschenrechts, indem alle notwendigen Schritte zu dessen Realisierung angenommen werden. Der primäre Adressat des Allgemeinen Rechtskommentars Nr. 15 ist also der Nationalstaat.

Gültigkeit in allen Mitgliedsstaaten

Mit der Verabschiedung durch die VN-Vollversammlung erhält das Menschenrecht auf Wasser und in dieser Deutlichkeit erstmals auch das Recht auf Zugang zu sanitären Anlagen au-



tomatisch in allen 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen Gültigkeit und wird in den Menschenrechtskatalog aufgenommen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Resolution individuell einklagbar ist, ebenso wie der Allgemeine Rechtskommentar und die in der Allgemeinen Erklärung von 1948 verankerten Rechte und Pflichten ist sie völkerrechtlich nicht bindend. Trotzdem ist die Anerkennung des MRAWS von hoher symbolischer Bedeutung. Durch die Resolution demonstrieren die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, dass sie von diesem Recht ausgehen und es erfüllen wollen.

Für und Wider

Befürworter der Resolution, darunter Deutschland, Frankreich, Spanien und diverse Entwicklungsländer, interpretieren diese als Ergänzung bereits existierender völkerrechtlicher Dokumente mit Bezug zu dem MRAWS und betonen den Zugewinn an politischem Gewicht, das diese dem Genfer Prozess verliehen hat. Kritiker wie die USA, Kanada, Australien und das Vereinigte Königreich begründen ihre Enthaltung mit dem Argument, die Resolution sei ein Schnellschuss, der die Arbeit der Unabhängigen Expertin der VN und des Menschenrechtsrats beeinflussen könne. Zudem bemängeln sie, das Dokument rücke die Rolle der internationalen Zusammenarbeit in den Vordergrund, während Pflicht und Verantwortung des einzelnen Nationalstaates unberücksichtigt blieben. Ein weiterer Enthaltungsgrund ist die unbegründete Angst, ein Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Anlagen verhindere die Errichtung privater Wassermärkte.

Doch dies ist menschenrechtlich nicht von vorrangiger Bedeutung, denn private und staatliche Eigentumsformen sind daran zu messen, ob sie inkludierende und diskriminierungsfreie Befriedigung fundamentaler menschlicher Bedürfnisse ermöglichen. Im Gegenteil, die Anerkennung des MRAWS durch die VN Generalversammlung verdeutlicht, dass Nationalstaaten auch im Falle einer privaten Wasserver- und Entsorgung nicht von der Pflicht befreit sind, die Realisierung menschenrechtlicher Standards zu gewährleisten.

 **Jana Jüssen**

Die Autorin ist Mitglied im FIAN-Arbeitskreis Wasser.

Paradigmenwechsel nötig

Ein alternatives Handelsmandat für die EU

Soziale Bewegungen und NGOs machen seit vielen Jahren auf die verheerenden Auswirkungen ungerechter Handelsstrukturen auf Mensch und Umwelt aufmerksam. Ihre Analysen und Kampagnen gegen Freihandelsabkommen haben in nicht wenigen Fällen zur Verzögerung, Abschwächung oder gar zur Verhinderung problematischer Abkommen geführt. Dennoch muss konstatiert werden, dass trotz aller Kampagnen ein handelspolitischer Paradigmenwechsel bisher ausgeblieben ist.

Der Mythos, wonach möglichst weitgehend deregulierter Freihandel zu Wohlstandsgewinnen weltweit führt, hat selbst die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise praktisch unbeschadet überdauert. Dass die ungleichen und ungerechten Handelsstrukturen einen nicht unwesentlichen Beitrag zu dieser Krise geleistet haben, wird nicht diskutiert. Und so haben die treibenden Kräfte der europäischen Handelspolitik auf die Krise nicht mit einer Überprüfung ihrer Politik reagiert, sondern mit dem Ruf „Weiter so, jetzt erst recht!“.

Diskussionsprozess angestoßen

Damit ein Paradigmenwechsel gelingen kann, müssen NGOs und soziale Bewegungen neben den wichtigen Kampagnen zu einzelnen EU-Freihandelsabkommen auch an grundsätzlicheren Alternativen arbeiten. 2009 haben Handelsaktivist/innen aus Europa einen neuen Diskussionsprozess zur Entwicklung einer alternativen Vision für die europäische Handels- und Investitionspolitik angestoßen. Das erste Ergebnis ist das Dokument „Hin zu einem alternativen Handelsmandat für die EU – eine Einladung zur Diskussion“. Es präsentiert den Zwischenstand der Debatte nach mehreren Treffen und einer ersten Konsultationsrunde. Das Diskussionspapier entwirft eine optimistische und zugleich realistische Vision für eine alternative europäische Handels- und Investitionspolitik.

Die EU muss das Recht anderer Staaten respektieren, Handel und Investitionen zur Verwirklichung sozialer, kultureller und politischer Menschenrechte zu steuern. In anderen Bereichen ist eine aktivere Rolle der EU gefragt: Etwa bei der Durchsetzung einer verbindlichen sozialen und ökologischen Regulierung in globalen Wertschöpfungsketten, bei der Förderung fairer öffentlicher Beschaffung, bei der Gewährleistung fairer Preise für Produzent/innen und Verbraucher/innen oder bei der Stär-

kung des Austauschs von Wissen und Know-how.

Demokratisierung

Die Strukturen der Handelspolitik müssen demokratisiert werden. Während die europäische Handelspolitik derzeit hinter verschlossenen Türen gemacht wird, geht das Papier vom Grundsatz der vollständigen Transparenz und einer gestärkten Rolle von Parlamenten und Bürger/innen aus. Eine Demokratisierung globaler Wertschöpfungsketten, etwa durch mehr Rechte für Beschäftigte und die Demokratisierung der internationalen Strukturen der Handelspolitik, beispielsweise durch eine Stärkung der EU in diesem Feld, gehören ebenso dazu.

Das Dokument reißt diese und viele weitere Punkte an und nennt Beispiele zur Umsetzung. Dabei ist es weder erschöpfend, noch bietet es fertige Lösungen. Vielmehr enthält es Ausgangspunkte für eine weitreichende Diskussion einer zukunftsfähigen europäischen Handels- und Investitionspolitik. Alle, die an einer solchen Alternative interessiert sind, sind eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. In einer ersten Workshop-Serie werden derzeit einige Thesen vertieft diskutiert. Langfristiges Ziel des Prozesses ist eine breit getragene alternative Handelsstrategie für die EU, welche die Grundlage für ein reales neues Handelsmandat für die Europäische Kommission bereitet.

Eine nächste gute Gelegenheit, die Diskussion zu vertiefen, bietet die Konferenz „Nie wieder Weltmeister?! – Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik“, die am 5. und 6. November 2010 in Berlin stattfindet.



David Hachfeld

Der Autor ist Referent für Handelspolitik bei Oxfam Deutschland.

Das Diskussionspapier „Hin zu einem alternativen Handelsmandat für die EU – eine Einladung zur Diskussion“ ist in sechs Sprachen auf www.s2bnetwork.org erhältlich.

Indikatorenbericht 2010

Nachhaltige Entwicklung: Heiter bis Wolkig

Das Statistische Bundesamt hat im Juli den dritten Indikatorenbericht zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland veröffentlicht. Der Bericht zeigt anhand von 35 Merkmalen aktuelle Fortschritte und Defizite bei der Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die 2002 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Die konkreten Ziele sind in vier Bereichen zusammengefasst: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Die Trends werden mit Wetter-Symbolen kenntlich gemacht. So deuten bei 14 Indikatoren kleine Sonnensymbole darauf hin, dass das Ziel wahrscheinlich erreicht wird. Leichte oder mittlere Bewölkung deutet bei 5 bzw. 10 Merkmalen darauf hin, dass die Ziele bei gleichbleibender Entwicklung mehr oder weniger knapp verfehlt würden. Gewitterwolken symbolisieren bei sechs Indikatoren eine Entwicklung in die unerwünschte Richtung. Der vollständige Indikatorenbericht 2010 ist auf der Website www.destatis.de veröffentlicht.

Internationaler Indikatorenbericht 2010 ist auf der Website www.destatis.de veröffentlicht.

Internationale Verantwortung wahrnehmen

Die beiden Indikatoren zur internationalen Verantwortung zeigen in unterschiedliche Richtungen. Die Importe aus Entwicklungsländern sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, in absoluten Zahlen und am Anteil aller Importprodukte. Den größten Anteil haben Importe aus China, die sich von 1995 und 2009 mehr als verdreifacht haben. Schlechter entwickelt sich der Indikator zu Entwicklungshilfe. Das Ziel, bis 2010 mindestens 0,51 Prozent und 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen, wird bei gleichbleibender Entwicklung verfehlt. 2009 waren es nur 0,35 Prozent, noch weniger als im Jahr zuvor.

Artensterben und Flächenfraß

Deutliche Fortschritte gibt es in den Bereichen Klimaschutz und erneuerbare Energien. Hier sind die gesetzten Ziele für 2010 schon längst erreicht. Dies ist einerseits ein Erfolg, kann andererseits aber auch bedeuten, dass die ursprünglichen Ziele zu niedrig angesetzt waren. In die richtige Richtung entwickeln sich auch die Bildungsindikatoren. Studienanfängerquote geht auf 40 Prozent zu und die Zahl der 25-Jährigen mit Studienabschluss steigt.

Düster sieht es dagegen bei der Artenvielfalt aus, die seit 20 Jahren stagniert. Um bis 2015 die Artenvielfalt wieder auf das Niveau der 1970er Jahren zu heben, bedarf es erheblicher zusätzlicher Anstrengungen auf allen Ebenen und in allen betroffenen Politikfeldern. Die Zahl der Arten liegt heute erst bei zwei Dritteln des angestrebten Wertes für 2015. Zudem entwickeln sich auch einige Ursachen für den geringen Anstieg der Artenvielfalt in die falsche Richtung. So konnte

der Flächenverbrauch bislang kaum reduziert werden. Noch immer werden täglich fast 100 Hektar Land in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Bis 2020 soll dieser Wert auf 30 Hektar pro Tag gesenkt werden. Auch die Landwirtschaft leistet einen zu geringen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung. Die Stickstoff-Düngung ist zu hoch, die Bio-Anbaufläche zu klein.

Weniger Qualm, mehr Übergewicht

Gute Fortschritte gibt es dagegen bei der Zahl der jugendlichen Raucher. Von den 12- bis 17-Jährigen greift nur noch jeder Siebte zum Glimmstengel, fast halb so viele wie noch vor 10 Jahren. Bei den Älteren macht sich dagegen die Sucht bemerkbar. Bei den Männern nimmt der Raucher-Anteil nur sehr langsam ab, bei den Frauen überhaupt nicht. Paradoxerweise geben gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen am häufigsten Geld für Tabakwaren aus. Soll die Raucher-Quote bis 2015 auf unter 22 Prozent sinken, müssen wirkungsvollere Maßnahmen als bisher ergriffen werden. Ein weiterer Gesundheitsindikator ist der Anteil der Menschen mit Fettleibigkeit. Entgegen der Zielsetzung gibt es einen deutlich steigenden Trend. 1999 war einer von neun Erwachsenen stark übergewichtig, 2009 schon einer von sieben. Trotzdem konnte die vorzeitige Sterblichkeit gesenkt und die Lebenserwartung erhöht werden.

Große Defizite gibt es bei der Gleichberechtigung. Frauen erhalten nach wie vor weniger als vier Fünftel des Einkommens von Männern. Bis zum Berichtsjahr 2010 lässt sich der Abstand kaum noch auf 15 Prozent senken, was ursprünglich angestrebt war. Die Möglichkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hängen teilweise vom Angebot der Kinderbetreuung ab. Für 3- bis 5-Jährige konnte das Betreuungsangebot auf 30 Prozent gesteigert werden. Für Kleinkinder wurde dieses Ziel deutlich verfehlt, das Angebot beträgt hier nur 8,7 Prozent.



Florian Noto

UPOV: Kritik unerwünscht

Der Einfluss industrieller Lobbyinteressen auf politische Entscheidungen wird von immer mehr Menschen als Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat empfunden. Ob Atomkonzerne, Pharmaindustrie, Banken oder Autoindustrie – immer wieder nehmen solche Lobbys im eigenen Interesse Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse.

Dass jedoch auch noch offiziell beschlossen wird, dass nur interessierte Industrielobbyisten an Verhandlungen teilnehmen dürfen, nicht aber die kritische Öffentlichkeit – diese Dreistigkeit ist wohl der »Internationalen Union zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)« vorbehalten. Im Oktober steht erneut eine Entscheidung über die Zulassung kritischer Beobachter an – das Sekretariat empfiehlt auch diesmal Ablehnung. Man will weiterhin in Ruhe mit der Industrie beraten können.

Das Forum Umwelt und Entwicklung hat dazu in Zusammenarbeit mit der »Erklärung von Bern« eine Hintergrundinformation herausgegeben die Sie unter www.forum-ue.de/upov.html herunterladen können.

Dort werden wir auch über das Ergebnis der Abstimmung informieren.

Der Autor arbeitet beim Deutschen Naturschutzbund (DNR) zu Nachhaltigkeitsthemen.

Weitere Infos:
Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

Grenzen in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit überwinden

Ergebnisse des Workshops
„Zivilgesellschaft und die Afrika-EU-Strategie“ in Addis Abeba

Am 15. und 16. Juli kamen in Addis Abeba 35 afrikanische und europäische Vertreter der Zivilgesellschaft zusammen, um die Teilhabe der Zivilgesellschaft an der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie (JAES), die 2007 in Lissabon verabschiedet wurde, zu bewerten. VENRO hatte den Workshop zusammen mit CCRDA (Consortium of Christian Relief and Development Association) veranstaltet – der mit über 350 Mitgliedern größte Dachverband von Nichtregierungsorganisationen in Äthiopien.

Dass die Zivilgesellschaft nur unzureichend von der Politik beteiligt wird, wurde bestätigt. Darauf deuteten auch schon die vielfältigen vorausgehenden Workshops und Konferenzen im Rahmen des VENRO-Projekts „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ hin.

Der Workshop „Zivilgesellschaft und die Afrika-EU-Strategie“ wollte den Blick aber auch auf die Grenzen innerhalb der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit lenken und diskutieren, wie die afrikanische Zivilgesellschaft gestärkt werden könnte. Dazu sollte der Austausch zwischen afrikanischen Partnernetzwerken von VENRO-Mitgliedern und CONCORD, die im Projekt aktiv sind, mit Vertretern des AU-Economic, Social and Cultural Council (ECOSOCC) gefördert werden. Von der Afrikanischen Union (AU) wurde eine Steuerungsgruppe im Rahmen des ECOSOCC als legitime Vertretung der afrikanischen Zivilgesellschaft in der JAES eingesetzt. Die Aufnahmekriterien des ECOSOCC erfordern 50 Prozent Eigenmittel. Viele Partner der VENRO-Mitglieder können aus diesem Grund nicht Mitglied im ECOSOCC werden und haben folglich keine direkten Beteiligungsmöglichkeiten bei der JAES.

Ein zwiespältiges Verhältnis

In Addis Abeba haben die afrikanischen Partner der VENRO-Mitglieder unmissverständlich deutlich gemacht,

dass sie sich nicht durch den ECOSOCC vertreten fühlen und dieser nicht für die afrikanische Zivilgesellschaft sprechen könne. Für sie sei der ECOSOCC intransparent. Die meisten ECOSOCC-Mitglieder schienen ihnen regierungsnah. Die Kritik spitzte sich zu: „You have to be accountable to Civil Society and not to Governments“. Auf der anderen Seite wurde von den Partnern aber auch anerkannt, dass der ECOSOCC als AU-Organ die Belange und Forderungen der Zivilgesellschaft befördern könnte. Aus diesem Grund wurde der Wunsch geäußert, in Zukunft mit dem ECOSOCC auch zusammen zu arbeiten, um mehr Einfluss auf die JAES zu nehmen. Die anwesenden ECOSOCC-Vertreter haben ihrerseits eingeräumt, dass es im ECOSOCC an Expertise fehle, und dass deshalb der Kontakt zur afrikanischen Zivilgesellschaft intensiviert werden soll.

Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Ansätze

Nicht nur innerhalb der afrikanischen Zivilgesellschaft wurde Tacheles geredet. Auch der interkontinentale zivilgesellschaftliche Dialog wurde offen diskutiert. Als Gegenüber zur afrikanischen Steuerungsgruppe hat sich auf europäischer Seite eine unabhängige und offene Gruppe von interessierten Netzwerken und Verbänden zusammengetan, die von der EU anerkannt ist. VENRO ist Teil dieses Ver-

bunds. Beide zivilgesellschaftlichen Vertretungen könnten in ihrem Wesen also nicht unterschiedlicher sein.

Bisher war es nicht gelungen, ein Treffen zwischen beiden Steuerungsgruppen zustande zu bringen. Dies liegt vor allem an den unterschiedlichen Ansätzen der beiden Gruppen. Die AU-Steuerungsgruppe ist – wie oben beschrieben – nicht regierungsunabhängig und schließt nicht per se die bilateralen Partnerbeziehungen ein. Die europäischen NRO möchten aber bei der Begleitung der JAES auch auf diese Partnerbeziehungen bauen. ECOSOCC-Vertreter werfen den europäischen NRO vor, nicht legitim zu sein und aufgrund ihres unabhängigen Status keinen Zugang zu den Entscheidungsprozessen zu haben. Sowohl die AU als auch die EU drängen seit längerer Zeit, dass dieser Dialog zustande kommt und stellen dafür Mittel bereit. Auch hier konnten in Addis Abeba Vorurteile und Missverständnisse angesprochen werden, so dass nun ein erster direkter Dialog in Brüssel im September stattfindet.

Fazit

Die JAES will die Menschen auf beiden Kontinenten erreichen. „People-to-people“ heißt der Ansatz. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und in Zukunft die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Afrika-EU-Strategie zu verbessern, sind nicht nur die politischen Entscheidungsträger gefragt. Auch die Zivilgesellschaft muss Grenzen überwinden und neue Wege einschlagen, wenn Sie die ihr zugeordnete Rolle spielen will. Das VENRO-Projekt hat in diesen Spannungsfeldern wichtige Beiträge geleistet und Kontakte hergestellt.


Anke Kurat

Die Autorin ist stellvertretende Geschäftsführerin und Referentin bei VENRO und koordiniert das Projekt „Afrikas Perspektive – Europas Politik“.

Weitere Informationen zum Projekt unter:
www.afrikas-perspektive.de.

Publikationen

Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision – Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelbe

Das Konzept Biosphärenreservate der UNESCO stellt einen Versuch dar, nachhaltige Entwicklung in ausgewählten Regionen umzusetzen. Ein zentrales Ziel ist es, durch die Verbindung von ‚Natur‘ schützen und ‚Natur‘ nutzen Modellregionen nachhaltigen Wirtschaftens zu etablieren.

Tanja Mölders hat mit dem Biosphärenreservat Mittelbe in Sachsen-Anhalt eine solche Modellregion zum Gegenstand der Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse gemacht: Ausgehend von einer empirischen Untersuchung fragt sie danach, ob und inwiefern das Konzept Biosphärenreservate tatsächlich eine gesellschaftliche Strategie zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung bereithält.

Dazu entwickelt die Autorin eine normative Rahmung zur Krise und Vision gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die sie entlang feministischer Theorieimpulse

konkretisiert.

Bezug: *Leuphana Universität Lüneburg, Dr. Tanja Mölders, Projekt PoNa, Volgershall 1, VN02.360, 21339 Lüneburg, Tel.: 04131-677-5530, E-Mail: tnaja.moelders@uni.leuphana.de, www.leuphana.de.*

Halving Hunger: Still Possible?

Diese neue Oxfam-Studie (in englisch) zeigt, dass eine Halbierung des Hungers bis 2015 möglich ist. Zeitgleich von der FAO veröffentlichte Zahlen zeigen zwar, dass die Zahl der an Hunger leidenden Menschen im letzten Jahr um 98 Millionen auf 925 Millionen gesunken ist. Trotzdem verharrt die Zahl der Hungernden weiter-

hin auf hohem Niveau. Der Rückgang ist kein Grund zur Entwarnung: 925 Millionen Hungernde sind immer noch skandalös! In den letzten 10 Jahren sei der Anteil der Hungernden um lediglich 0,5 Prozent gesunken.

Die zurückgegangenen Zahlen sind laut Oxfam vor allem auf zwei gute Ernten und nicht auf politisches Eingreifen oder mehr Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft zurückzuführen. Um den Hunger bis 2015 zu halbieren, müssen schnellstens und konsequent seine Ursachen bekämpft werden. Dazu zählen neben fehlenden Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, unfaire Handelsregeln, Klimawandel, Boden- und Nahrungsmittelspekulation sowie Verschlechterung bzw. Degradation der Böden. Die Ursachen sind vielfältig, aber mit einer kohärenten Politik und mehr und besserer Entwicklungshilfe ist die Halbierung des Hungers bis 2015 zu schaffen.

Bezug: *Oxfam, Gesa Lüddecke, Tel.: 030-45306957, E-Mail: glueddecke@oxfam.de, www.fairer-agrarhandel.de*

Global, aber gerecht – Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen

15 Jahre nach „Zukunftsfähiges Deutschland“ legt Misereor mit diesem Buch eine neue, Aufsehen erregende Studie vor. Sie führt das Engagement für eine gerechtere Welt mit der lebensnotwendigen Bekämpfung des Klimawandels zusammen.

Die internationale Klima- und Entwicklungspolitik steht vor einem Dilemma: Einerseits muss ein gefährlicher Klimawandel vermieden werden, um nicht einer großen Zahl von Menschen die Chancen auf ein menschwürdiges Leben zu nehmen. Andererseits gilt es aber auch eine gefährliche Emissionsreduktion zu verhindern, um für Entwicklungsländer Wachstum und damit Wege aus der Armut zu ermöglichen. Das Buch analysiert die wech-

seitigen Verknüpfungen von Klimawandel und Armut und entwirft eine integrierte Gesamtlösung, durch die Klimaschutz und Armutsbekämpfung wirksam, effizient und gerecht miteinander verbunden werden können.

Bezug: *Verlag C.H.Beck München, Tel.: 089-38189315; E-Mail: presse@beck.de, www.chbeck.de, ISBN 978-3-406-60656-4, (19,95 Euro).*



www.stadtwerkekohlefrei.de

Der Stadtwerkeverbund Trianel, ein Zusammenschluss von ca. 50 Stadtwerken, baut in Lünen ein neues Steinkohlekraftwerk, ein weiteres soll in Krefeld folgen. Auch das Stadtwerkekonsortium Südweststrom mit ca. 70 beteiligten Stadtwerken plant ein neues Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel. Insgesamt beteiligen sich über die beiden Konsortien mehr als 100 Stadtwerke am Bau neuer Kohlekraftwerke. Trotzdem sind oft nur wenige Menschen in den jeweiligen Städten über die Beteiligung Ihrer Stadtwerke informiert, und das, obwohl Kohlekraftwerke die klimafeindlichste Form der Stromerzeugung darstellen, neue Kohlekraftwerke ein hohes wirtschaftliches Risiko für die kommunalen Unternehmen darstellen und die Förderung der Steinkohle z.B. aus Kolumbien unter menschenrechtlich zweifelhaften Bedingungen stattfindet.

Die Stadtwerkekarte informiert darüber, welche Stadtwerke an welchen Kohlekraftwerken beteiligt sind. Ausführliche Tipps und Informationen liefert sie zu den Fragen, wie Menschen in der betroffenen Stadt eine Initiative gründen können, sich mit anderen Initiativen vernetzen können oder sich bestehenden Gruppen anschließen können. Informationen zu Ausstiegsmöglichkeiten für Stadtwerke gibt es auch auf der Seite.

Die Stadtwerke-Seite ist ein Projekt der Klima-Allianz, einem breiten Bündnis von mehr als 100 Organisationen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, das sich seit April 2007 für effektiven

Klimaschutz in Deutschland einsetzt. Um den Protest gegen neue Kohlekraftwerke lokal und bundesweit zu unterstützen und zu stärken, hat die Klima-Allianz ein Kampagnenbüro mit zwei hauptamtlichen Mitarbeiter/innen eingerichtet. Das Büro hat ein vielfältiges Aufgabenspektrum und arbeitet mit Bürgerinitiativen und Verbänden in ganz Deutschland zusammen.

Informationen: *Die Klima-Allianz, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, Tel.: 030-678177577, E-Mail: bricke@klima-allianz.de, www.die-klima-allianz.de*

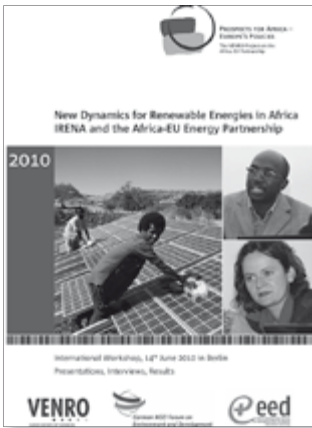


New Dynamics for Renewable Energies in Africa IRENA and the Africa-EU Energy Partnership

Die Dokumentation des Symposiums gibt einen Überblick über die Diskussionen und Ergebnisse der Veranstaltung. Zusätzlich enthält die Broschüre Informationen über praktische Erfahrungen und Beispiele von Erneuerbaren Energien-Lösungen in Afrikanischen Ländern.

Energie wird in internationalen Beziehungen und Institutionen immer wichtiger. Mit der Africa-EU Energy Partnership (AEEP) and the International Agency for Renewable Energies (IRENA) wurden Instrumente geschaffen um Erneuerbare Energien in Afrika zu fördern und um Strategien für deren Einführung zu entwickeln. Solche Strategien müssen den Zugang zu Stromversorgung für die Menschen in Afrika sicherstellen, vor allem in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Zugang zu bezahlbarer, dezentraler und nachhaltiger Energieversorgung ist der Schlüssel zu Armutsminderung und ländlicher Entwicklung.

Die nationale und internationale Zivilgesellschaft muss in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen. NGOs sind der Schlüssel, wenn es um Politikberatung und Netzbildung innerhalb der Africa-EU Partnership geht und speziell auch innerhalb von IRENA. Aber bisher ist die Beteiligung von NGO-Experten an die-



ship - New Dynamics for Renewable Energies in Africa“, das am 14.06.2010 in Berlin stattfand, war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Beim Lesen der Dokumentation, wird klar, dass es für fossile Energieträger keine Zukunft gibt.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn, Tel.: 0228-359704, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de, (kostenlos).

sen Prozessen weit davon entfernt, zufriedenstellend zu sein. VENRO, das Forum Umwelt und Entwicklung und der Evangelische Entwicklungsdienst wollen dies ändern und dafür sorgen, dass die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, sowohl aus Afrika als auch aus Europa, steigt. Das Symposium „IRENA and the Africa-EU Energy Partner-

Die Saatgutkarte – Nahrung, Bauern und der Klimawandel

Die Saatgutkarte, die in Zusammenarbeit mit der kanadischen Organisation ETC entstanden ist, zeigt die Veränderungen in den Anbaubedingungen und die Herkunftsgebiete unserer Nahrungspflanzen und erläutert das Problem der



Monopolisierung des Saatgutbereichs und die Bedeutung der Agrobiodiversität. Sie ist in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit vielfältig einsetzbar und kann bei der Agrar Koordination für 5 €

plus Porto bestellt werden. Bezug: Agrar Koordination, Tel.: 040-392526, E-Mail: ursula.groehn-wittern@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination, (5,00 Euro).



Versagt die weltweite Hungerbekämpfung? Die Welthungerhilfe hakt nach!

Abendveranstaltung
11. Oktober 2010
Berlin

Jeder siebte Mensch geht jeden Tag hungrig zu Bett – wieso wird diese menschliche Katastrophe nicht beendet? Weshalb nimmt die Zahl der Hungernden zu? Was wird falsch gemacht? Wie kann Ernährungssicherheit für alle Mensch Wirklichkeit werden? Marietta Slomka hakt bei Entscheidungsträgern nach!

Informationen:
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Ioanna Rimpa
Tel.: 0228-2288207
E-Mail: ioanna.rimpa@welthungerhilfe.de

4. Netzwerk-21Kongress

11.- 12. Oktober 2010
Nürnberg

Unter dem Motto „Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise“ findet der 4. Netzwerk-21Kongress statt. Der Kongress stellt in diesem Jahr den Zusammenhang von Finanz- und Wirtschaftskrise, öffentlicher Daseinsvorsorge

und nachhaltiger Entwicklung in den Mittelpunkt. Mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Forschung und lokalen Initiativen werden Strategien und Praxisbeispiele für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene diskutiert. Am ersten Tag finden sich mehrere Workshops zu nachhaltigem Wirtschaften und unternehmerischer Verantwortung im Programm. Ein besonderer Akzent wird daneben durch einen Jugendworkshop gesetzt.

Informationen:
Stefan Richter
Grüne Liga Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Tel.: 030-4433910
E-Mail: mail@netzwerk21kongress.de
www.netzwerk21kongress.de

Toiletten für Schulen und öffentliche Einrichtungen in Entwicklungsländern: Wie mache ich alles richtig?

Wochenendseminar
23. – 24. Oktober 2010
27. – 28. November 2010
Eschborn/Berlin

Kennen Sie die Situation? In Ihrer Arbeit vor Ort in Entwicklungs- und Schwellenländern bemerken Sie,

Veranstaltungen / Termine

dass die hygienischen Bedingungen miserabel sind, dass Sie aber mit den klassischen Sanitärkonzepten nicht weiterkommen? Abwasser- und Sanitärkonzepte, angepasst an lokale Bedingungen, sind eine der Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und gesunde Menschen. Die German Toilet Organization e. V. (GTO) und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH veranstalten gemeinsam in Eschborn ein zweitägiges Seminar zu diesem Thema. Dasselbe Seminar wird im November erneut in Berlin angeboten – mit Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin.

Inhalte des Seminars: Grundlagen der Sanitärversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern – Nutzen und Wirkung; Technische Möglichkeiten: Nachhaltige Sanitärsysteme für Schulen und öffentliche Einrichtungen mit Schwerpunkt auf Trenntrockentoiletten und Biogassysteme; Sozio-kulturelle Aspekte und notwendige projektbegleitende Maßnahmen; Wie kann gewonnener Dünger in Gärten und in der Landwirtschaft einge-

setzt werden? Management, Wartung und logistische Aspekte; Vorstellung und Diskussion von erfolgreichen Projektbeispielen; Konkrete Anwendung des Erlernten: Bearbeitung von Fallbeispielen der Teilnehmer/innen

Die Teilnahmegebühr beträgt Euro 50 für beide Tage bzw. Euro 30 für einen Tag. Diese Gebühr beinhaltet Mittagessen, Getränke und Snacks an den Seminartagen. Informationen:
German Toilet Organization
Thilo Panzerbieter
Niedstr. 16, 12159 Berlin
Tel.: 030-41934344
Fax: 030-41934377
E-Mail: post@germantoilet.org
www.germantoilet.org

Bridging the gap: Agricultural and rural development policies in SEE facing the challenge of EU compliance

Regionale Konferenz
27. – 30. Oktober 2010
Dresden-Radebeul

Das Agrarpolitische Forum (APF) ist 2001 durch die Internationale Weiterbildung

und Entwicklung - InWENT gGmbH sowie die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) entstanden, um die politische Entscheidungsfindung in Südosteuropa zu unterstützen. Wegen der anhaltenden Notwendigkeit, die Agrar- und ländliche Entwicklungspolitik in der Region mit den Politik-Anforderungen der EU in Übereinstimmung zu bringen, findet das APF 2010 unter dem Titel: 'Bridging the gap: Agricultural and rural development policies in SEE facing the challenge of EU compliance' statt. Ziel des Forums ist die Umsetzung von EU-konformen Agrar- und ländlichen Entwicklungspolitiken in Südosteuropa mit Hinblick auf die weitere Integration der ländlichen Wirtschaftsräume dieser Region in die EU.

Informationen:

ATSAF e.V.

Nicole Flick

Universität Hohenheim,

Schloß 15/122

70593 Stuttgart

Tel.: 0711-4706900

E-Mail: atsaf@atsaf.de

www.atsaf.de

<http://lgc21.inwent.org>

eu-seelapf2010



Nie wieder Weltmeister?!

Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik

Konferenz

05. – 06. November 2010

Berlin

Trotz Wirtschafts-, Armut- und Klimakrise setzt die deutsche und europäische Handelspolitik wieder unbeirrt auf steigende Exporte, grenzenloses Wachstum, den vermehrten Import von Rohstoffen, den aggressiven Schutz geistigen Eigentums und die Absicherung europäischer Investitionen in aller Welt. Eine eigenständige Entwicklung des Globalen Südens, Ernährungssouveränität, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit sowie die Menschenrechte ziehen dagegen den Kürzeren. Als breites Spektrum von Gewerkschaften, attac, Bauern-, Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungs-

organisationen diskutieren wir diese Zusammenhänge und suchen gemeinsam mit internationalen Gästen nach Alternativen zur bisherigen Handelspolitik. Wir fragen: Wie kam überhaupt der Reichtum Deutschlands und anderer Industrieländer zustande? Wie kann in Nord und Süd eine Abkehr vom Exportwahn aussehen? Reicht es, wenn Deutschland seine Exportorientierung auf grüne Technologien verlagert? Wie könnte eine Alternative Rohstoffstrategie aussehen? Und wie können Entwicklungschancen für den Süden und eine sozial-ökologische Umkehr im Norden verbunden werden?

Informationen:

Power Shift

Viola Dannenmaier

C/o WEED

Eldenaer Str. 60

10247 Berlin

Tel.: 030-27596644

E-Mail: viola.dannenmaier@power-shift.de

power-shift.de

„fair zählt“

Fachtagung

17. November 2010

Oberhausen

Gerade angesichts der schwierigen Haushaltssituation vieler Kommunen, die in Deutschland immerhin jährlich rund 180 Milliarden Euro für Güter und Dienstleistungen ausgeben, stellt sich die Frage, wie die Stadtverwaltungen wirtschaftlich, qualitätssichernd und effizient handeln können. Als Auftraggeber mit solch umfassendem Auftragsvolumen kommt den Stadtverwaltungen eine bedeutende Rolle und Vorbildfunktion hinsichtlich sozialer und ökologischer Verantwortung zu.

Die diesjährige Fachtagung „fair zählt!“ des Eine Welt Netz NRW sowie weiteren Kooperationspartnern steht unter der Fragestellung: Wer ist am Zug? Die Verantwortung von Politik, Unternehmen, Zivilgesellschaft. ExpertInnen diskutieren zu den Themen IT, Steine und Holz, Faires Veranstaltungsmanagement sowie (Arbeits-)bekleidung.

Informationen:

Eine Welt Netz NRW

Sabine Vollbrecht

Tel.: 0211-87592-777

E-Mail: fairkaufen@eine-welt-netz-nrw.de

www.fairkauffennrw.de

Die neue Landnahme in Afrika, Asien und Lateinamerika

Entwicklungspolitische

Fachtagung

18. November 2010

Berlin

Die Jagd privater und staatlicher Investoren nach Agrarland im globalen Süden nimmt rasant zu. Angetrieben wird sie nicht nur durch die Nahrungsmittelkrise, den Klimawandel und die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen, sondern auch durch die Weltwirtschaftskrise. Der von Finanzinvestoren erwartete Umschlag von der Deflation in die Inflation stimuliert die Entwicklung unzähliger Agrarfonds. Fruchtbare Boden gilt bei Anlegern als eine sichere und inflationsbeständige Vermögensklasse.

Laut Weltbank sind die attraktivsten Zielländer dabei jene mit hoher Landverfügbarkeit, geringer Mechanisierung und defizitärer Bodenregulierung. Investitionen finden demnach bevorzugt dort statt, wo traditionelle LandnutzerInnen leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Maschineneinsatz kurzfristige Produktivitätsgewinne verspricht. Die „neue Landnahme“ birgt daher ganz erhebliche ökologische und soziale Risiken in den Anbauländern. Während das industrielle Produktionsmodell die Bodenfruchtbarkeit, Wasserqualität und Biodiversität beeinträchtigt, droht KleinbäuerInnen, Indigenen und Hirten mit unsicheren Nutzungsrechten die beschleunigte Vertreibung.

Zwar haben internationale Entwicklungsorganisationen die Risiken für Umwelt und Ernährungssicherheit erkannt, ihre vornehmliche Antwort aber – freiwillige Richtlinien und Prinzipien für „verantwortungsvolle“ Agrarinvestitionen – kann nicht zufriedenstellen. Ein effektiver Schutz natürlicher Ressourcen und traditioneller Landrechte erfordert weit durchgreifendere Maßnahmen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Agrarinvestitionen. Doch diesbezügliche Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bleiben bisher weitgehend unge-

hört. Vor allem die Stimme der Betroffenen im Süden müsste ein weit höheres Gewicht erhalten: Für sie ist die Eindämmung des „Land Grabbing“ von existenzieller Bedeutung.

Informationen:

Forschungs- und

Dokumentationszentrum

Chile-Lateinamerika e.V.

Tel.: 030-6934029

E-Mail: info@fdcl.org

www.fdcl-berlin.de

www.fdcl.org

5. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien (IRES 2010)

Internationale Konferenz

22. – 24. November 2010

Berlin

Die im Jahre 2006 durch EUROSOLAR und dem Weltverband für Erneuerbare Energien (WCRE) gestartete internationale Konferenzreihe, dient der Entwicklung des Speicherpotenzials und der Profilierung ihrer Anwendungen. In der Fachwelt hat sich die IRES als zentraler Ort des Wissens- und Meinungsaustauschs über eine der Schlüsselfragen der künftigen Energieversorgung etabliert.

Die IRES-Konferenzreihe bringt Akteure aus regenerativer und konventioneller Energiewirtschaft, Forschung und Entwicklung, Finanzwirtschaft sowie Politik zusammen. Sie erhalten vielfältige Impulse für die Arbeit zur Weiterentwicklung von Einführungsstrategien für erneuerbare Energien und für neue Geschäftsfelder und -modelle.

80 Referenten aus 14 Ländern werden in diesem Jahr die technologischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Speicherung von Strom und Wärme aus regenerativen Energiequellen vorstellen und diskutieren.

Informationen:

Eurosolar

Valentin Hollain

Kaiser-Friedrich-Str. 11

53113 Bonn

Tel.: 0228-362373

E-Mail: IRES@eurosolar.de

www.eurosolar



Einladung

Treffen „Entwicklungs- und umweltpolitische Dimension der Meerespolitik“

17. November 2010, 11.00 – 16.00 Uhr in Berlin

Dieser Rundbrief, sowie die darin versammelten Beiträge sind sowohl eine Einladung als auch ein Plädoyer dafür, sich in der Meerespolitik zu engagieren und dabei deren entwicklungs- und umweltpolitische Dimensionen zusammenzuführen.

Viele deutsche NGOs engagieren sich bereits zum Schutz der Meere, zu Fischereifragen oder Teilaspekten davon. Aber die Koordination ist nicht so gut wie bei anderen Themen.

Gemeinsam mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst und dem Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (IntKom) möchte das **Forum Umwelt und Entwicklung** daher zu einem ersten Treffen Interessierter im November in Berlin einladen, um Möglichkeiten zu eruieren diese Koordination zu verbessern und eventuell eine AG Meere im Forum neu zu gründen.

Anmeldungen oder Nachfragen senden Sie bitte an die folgende Mailadresse:

verein.intkom@gmx.de

Nähere Informationen werden Ihnen dann zugeschickt.